

Ausschuss für Kultur und Medien

Wortprotokoll*

41. Sitzung des Ausschusses für Kultur und Medien 21. Sitzung der Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“

**Berlin, 29. September 2004, 15.00 Uhr
Marie-Elisabeth-Lüders-Haus, Anhörungssaal 3.101**

Vorsitz: Abg. Monika Griefahn (Ausschuss für Kultur und Medien)
Abg. Gitta Connemann (Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“)

TAGESORDNUNG:

Einzigster Punkt der Tagesordnung

S. 4

Öffentliche Anhörung zum Thema

**„Eine Quote für Musik aus Deutschland?
Medienanteil deutschsprachiger Musik/Medienanteil von in Deutschland produzierter Musik“**

Anwesenheitsliste*

Mitglieder des Ausschusses für Kultur und Medien

Ordentliche Mitglieder des Ausschusses

Stellv. Mitglieder des Ausschusses

SPD

Barthel, Eckhardt
Ehrmann, Siegmund
Griefahn, Monika
Kubatschka, Horst
Tauss, Jörg

CDU/CSU

Blank, Renate
Gauweiler, Dr. Peter
Lengsfeld, Vera
Nooke, Günter

Stetten, Christian Freiherr von

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Roth, Claudia
Vollmer, Dr. Antje

Sowa, Ursula

FDP

Otto, Hans-Joachim
Koppelin, Jürgen

Mitglieder der Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland

Ordentliche Mitglieder der Enquete-Kommission

Stellv. Mitglieder der Enquete-Kommission

SPD

Ehrmann, Siegmund
Kubatschka, Horst
Lucyga, Dr. Christine
Westrich, Lydia

Barthel, Eckhardt

CDU/CSU

Connemann, Gitta
Nooke, Günter
Sehling, Matthias
Freiherr von Stetten, Christian

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Sowa, Ursula

Vollmer, Dr. Antje

FDP

Otto, Hans-Joachim

Sachverständige Mitglieder der Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“

Binas, Dr. Susanne
Boldt, Helga
Harms, Dr. Gerd
Kunze, Heinz Rudolf
Scheytt, Dr. Oliver
Wagner, Dr. phil. Nike

*) Der Urschrift des Protokolls ist die Liste der Unterschriften beigelegt.

Ministerien

Sommerlatte
Niclauß

BKM
BKM

Fraktionen und Gruppen

Freiesleben
Becker-Schwering
Gehrke
Levy
Olschanski
Deja
Frucht

SPD
FDP
CDU/CSU
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
SPD
CDU/CSU

Bundesrat

Forst

LV Sachsen-Anhalt

Sachverständige

Gerd Gebhardt	Vorstandsvorsitzender des Bundesverbandes der Phonographischen Wirtschaft e.V.
Gernot Romann	Vorsitzender der ARD-Hörfunkkommission und NDR Hörfunkdirektor
Hans-Jürgen Kratz	Vizepräsident und Vorsitzender des Fachbereichs Hörfunk im Verband Privater Rundfunk und Telekommunikation e.V. (VPRT)
Jacques Toubon	Ehemaliger französischer Kulturminister
Prof. Udo Dahmen	Künstlerischer Direktor und Geschäftsführer der Popakademie Baden-Württemberg
Inga Humpe	Sängerin
Jim Rakete	Produzent
Dr. Jörg Gundel	Privatdozent

Vorsitzende Monika Griefahn: Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich begrüße Sie alle ganz herzlich zu unserer heutigen gemeinsamen Anhörung und freue mich auch besonders über den großen Zuspruch, den unsere Veranstaltung in der Musikszene gefunden hat. In dieser Anhörung wollen wir - der Ausschuss für Kultur und Medien und die Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ - mit Ihnen die Vor- und Nachteile von Quoten für deutschsprachige Musik und für in Deutschland produzierte Musik offen und ausführlich erörtern. Seit die Debatte 1996 mit einem ersten Aufruf deutscher Rockmusiker in Gang kam, hat sich bis zu dem aktuellen neuerlichen Aufruf der Initiative „Musiker in eigener Sache“ ganz offensichtlich nichts geändert. Im Gegenteil, wenn ich mir die Zahlen anschau, ist es eher schlimmer geworden. Die Initiative unterstreicht die sehr schwierige Situation von deutschsprachigen Künstlern in deutschen Rundfunk- und Fernsehprogrammen. In ihrem Aufruf heißt es: „Auswertungen in den vergangenen Jahren belegen, dass die deutsche Musikszene in den Medien kaum noch vorkommt. In einigen Sendern liegt die Quote deutscher Neuvorstellungen bei gerade noch einem Prozent. Anstelle der versprochenen Vielfalt haben wir in den Sendern einen Formatmix aus angloamerikanischem Mainstream und den üblichen Oldies.“ Zahlreiche, selbst sehr prominente und erfolgreiche deutschsprachige Rock- und Popmusiker sprechen sich mittlerweile für eine Quote für Musik aus Deutschland aus. Herbert Grönemeyer sagt, dass er keinen Vertrag mehr bekommen würde, wenn er heute anfangen müsste. Dabei gehört er sicherlich zu den erfolgreichsten deutschsprachigen Sängern, die wir haben. Auch auf der diesjährigen Popkomm in Berlin, die heute eröffnet wurde, ist die Quotenfrage ein zentrales Thema. Um es vorweg zu sagen: Sicher gibt es auf der parlamentarischen Seite zu diesem Thema bei den Kollegen Präferenzen, manche haben öffentlich und engagiert dafür Stellung bezogen, andere haben sich dagegen ausgesprochen. Aber: In beiden Gremien - also dem Kulturausschuss und der Enquete-Kommission - sind die Positionen sicherlich noch nicht fest gefügt, quer durch alle Fraktionen ist die Diskussion weiterhin offen. Hinter dem Anhörungsthema „Eine Quote für Musik aus Deutschland?“ steht deshalb nicht zufällig ein Fragezeichen. Für mich ist aber deutlich geworden, dass sowohl Befürworter als auch Gegner der Quote ihre Argumente mit ganz unterschiedlichen Erwartungen an die Quote verbinden: Die Quote wird etwa gefordert oder abgelehnt als Instrument der Absatzsteigerung, zur Förderung von Nachwuchsmusikern und zur Stärkung der Vielfalt der Musikkultur, um nur einmal die wichtigsten Erwartungen anzusprechen. Hier ist meines Erachtens eine Klärung dringend erforderlich. Auch müssen wir die verschiedenen Argumentationsebenen klar unterscheiden. Denn wenn sich beispielsweise die Quote als nicht taugliches Instrument zur Absatzsteigerung erweisen sollte, muss diese Ablehnung nicht auch für die Quote als Instrument zur Förderung der musikalischen Vielfalt gelten. Musikalische Vielfalt ist das, was wir immer alle fordern. Im Ausschuss für Kultur und Medien wird das Thema vor allem als Schnittpunkt von Kultur- und Medienpolitik, nämlich als Frage nach der Sicherung der kulturellen Vielfalt in den Medien gesehen. Und musikalische Vielfalt ist eine zentrale Dimension der kulturellen Vielfalt. Wir haben eine breite Szene hier in Deutschland, wenn man auch die engagierten Musiker vergleicht: Von Peter Maffay über Herbert Grönemeyer, Xavier Naidoo und Seead - das sind ja ganz unterschiedliche Typen. Insofern ist es auch spannend zu sehen, dass das über alle Genres hinweg geht. Bereits vor zwei Jahren hatte der damalige Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien darauf hingewiesen, dass die popmusikalische Vielfalt in Deutschland durch die Ausrichtung der Medien, insbesondere durch den Hörfunk, gefährdet scheint. Staatsministe-

rin Dr. Christina Weiss hat gemeinsam mit dem Vorsitzenden der Rundfunkkommission der Länder, Ministerpräsident Kurt Beck, bereits Anfang 2003 einen Runden Tisch einberufen - nur getan hat sich seitdem wenig. Die Haltung der Bundesregierung hat sich aber nicht verändert. Deswegen heute noch einmal Unterstützung vom Parlament, um zu erfahren, was geht und was nicht geht. Das wollen wir hier mit Ihnen besprechen. Das Interesse im Ausschuss gilt vor allem der Frage, wie die popmusikalische Musikvielfalt im Rundfunk erhöht werden kann. Es gilt der Frage, was zu tun ist, um Chancengleichheit, Fairness und bessere Existenzbedingungen für deutschen Rock und Pop sowie eine bessere Nachwuchsförderung im Rundfunk zu erreichen. Und schließlich soll für die Zuhörer das erreicht werden, was kulturelle Vielfalt in diesem Falle konkret bedeutet, nämlich mehr Wahlfreiheit. Ob „Quote“, „kontrollierte Selbstverpflichtung“ der Medien oder vielleicht auch ein dritter Weg, den ich noch nicht kenne - auf jeden Fall freue ich mich auf eine spannende Anhörung und darf jetzt das Wort an meine Kollegin Gitta Connemann, die Vorsitzende der Enquete-Kommission, geben.

Vorsitzende Gitta Connemann: Liebe Frau Griefahn, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr verehrte Gäste. Sie erleben heute den Tag der Ausnahme, jedenfalls für den Deutschen Bundestag, denn es ist nicht die Regel, dass ein Ausschuss und eine Kommission gemeinsam tagen; heute tun wir dies. Deshalb möchte ich Sie auch im Namen aller Mitglieder der Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ zu unserer gemeinsamen Anhörung begrüßen. Wir haben uns in unserer Kommission bereits vor einigen Monaten, und übrigens ganz ohne Quote, nämlich einstimmig, dazu entschlossen. Uns erschien und erscheint die Frage einer Quote für Musik aus und in Deutschland so wichtig, dass wir ihr im Rahmen einer öffentlichen Anhörung nachgehen wollen, einer großen öffentlichen Anhörung mit großem öffentlichen Interesse, wie sich heute zeigt. Dass wir dies jetzt gemeinsam mit dem Ausschuss für Kultur und Medien tun, unterstreicht sicherlich den politischen Stellenwert, den alle hier im Saal diesem Thema beimessen. Die Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ ist vor einem Jahr vom Deutschen Bundestag mit den Stimmen aller Fraktionen eingesetzt worden. Erstmals nach 30 Jahren sollen wir den Zustand, die Situation von Kunst und Kultur in Deutschland, umfassend beschreiben. Auf der Grundlage dieser Bestandsaufnahme werden wir Ende nächsten Jahres Vorschläge unterbreiten. Wir werden dann dem Bund empfehlen, ob und wie er gesetzgeberisch oder administrativ tätig werden sollte, und zwar für Kunst und Kultur. Die Enquete-Kommission besteht je zur Hälfte aus Mitgliedern des Deutschen Bundestages und aus Sachverständigen. Ich bin sehr, sehr froh darüber, dass wir mit Heinz Rudolf Kunze auch einen Vertreter deutschsprachiger Musik als Sachverständigen in unserer Kommission haben. Heinz Rudolf Kunze hat sich bereits sehr mutig - damals übrigens sehr einsam - schon vor Jahren zur Quote geäußert. Damals war das keine Zeit, wo dies öffentlich unbedingt opportun erschien; erstaunlich auch, wie sich die Zeiten ändern können. Die Kommission beschäftigt sich schwerpunktmäßig mit drei Themenkomplexen, die alle mit der heutigen Fragestellung zu tun haben. Zum einen analysieren und bewerten wir die öffentliche und private Förderung von Kunst und Kultur. Hier geht es auch um die Frage, was zur kulturellen Grundversorgung gehört und wie wir diese sicherstellen können. Wir haben unter anderem nach intensiven Beratungen und der Anhörung von hochrangigen Staatsrechtlern gerade erst vorgestern einstimmig beschlossen, uns für eine Aufnahme von Kultur als Staatsziel im Grundgesetz auszusprechen. An welcher Stelle, mit welcher Formulierung und mit welchen Erwartungen wir dies tun werden, dazu werden wir uns in

Kürze öffentlich äußern. Heute geht es auch um die Frage, wie der mediale Zugang und die Teilhabe an Musik aus Deutschland sichergestellt werden können. Dass Musik aus Deutschland Teil der kulturellen Vielfalt Europas ist und damit sozusagen auch zum Kanon der kulturellen Grundversorgung gehört, steht außer Frage. Zum anderen beschäftigen wir uns in der Arbeit unserer Kommission mit der wirtschaftlichen und sozialen Lage der Künstlerinnen und Künstler. Dabei geht es unter anderem auch um geeignete Instrumente der Künstlerförderung. Heute stellt sich die Frage für uns, ob eine solche Quote ein solches Instrument sein kann. Können mit einer Quote deutschsprachige Interpreten, insbesondere Nachwuchsmusiker, besser gefördert werden oder ist das eine Illusion? Zum Dritten geht es in der Kommission um die Kulturlandschaft Deutschlands. Zu unserer Kulturlandschaft gehört auch unsere Sprache. Damit stellt sich auch die Frage, ob eine Quote zum Schutz dieser Sprache beitragen kann oder nicht. Wir sind natürlich auch gespannt darauf, wie eine etwaige Quote juristisch mit Blick auf die verfassungs- und europarechtlich geschützte Programmfreiheit der Fernseh- und Rundfunkanstalten bewertet wird. Ich denke, wir haben in unserer Kommission gemeinsam mit dem Ausschuss eine Menge Fragen, die eine interessante Anhörung versprechen. Mit Blick auf das Podium unserer Gäste bin ich mir dessen sogar ganz sicher. Ich danke ganz besonders den Künstlerinnen, den Künstlern und den Experten, Ihnen meine Damen und Herren zur Rechten und zur Linken für Ihre Bereitschaft, uns heute mit Ihrem Sachverstand und Ihren Erfahrungen zur Verfügung zu stehen. Ich freue mich auf die Anhörung, die jetzt beginnen soll. Deshalb übergebe ich das Wort jetzt an meine Kollegin Monika Griefahn, die die Sitzungsleitung für die erste Runde übernehmen wird.

Vorsitzende Monika Griefahn: Wir haben abgesprochen, dass wir uns hier abwechseln, weil es ja, wie gesagt, eine Premiere ist, dass der Ausschuss und die Enquete-Kommission hier gemeinsam tagen. Bevor wir jetzt anfangen, möchte ich die Sachverständigen kurz vorstellen und mich bedanken, dass sie gekommen sind. Als Sachverständige begrüße ich nun von links nach rechts Herrn Gerd Gebhardt, Vorstandsvorsitzender des Bundesverbandes der Phonographischen Wirtschaft, Herrn Gernot Romann, Vorsitzender der ARD-Hörfunkkommission und NDR-Hörfunkdirektor, Herrn Hans-Jürgen Kratz, Vizepräsident und Vorsitzender des Fachbereichs Hörfunk im Verband Privater Rundfunk und Telekommunikation e.V. Dann freue ich mich, dass wir Herrn Jacques Toubon hier begrüßen können. Er ist der ehemalige französische Kulturminister, der in Frankreich die Quote eingeführt hat und uns heute von den französischen Erfahrungen berichten wird. Rechts neben uns sitzt Prof. Udo Dahmen, der Künstlerische Direktor und Geschäftsführer der Popakademie Baden-Württemberg, die sich besonders für den Nachwuchs engagiert. Daneben Frau Inga Humpe als Künstlerin, die uns berichten wird, wie es ihr ergeht und wie sie erlebt, wie junge Künstler gespielt oder nicht gespielt werden. Dann Jim Rakete als Produzent und vielseitiges Talent, der lange Jahre Erfahrung mit Künstlern hat, und Privatdozent Dr. Jörg Gundel, der sicherlich aus rechtlicher Sicht einiges zum heutigen Thema beitragen kann. Sie, Frau Humpe, und meine Herren Sachverständigen, haben nun jeweils etwa fünf Minuten Zeit für ein Einführungsstatement. Das wollen wir heute machen, damit jeder noch einmal die eigene Position ganz deutlich machen kann, obwohl ja auch schriftliche Stellungnahmen vorliegen. Ich denke, heute ist es sehr gut, wenn wir das alles noch einmal direkt live hören. Wir werden dann drei Fragerunden haben, in denen die Fraktionen jeweils mit einem Zeitkontingent von fünfzehn bzw. fünf Minuten Fragerecht haben. Ich möchte die Damen und Herren Abgeordneten und auch die Sach-

verständigen der Enquete-Kommission darauf aufmerksam machen, dass die Frage und die Antwort innerhalb des Zeitkontingents der jeweiligen Fraktion erfolgen muss - also nicht fünfzehn Minuten Fragen und dann fünfzehn Minuten Antworten, sondern fünfzehn Minuten insgesamt für Fragen und Antworten, so dass wir möglichst viele Fragen an unsere Sachverständigen stellen können. Wir haben einen sehr knappen Zeitraum, deswegen bitte ich Sie, bei den Statements und auch bei den Frageunden den Zeitrahmen einzuhalten. Frau Connemann und ich, wir werden auch darauf achten. Für die, die jetzt nicht alles genau mitbekommen, besteht die Gelegenheit, das hinterher auch noch einmal im web.tv zu sehen. Die Anhörung wird auch im Parlamentskanal übertragen, wer jetzt hier nicht richtig hören oder nicht richtig sehen kann, der kann auch in eines der Büros gehen, um dort vor dem Fernseher zuzuschauen. Ich schlage jetzt vor, dass wir von links nach rechts beginnen, also mit Herrn Gerd Gebhardt vom Bundesverband der Phonographischen Wirtschaft. Sie haben heute die Popkomm eröffnet, die zum ersten Mal in Berlin stattfindet. Sie haben das Wort.

Gerd Gebhardt (Vorstandsvorsitzender des Bundesverbandes der Phonographischen Wirtschaft e.V.): Ich bedanke mich für die Einladung. Ich fühle mich sehr geehrt, in diesem Kreis zu sein. Ja, wir haben heute Morgen die Popkomm eröffnet und ich muss sagen, es ist ein gutes Gefühl. Es sieht so aus, als würde es wieder nach vorne gehen. Aber nichtsdestotrotz würde ich gern ein Eingangsstatement vortragen, auch wenn es vielleicht polarisiert. Ich versuche, mich so klar wie möglich auszudrücken und die Dinge anzusprechen, wie ich es sehe. Die Rundfunklandschaft bildet derzeit weder ab, was in Deutschland und in deutscher Sprache produziert wird, noch in welcher Vielfalt neue Talente und neue Produkte den Markt erreichen. Über diesen Befund besteht bei den Hörern Einigkeit, nur die Sender negieren ihn. Ausgerechnet der öffentlich-rechtliche Rundfunk verweigert entgegen seinem Programmauftrag eine angemessene Präsentation, insbesondere inländischer und deutschsprachiger Produktionen, mit dem Hinweis darauf, gegenüber den privaten Sendern wettbewerbsfähig bleiben zu müssen. Doch der öffentlich-rechtliche Rundfunk bezieht allein aus programmatischen Unterschieden zu den privaten Sendeanstalten seine Legitimation und seinen Anspruch auf Gebührenfinanzierung. Wenn sich die besondere Rolle des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in seinem Programm nicht mehr widerspiegelt, muss der Gesetzgeber eingreifen. Entweder werden Regelungen geschaffen, die eine Erfüllung des Kulturauftrags der Sendeanstalten gewährleisten, oder die Gebührenfinanzierung muss infrage gestellt werden. Der Tonträgerwirtschaft geht es mit ihrer Quotenforderung, nämlich 50 Prozent Neuheiten und davon 50 Prozent deutschsprachig, die wir ja schon ganz klar vor zwei Jahren auf der Popkomm in Köln formuliert haben, nicht darum, von ihren eigenen Problemen abzulenken. Wir kennen unsere Probleme, wir haben sie auch schon etwas länger und wir müssen sie auch selber regeln. Hier geht es darum, dass der Rundfunk Neuheiten, insbesondere deutschsprachige Neuheiten, selbst dann ignoriert, wenn sie erfolgreich sind. Ich verweise nur auf die Charts der letzten Wochen. Diese Woche gab es aktuell acht LP's aus deutschen Ländern in den Top Ten. Das gab es noch nie. Das ist das erste Mal, das ist deutscher Rekord. Davon sind sechs LP's in deutscher Sprache, zwei in englischer Sprache, davon wird aber nur ein Bruchteil im Radio zu hören sein, wenn man es im Moment anschaltet. Ich glaube, dass es nicht darum geht, und das möchte ich noch einmal ganz klar sagen, die Fehler oder die Versäumnisse der so genannten Musikindustrie auf Kosten anderer auszumerzen. Es geht hier darum, dass wir deutsche Künstler haben und dass der

öffentlich-rechtliche Rundfunk einen Kulturauftrag, einen Informationsauftrag hat, der von ihm in der jetzigen Situation unseres Erachtens nach aber nicht wahrgenommen wird. Das wollten wir damit klarstellen. Deshalb haben wir vor zwei Jahren diesen Aufruf verfasst. Ich muss dazu auch sagen, wir haben in der Zwischenzeit mit vielen Leuten aus den öffentlich-rechtlichen Anstalten und auch mit den Privaten gesprochen. Wir haben sogar gute Gespräche geführt. Nur sind wir leider bis heute zu keinem Punkt gekommen - und das innerhalb von zwei Jahren. Es tut ein bisschen weh. Es ist vielleicht auch deswegen, ich will mich gar nicht herausreden, weil wir eventuell zu viel verlangt haben. Aber wir haben konkrete Vorschläge gemacht, die teilweise aufgenommen, dann aber in Gremien wiederum negiert wurden. Ich hoffe, dass wir heute ein bisschen mehr Licht in das ganze Thema bringen können. Ich hoffe auch, dass wir heute diesen Saal verlassen und sagen, wir müssen etwas für unsere eigenen Künstler tun. Es kann nicht sein, dass wir im Rundfunk - darüber gibt es von der BKM ausgearbeitete Informationen und auch von uns über Media Control erstellte Informationen - bei den Neuheiten und bei den deutschen Neuheiten folgende Situation vorfinden: Dass alles, was aus dem Ausland kommt, besser ist und besser quotiert wird als das, was aus Deutschland kommt und erst einmal in eine Ecke geschoben wird. Das lasse ich jetzt einmal so stehen. Darüber kann man diskutieren und darüber sollte man auch diskutieren. Ich glaube, die deutschen Künstler haben ein Recht darauf, dass sie gehört werden. Das kann nur mit dem Radio passieren.

Gernot Romann (Vorsitzender der ARD-Hörfunkkommission und NDR Hörfunkdirektor): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Meine Damen und Herren, ich bin in der glücklichen Lage, dass ich als Nachbar von Herrn Gebhardt sagen kann, dass ich ihn zweimal kenne. Einmal so wie eben, und einmal, wenn wir im kleineren Kreis zusammensitzen. Darin liegt aber auch eine Chance, weil wir, so begreift es die ARD, die mich hierher geschickt hat, dieses Treffen als Dialog verstehen. Auch wenn der Text der Einladung nicht überbordend freundlich war und man den Eindruck hat, dass vieles schon im Vorhinein festgelegt ist. Ich hoffe, dass das nicht der Fall ist. Ich will jetzt auch nicht polemisch auf Herrn Gebhardt reagieren. Es ist wie oft im Leben, dass nicht einer völlig Recht hat und der andere völlig Unrecht. Ich will versuchen darzustellen, wie der öffentlich-rechtliche Rundfunk, wie die ARD, ihre Position begreift. Wir werden auch versuchen, das sage ich vorweg, den Dialog mit Herrn Gebhardt und der Industrie fortzusetzen. Wir haben auch sehr gute Gespräche mit politischen Mitarbeitern von Frau Staatsministerin Dr. Weiss und von Herrn Ministerpräsidenten Beck gehabt. Ich glaube, da gibt es durchaus Möglichkeiten, etwas zu finden, das allerdings weder Quote noch Selbstverpflichtung heißen kann. Im Augenblick ist der öffentlich-rechtliche Rundfunk in einem solchen Maß Adressat von Selbstverpflichtungen, dass man schon gar nicht mehr weiß, was eigentlich noch Sache ist. Was ich weiß ist, dass der Auftrag dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk nicht vorschreibt, Künstler, die sich einfach beim Publikum nicht durchsetzen können, zu senden. Es gibt eine ganze Menge Künstler, die in den Programmen laufen und gleichwohl keine Kaufimpulse auslösen. Darum geht es ja Herrn Gebhardt und der Industrie, dass das noch keine Garantie ist. Aber ich glaube nicht, dass die Quote dort das Heil bringt. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk hat ein Kriterium, und dieses Kriterium ist der Hörer. In einem solidarfinanzierten System kann es natürlich nicht angehen, dass man dort sagt, wir bedienen nur Minderheiten, wir sind offen für die Forderungen aller Interessenverbände, aller Lobbyisten etc. Das kann nicht sein, sondern unser Kriterium ist der Hörer. In einem solidarfinanzier-

ten System, in dem alle Gebühren zahlen, müssen wir uns natürlich um Mehrheiten kümmern. Die Akzeptanz, die der öffentlich-rechtliche Rundfunk in der Bundesrepublik hat - immerhin mit der Summe der Programme noch deutlich über 50 Prozent - , ist auch ein Beispiel dafür, wie sehr die Bevölkerung mit den Programmangeboten einverstanden ist, natürlich nie komplett. Aber bei uns werden die Entscheidungen, welche Musik wo läuft, nicht vom Musikchef, nicht vom Redakteur, nicht einmal vom Intendanten getroffen, sondern wir orientieren uns an den Hörern. Wir haben mit Hilfe der Medienforschung sehr solide Studien mit hohen Fallzahlen. Ich finde das nicht mehr als recht und billig und kann die Schelte nicht ganz begreifen, wenn man dort etwas anbietet, das von Mehrheiten akzeptiert wird. Im Sendegebiet des Norddeutschen Rundfunks gilt das jedenfalls. Ich weiß, dass das beim RBB und bei anderen Sendern nicht anders ist. Ich will Ihnen am Beispiel des NDR deutlich machen, dass die pauschale Aussage, wir spielten keine jungen Künstler, keine neuen Künstler, wir förderten sie nicht, so pauschal nicht zutrifft. Wir haben beispielsweise vier Landesprogramme, die zu 60 Prozent deutsche Schlager und deutsche Popmusik senden. Das ist eine Menge. Ich kenne keinen anderen Sender, der im Umfang so viele deutsche Angebote macht. Im Massenprogramm NDR 2 - Zielgruppe sind die 35- bis 50-jährigen - haben deutsche Titel nicht die Akzeptanz, die sie in anderen Programmen, nämlich in den Landesprogrammen, oder, ich komme gleich darauf, im Jugendprogramm finden. Dennoch werden dort im Programm 10 Prozent deutsche Künstler und auch Neuerscheinungen präsentiert. Wir hatten das neulich. Was glauben Sie, wer Herrn Grönemeyer präsentiert, wenn er in Hamburg ist? NDR 2 natürlich. Wir legen großen Wert darauf, dass wir das sind und nicht etwa ein kommerzieller Konkurrent. Was N-JOY angeht, das Jugendradio des Norddeutschen Rundfunks - und ich weiß, das ist bei „Fritz“ nicht anders -, so sind dort im Studio und in den Redaktionen die Wände geradezu tapeziert mit Goldenen Schallplatten. Und zwar Goldene Schallplatten, die junge Künstler dem Sender, den Kollegen dort, als Anerkennung für ihre Förderung geschenkt haben. Wer, wenn nicht wir, hat sie groß gemacht? Ich wiederhole es noch einmal für die ARD. Das ist auch mein Auftrag. Aber ich bin auch persönlich dieser Meinung: Es kommt weder eine Quote noch eine Selbstverpflichtung in Frage. Nach unserer Überzeugung würde sie weder die Qualität steigern noch der Vielfalt dienen, noch würde die Talentförderung davon Vorteile haben. Es kann nicht angehen - das ist die Meinung der ARD, die ich Ihnen hier mitteilen möchte -, dass die Musikwirtschaft oder die Parteien bestimmen, was die Hörer hören müssen. Da muss man die Frage stellen, welche Grenzen hätte eine Quotierung beispielsweise im Bereich der deutschen Popmusik. Demnächst haben wir dann in der Klassik die Forderung im Kulturprogramm, dass wir dort italienische Opern nur noch auf Deutsch singen dürfen. Wo ist dann die Grenze, wenn man diese Vorschriften macht? Last but not least erlaube ich mir den Hinweis, dass es in diesem Land so etwas wie eine verfassungsmäßig garantierte Programmautonomie gibt. Wenn ich mich recht erinnere, ist Rundfunk auch Ländersache. Dennoch bin ich gerne hier, bedanke mich für die Einladung und will so enden, wie ich begonnen habe. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk ist, bei allen grundsätzlichen Worten, die ich zur Quote und Selbstverpflichtung gesagt habe, bereit, mit der Industrie den Dialog fortzusetzen und Modelle zu entwickeln, die in die Richtung gehen, die die Industrie haben will. Das, was Sie jetzt fordert, ist für uns nicht akzeptabel.

Hans-Jürgen Kratz (Vizepräsident und Vorsitzender des Fachbereichs Hörfunk im Verband Privater Rundfunk und Telekommunikation e.V. (VPRT)): Zunächst auch von meiner Seite aus vielen Dank, dass ich hier die Position des Verbandes Privater Rundfunk- und Telekommunikation, das sind immerhin 70 private Hörfunkunternehmen und etwa 60 private Fernsehanbieter, vertreten darf. Es wird sie nicht verwundern, dass der private Rundfunk die Einführung einer gesetzlich verankerten Quote oder einer Selbstverpflichtungserklärung für deutschsprachige oder in Deutschland produzierte Musik grundsätzlich ablehnt, und zwar aus mehreren Gründen. Zunächst: Eine Musikquote bedeutet unseres Erachtens einen massiven staatlichen Eingriff. Nach Artikel 5 GG ist die Programmfreiheit und die Rundfunkfreiheit geschützt. Hier würde entsprechend eingegriffen werden, das lehnen wir ab. Und das bedeutet einen Eingriff in Artikel 14 GG, der nämlich für den Gewerbebetrieb das Eigentumsrecht schützt. Auch das kann nicht sein. Ich habe übrigens mit großer Verwunderung zur Kenntnis genommen, dass wir hier auf Bundesebene so engagiert über ein Thema diskutieren, das in einem föderalen Staat Ländersache ist, denn es sind die Länder, die die Hoheit über die gesetzliche Regelung des Rundfunks haben. Private Rundfunkanbieter sind in Bezug auf ihre Finanzierungsmöglichkeiten Wirtschaftsunternehmen. Das heißt, sie müssen sich ausschließlich aus dem Markt finanzieren und sind deshalb anders als die öffentlich-rechtlichen Kollegen gezwungen, wettbewerbs- und marktorientiert zu handeln. Das heißt, die Programme müssen so gestaltet sein, dass sie bei einem entsprechenden notwendigen wirtschaftlichen Aufwand die größtmögliche Zahl an Hörern bzw. Zuschauern erreichen, damit die Werbung treibende Industrie dies in Form von Buchungen von Werbespots honoriert, denn davon finanzieren sich die privaten Rundfunkanbieter ausschließlich. Eine Quote würde diesen bestehenden Marktmechanismus außer Kraft setzen. Die Unternehmen wären dann faktisch gezwungen, unwirtschaftlich zu arbeiten. Die logische Konsequenz: Verlust der Attraktivität des Programms, damit verbunden sinkende Reichweiten und daraus resultierend fallende Umsätze und letztendlich Abbau von Arbeitsplätzen. Immerhin arbeiten im privaten Rundfunk in Deutschland etwa 23.000 Menschen. Zahlreiche kleinere und mittlere Sendeunternehmen, gerade in Ländern, in denen lokaler Rundfunk eine große Rolle spielt - in Bayern oder Westfalen -, wären sehr schnell vor dem wirtschaftlichen Aus. Die Einführung einer Quote würde also die Wettbewerbsfähigkeit vieler Sender insgesamt bedrohen. Aber davon wären nicht nur die Anbieter betroffen, sondern auch die Künstler und die Musikindustrie selbst. Denn mit jedem Sender, der durch diese Quote am Markt vorbeigieren muss und in den wirtschaftlichen Ruin getrieben wird, verkleinert sich für beide, sowohl für die Industrie wie auch für die Künstler die Verbreitungsplattform. Uns scheint, dass die Diskussion um die Musikquote hier letztendlich keine kulturelle oder künstlerische Diskussion ist, sondern dass es hier knallhart ums Geschäft geht, nämlich ausschließlich um das Geschäft der Musikindustrie und um ökonomische Erfolgsgarantien für Künstler und Produzenten. Wir als private Rundfunkanbieter können die Fehler der Vergangenheit in der Musikindustrie nicht ausmerzen. Sollte eine Radio- oder TV-Quote eingeführt werden, müsste man selbstverständlich analog dazu auch eine gesetzliche Investitionsquote für Nachwuchsförderung und eine Ausgabenquote für Hörfunkwerbespots für die Musikindustrie einführen, die im Übrigen gerade einmal 1,7 Prozent ihrer gesamten Marketingaufwendungen in Hörfunkwerbung investiert. So wichtig scheint also Radio für die Musikindustrie gar nicht zu sein. Es sei denn, sie bekommt es komplett kostenlos per Quote. Konsequenterweise darf man dann natürlich auch nicht vergessen, die Musikindustrie ebenfalls - gesetzlich natürlich - dazu zu zwingen, mindes-

tens 50 Prozent ihrer Produktionsetats inklusive der entsprechenden Plattenverträge in Nachwuchsproduktionen bzw. in Nachwuchskünstler zu investieren. Wenn von dort der Nachschub nicht kommt, können wir ihn als privater Rundfunkanbieter auch nicht spielen. Deutsche Künstler wurden gerade in den letzten Monaten in großem Umfang freigestellt, das heißt, ihre Verträge wurden von den Plattenfirmen gekündigt. Das Entdecken und Entwickeln neuer deutscher Künstler wurde aus Furcht von Fehlschlägen zugunsten der Förderung etablierter internationaler Acts zurückgestellt. Gab es bei Warner zum Beispiel Ende letzten Jahres noch 77 Nachwuchskünstler unter Vertrag, sind es aktuell gerade einmal 15. Diese Zahl kommt nicht von mir, diese Zahl kommt von Tim Renner, ehemals Chef von Universal, der gefeuert worden ist, weil er geglaubt hat, er müsse mehr für den deutschen Nachwuchsbereich tun. Die Einführung einer Quote würde also bedeuten, dass die Musikwirtschaft aus ihrer Verantwortung entlassen wird und stattdessen die privaten Hörfunk- und TV-Unternehmen gezwungen werden sollen, die Misere dieses Wirtschaftszweiges auszugleichen. Entscheidend bei der Musikauswahl sind aber, da schließe ich mich Herrn Romann an, die Qualität des Materials und die Akzeptanz bei der gewünschten Zielgruppe, und zwar unabhängig von Herkunft oder Sprache der Produktion. Ich zitiere hier Wolfgang Niedecken von BAP - Deutsch respektive Kölsch singender Mensch -, der in einem Interview im „STERN“ gesagt hat: „Ob in Deutschland jemand Instrumentalmusik macht oder auf Kisuaheli oder in was weiß ich für einer Sprache singt, darf von einer Quote nicht bestimmt werden“. Die Einführung einer Quote würde also bedeuten, dass sich die Musik und die Programmfarbe, die heute mittels aufwendiger Musiktests und intensiver Marktforschung genau auf die Bedürfnisse der Hörer ausgerichtet wird bzw. beim privaten Rundfunk aufgrund des Geschäftsmodells ausgerichtet werden muss, grundlegend verändern würde. Das Problem wäre, die Konsumenten würden ihr Nutzungsverhalten noch stärker als bisher ändern, nämlich um auf anderen Wegen genau die Musik hören zu können, die sie interessiert. Denn die Verbraucherinnen und Verbraucher lassen sich ihren Musikgeschmack nicht vom Gesetzgeber diktieren und der private Rundfunk kann auch kein Proberaum für künstlerische Selbstverwirklichung sein. Die privaten Hörfunk- und TV-Anbieter drücken sich nicht vor der Verantwortung für die Künstler. Im Gegenteil, sie engagieren sich in erheblichem Umfang für die Nachwuchsförderung und für die Förderung deutscher und deutschsprachiger Musik. Wir unterstützen junge deutsche Künstler, zum Beispiel Wolfsheim, Rosenstolz, Silbermond, Sarah Connor, Laith Al-Deen und wie sie alle heißen. In jedem Jahr werden und wurden regelmäßig zahlreiche private Radiosender von den Plattenfirmen mit Goldenen Schallplatten ausgezeichnet. Der Anteil an Neuheiten und deutschsprachigen Titeln im Radio und im Fernsehen ist, anders als es oft wissentlich falsch behauptet wird, nicht gering. Mindestens ein Drittel des Hörfunk- und TV-Musikangebots in Deutschland besteht bereits heute aus deutscher bzw. deutschsprachiger Musik - und mit besserer Qualität wird auch der Anteil der Nachwuchskünstler steigen. Entscheidend ist der Geschmack der Hörer und sonst nichts. Es gab schon einmal eine Quote in Deutschland, nämlich bis 1989 in der DDR, 60/40. Sie kennen dies alles. Ich denke, diese Zeiten haben wir hinter uns gelassen. Ganz zum Schluss: Wir als private Anstalten lehnen eine Quotenvorgabe oder eine freiwillige Selbstverpflichtung grundsätzlich ab.

Jacques Toubon (Ehemaliger französischer Kulturminister): Meine Damen Vorsitzende, meine Damen und Herren Abgeordnete, ich möchte zunächst einmal sagen, dass es für mich eine große

Ehre ist, dass Sie mich hier in den Deutschen Bundestag eingeladen haben, um über eine Frage zu diskutieren, die meiner Ansicht nach von grundlegender Bedeutung für die Identität unserer Völker und für die Identität Europas ist. Ich möchte Frau Griefahn und Frau Connemann ganz herzlich danken, dass sie mich eingeladen haben. Des Weiteren möchte ich mich dafür entschuldigen, dass ich nicht in der Lage bin, Deutsch zu sprechen, aber mein Deutsch ist leider zu schlecht. Ich habe hier natürlich nicht die Aufgabe, Ihnen etwas zur Situation in Deutschland zu sagen. Aber bevor ich auf Ihre Fragen antworte, möchte ich gerne ganz kurz beschreiben, wie das Gesetz in Frankreich aussieht und insbesondere, welche Auswirkungen dieses Gesetz auf die Plattenindustrie, auf das künstlerische Leben und auf den Rundfunk hatte. Dieses Gesetz ist am 1. Januar 1994 in einem Umfeld verabschiedet worden, das damals gekennzeichnet war durch die Anstrengungen, die wir unternommen haben, um die französische Sprache zu fördern, denn gleichzeitig haben wir damals ein Gesetz zum Gebrauch der französischen Sprache verabschiedet. Zum anderen war die Situation damals gekennzeichnet durch die Tatsache, dass es uns am Herzen lag, die Pluralität und die Weiterverbreitung der französischen Kultur in allen Bereichen zu stärken. Deutschland und Frankreich haben es damals gemeinsam erreicht, bei den GATT-Verhandlungen die so genannte „exception culturelle“ zu erreichen. Ich möchte dies hier nur ganz kurz beschreiben. Zu dem Gesetz haben Sie ja sicherlich schriftliche Unterlagen. Ich möchte deshalb etwas mehr auf die Konsequenzen eingehen. Das Gesetz an sich ist ganz einfach. Es wird gesagt, in allen öffentlichen und privaten Radiosendern müssen 40 Prozent französischsprachige Songs gesendet werden, die Hälfte muss dabei dem Nachwuchs vorbehalten sein oder es müssen Neuerscheinungen sein. Dieses Gesetz ist anschließend, und zwar im Jahr 2000, geändert worden. Heute sieht dieses Gesetz folgendermaßen aus: Wir unterscheiden drei verschiedene Radioformate, nämlich Radiosender, die sich an Erwachsene wenden, Radiosender für Erwachsene und Jugendliche, und Radiosender mit der Hauptzielgruppe Jugendliche. Bei jedem dieser Radiosender wird mit dem Rat für Audiovisuelle Medien ein Vertrag unterzeichnet. Das ist eine unabhängige Verwaltungsbehörde, die für alle Fragen der Audiovisuellen Medien zuständig ist. In Frankreich ist das also nicht die Regierung, sondern diese unabhängige Stelle. Mit diesem Rat wird also ein Vertrag unterzeichnet. In diesen Verträgen ist für die Erwachsenen sender 60 Prozent für französischsprachige Musik vorgesehen, 10 Prozent davon müssen Nachwuchskünstler und Neuerscheinungen sein. Für die gemischten Radios, also für Jugendliche und für Erwachsene, müssen 40 Prozent französischsprachige Musik sein, davon muss die Hälfte für Nachwuchsförderung vorgesehen werden. Für die Jugendsender sind es 35 Prozent für französischsprachige Musik und 25 Prozent für Nachwuchskünstler und Neuerscheinungen. Dieses Gesetz wird voll und ganz angewendet und stellt im Augenblick für die Programmgestaltung keine Schwierigkeit dar. Die Radiosender sind in ihrer Mehrheit in der Lage, diese Auflagen, diese Quoten, einzuhalten. Der Rat für Audiovisuelle Medien hat auch die entsprechenden Kompetenzen, um auf die Einhaltung dieser Regeln zu achten, er kann finanzielle Sanktionen verhängen oder er kann Sendelizenzen für die Radiosender wieder entziehen. Dies sind die Auswirkungen des Systems, das wir jetzt seit zehn Jahren haben. Für die Plattenfirmen und Musikproduzenten ist es auf jeden Fall positiv, neue Künstler konnten sich profilieren. Ich möchte Sie jetzt nicht unnötig mit Zahlen belasten, aber ich glaube, es ist sehr wichtig, dass wir solche Zahlen nennen. Zunächst einmal, was die Plattenproduktion der Singels angeht. Die Anzahl von französischsprachigen Singels, die verkauft wurden, ist zwischen 1995 und 2003 um 63 Prozent gestiegen. Die

Anzahl von Singles mit Nachwuchssängern ist um 57 Prozent gestiegen. Was die Alben angeht, so ist die Anzahl von französischsprachigen LP's um das Dreifache angewachsen. Die Anzahl von LP's von neuen Talenten hat sich verdoppelt. Zweitens, was die Investitionen der Plattenindustrie angeht: Für französischsprachige Künstler haben sich die Investitionen in das Marketing zwischen 1995 und 2003 verdoppelt. Für französischsprachige Nachwuchssänger haben sich die Investitionen im Bereich Marketing und Produktion im Jahr 1995 auf 25 Prozent aller Investitionen belaufen. Heute liegt dieser Anteil bei 36 Prozent aller Investitionen. Zum Umsatz der Industrie: Für französischsprachige Künstler ist es so, dass der Anteil des französischen Repertoires im Bereich Schlager gestiegen ist, und zwar auf 63 Prozent zwischen 1995 und 2003. Also eine Umsatzerhöhung von 35 Prozent; eine deutliche auch absolute Steigerung. Was die Nachwuchstalente angeht, so stellten sie 1995 im französischsprachigen Repertoire 15 Prozent des Umsatzes dar. Heute liegt diese Rate bei 28 Prozent, was also fast eine Verdoppelung des Umsatzes bedeutet. Was die Neuheiten angeht, möchte ich sagen, dass der Plattenmarkt in Frankreich natürlich in den letzten Jahren zurückgegangen ist, aber weniger stark, als dies in Deutschland der Fall ist. Ich denke, dies ist auch darauf zurückzuführen, dass es sehr viele Künstler und Platten mit französischsprachiger Musik gibt. Dies hat sicherlich etwas damit zu tun, dass der Plattenmarkt in Frankreich besser Stand gehalten oder sich zumindest weniger schlecht weiterentwickelt hat als der in Deutschland. Dritter Punkt: Neue Künstler. Im Verlauf der letzten zehn Jahre sind 50 französischsprachige Künstler, die 1994 noch unbekannt waren, zu anerkannten etablierten Künstlern geworden. Das heißt, sie haben mindestens zwei Goldene Schallplatten erreicht; sie haben also mindestens zwei Platten produziert, die mit mehr als 100.000 Exemplaren verkauft wurden. Ich habe hier eine Liste dieser Künstler zu Ihrer Verfügung dabei. Mehr als 80 Prozent dieser Künstler, die zwei Goldene Schallplatten erreicht haben, haben insgesamt schon mehr als eine Million Alben während ihrer Karriere verkauft. Man kann also sagen, dass dieses Gesetz über die Musikquote dazu geführt hat, dass eine Dynamik zwischen Produktion, Investition und Verkauf geschaffen wurde. Dieses Gesetz hat gerade auch für neue Künstler neue Profilierungschancen gebracht. Unsere Radios, insbesondere die privaten Radiosender, leben sehr gut davon. Unser wichtigster Privatsender Energie hat einen deutschen Radiosender aufgekauft. Ich glaube, unseren Sendern geht es in wirtschaftlicher Hinsicht sehr gut und sie sind durchaus konkurrenzfähig. Gut, das wollte ich gerne zu diesem Sachverhalt sagen. Wie ich schon am Anfang gesagt habe, glaube ich, wir müssen dies in einem Gesamtrahmen sehen. Es geht um die sprachliche und die kulturelle Vielfalt. Wenn man das noch allgemeiner fasst, denke ich, kann man sagen, dass es hier um die Frage geht, wie die Identität Europas aussieht. Gemäß dem Verfassungsentwurf, der diskutiert wird, ist es so, dass die kulturelle Vielfalt ein Grundwert für Europa sein muss. Ich glaube, wir müssen uns die Frage stellen, wie jeder einzelne Mitgliedstaat dazu beitragen kann, dass diese kulturelle Vielfalt gewährleistet wird. Auch in diesem Zusammenhang muss man die Frage nach der Musikquote stellen. Wir haben das in Frankreich gemacht. In Frankreich war dies ein Erfolg. Es ist ein Erfolg für Frankreich. Ich kann hier Deutschland keineswegs irgendwelche Lehren erteilen, schon gar nicht dem Deutschen Bundestag. Aber ich möchte auf jeden Fall sagen, dass wir sehr positive Erfahrungen damit gemacht haben. Ich spreche hier nicht mehr als Politiker, ich spreche als jemand, der für diese kulturelle Vielfalt kämpft. Ich glaube, es gibt sehr viele Umstände, unter denen eine öffentliche Intervention notwendig ist, wenn man unsere Nationen erhalten will. Vielen Dank.

- Beifall -

Vorsitzende Monika Griefahn: Meine Damen und Herren. Wir haben hier eine Anhörung im Bundestag und leider kein Popkonzert, auch wenn das schön wäre. Es ist hier normalerweise nicht üblich, Beifallsbekundungen zu zeigen. Ich bitte das, auch aus Fairness gegenüber allen Anzuhörenden, zu unterlassen. Auch wenn ich weiß, dass viele hier sind, die sich für die Sache einsetzen. Das sind, wie es im Französischen heißt „militants“, also Aktive in Sachen Quote wie Herr Toubon, der auch nach seiner Entscheidung noch dazu steht. Ich weiß, dass hier viele Sympathisanten sind, aber wir wollen eine Anhörung mit allen Argumenten haben. Ich bitte Sie herzlich, das zu beachten. Ich darf jetzt Herrn Prof. Dahmen bitten, der als Leiter der Popakademie besonders dem Nachwuchs verpflichtet ist, uns zu sagen, wie seine Position aussieht.

Prof. Udo Dahmen (Künstlerischer Direktor und Geschäftsführer der Popakademie Baden-Württemberg): Herzlichen Dank, Frau Griefahn, herzlichen Dank Frau Connemann. Ich fühle mich sehr geehrt, dass ich hier heute etwas beitragen kann, vielleicht auch zur Erhellung des Themas deutschsprachige Popmusik, deutsche Produktion und Newcomer. Vorweg, wir werden uns als Popakademie für eine freiwillige Selbstverpflichtung der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten aussprechen, um das gleich ganz klar zu sagen. Es ist sicher auch so, dass wir sehen, dass es eine verfassungsrechtliche Rundfunkfreiheit gibt. Außerdem leben wir in einem föderalistischen System, was bedeutet, dass wahrscheinlich Prozesse in Gang kommen müssten, die uns sehr, sehr lange beschäftigen würden, bevor wir überhaupt zu irgendeiner Vereinbarung kommen. Ich bin aber überzeugt davon, dass es unbedingt erforderlich ist, sich auf irgendeine Weise zu verständigen und eine Selbstverpflichtung der Anstalten einzuführen. Ich möchte das ausführen. Wir haben in unserer neu gegründeten Popakademie bereits im ersten Jahr festgestellt, dass wir mehr als die Hälfte an Künstlern haben, die deutschsprachig texten, die mit der deutschen Sprache umgehen wollen. Das reicht vom Rapper bis zum Songwriter. Mit diesen Leuten arbeiten wir und in der Zukunft wird es so sein, dass diese alle auf irgendeine Weise Erfolg haben möchten. Wir reden nicht nur über Popstars, wir reden nicht nur über Zusammenhänge, die besagen, dass die Leute alle in die Top Ten kommen müssen. Wir reden auch über die Zusammenhänge, wie ein gesunder Mittelbau von Popmusikern in den nächsten Jahren in diesem Bereich arbeiten und leben kann. Alle diese Leute brauchen Plattformen, die vor allen Dingen in den Rundfunkanstalten liegen müssen. Denn da brauchen wir Verbreitung, die dazu führen soll, dass diese Dinge national erfolgreich, aber vielleicht auch darüber hinaus international erfolgreich werden. Diese jungen Talente werden natürlich an internationalen Produktionen gemessen. Wir haben mittlerweile so viele junge Leute. Gerade im letzten Jahr haben wir eine Welle an neuen jungen Bands erlebt. Ich denke dabei an „Wir sind Helden“, „Mia“, „Silbermond“, „Juli“ usw. Diesen Trend gibt es im Moment. Man könnte natürlich jetzt sagen, dass die Erfolge da sind und dass daran wir alle beteiligt gewesen sind. Im Grunde ist es aber so, dass der Trend irgendwann vorbei sein wird. Die deutschsprachigen Künstler werden aber immer noch da sein und sie werden auch immer noch einfordern müssen und wollen, dass sie über die Rundfunkanstalten gehört werden sollen. Die eine Seite ist natürlich der kommerzielle Erfolg, aber der Künstler lebt nicht nur von der Idee allein, sondern auch von

dem Brot, das er verdient. Die andere Seite ist auch die Identität. Ich habe in letzter Zeit immer das Gefühl gehabt, dass den Künstlern, die sich für die deutsche Musik stark machen, eine gewisse Deutschtümelei vorgeworfen wird. Ich glaube, alle, die hier sind, alle, die Freunde und Freundinnen guter Popmusik sind, sind weit entfernt von einem solchen Zusammenhang. Es geht einfach darum, die nationale Identität auch in der Sprache zu fördern und das auch an junge Künstler heranzutragen. Das ist wie mit der Henne und dem Ei. Wenn wir nicht von unserer Seite, das geht jetzt an die Öffentlich-Rechtlichen, auf dem Kulturauftragshintergrund, auf dem Bildungsauftragshintergrund etwas tun, dann wird sich da auch nicht unbedingt etwas bewegen. Immer nur auf die Trends und darauf zu verweisen, dass Konsumenten sich das selbst aussuchen, was sie hören wollen, ist ja nur die eine Hälfte der Sache. Auch bei den Formaten haben wir gesehen, dass natürlich immer nur das gekauft und konsumiert werden kann, was zu Gehör gebracht wird. Alles, was nicht zu Gehör gebracht wird, kann auch nicht konsumiert werden. Wir haben mittlerweile so viele Musiker, die in diesem deutschsprachigen Zusammenhang und in der deutschen Produktion tätig sind, Nachwuchsmusiker, auch von hoher Qualität, dass wir damit umgehen sollten. Ich habe hier auch noch Ergebnisse einer Emnid-Untersuchung, die sagt, dass 77 Prozent der Befragten mit der derzeitigen kleinen Titelauswahl in öffentlich-rechtlichen Hörfunksendern unzufrieden sind und dass über 62 Prozent mehr deutsche Titel hören möchten. Das schließt natürlich alle ein. Wir werden auch mehr Schlagerproduktionen hören usw. Es geht nicht um eine Geschmackskontrolle, um eine Geschmacksquote, sondern darum, dass alles auch zu Gehör gebracht wird. Auf der anderen Seite möchte ich darauf verweisen, dass es durchaus einzelne Sender gibt - das muss man sehr diversifizieren - die in den letzten Jahren erhebliche Anstrengungen unternommen haben, Newcomer und auch deutschsprachige Produktionen zu senden. Ich möchte einmal „Das Ding“ beim SWR nennen, ich möchte auch Eins Live nennen oder Radio Fritz. Ich würde mir wünschen, dass eine erhebliche Diskussion in den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten darüber aufkommt, wie man solche Modelle übertragen kann und wie man flächendeckend vielleicht bei allen Rundfunksendern ähnliche Ideen und ähnliche Modelle umsetzt - daher auch die freiwillige Selbstverpflichtung. Mir würde etwas daran liegen, diesen Diskurs auch mit Künstlern zu führen, vom Ausbilder bis zu den Öffentlich-Rechtlichen und vice versa. Ich glaube, nur so kommen wir weiter. Je mehr sich die Positionen verhärten, umso schwieriger wird der Zusammenhang. Von daher ist unsere Position klar: Freiwillige Selbstverpflichtung und auf dem Hintergrund dann auch in der Zukunft der nationale Erfolg. Auch der große nationale Erfolg von jungen Nachwuchskünstlern würde immer voraussetzen, auch internationale Erfolge zu ermöglichen. Da wäre German Sounds dann unser Helfer. Das sind alles Dinge, die erst im Moment beginnen. Darüber würde ich gern in die Diskussion eintreten. Danke.

Inga Humpe (Sängerin): Vielen Dank für die Einladung und merci beaucoup, Monsieur Toubon, denn es hat mir sehr gut gefallen, was Sie gesagt haben. Ich hoffe doch, dass alle es verstanden haben. Ich habe auch ein paar Zahlen auf Lager, die ich gerne los werden möchte. Es gibt ungefähr 600 Radiosender in Deutschland. Bei ungefähr sechs von diesen 600 Radiosendern werden wir und auch die meisten, die heute hier sind und die auch auf der Pressekonferenz waren, gespielt. Bei diesen sechs Sendern, die diese freiwillige Selbstverpflichtung schon von sich aus auf sich genommen haben und anscheinend auch ein echtes kulturelles Interesse an Musik aus Deutschland haben, fühlen sich,

glaube ich, alle repräsentiert. Wir sind uns alle einig darüber, dass das diese sechs Sender sind. Ich kann Ihnen auch gerne sagen, welche Sender das sind. Bei allen anderen Sendern ist die Erfahrung eigentlich folgende: Es kommen zum Beispiel die Musikredakteure zu uns und sagen: „Sie haben ein wunderbares Album gemacht, aber es tut mir Leid, ich kann das leider nicht spielen, denn unsere Hörer wollen das nicht“. Die Musikredakteure sind sogar beschämt über das eigene schlechte, unvielfältige Musikprogramm, das sie erfüllen müssen. Sie erzählen auch, wie zum Beispiel durch Hörerumfragen dann angeblich ein Spiegel zustande kommt, den ich für komplett verrückt und komplett unrealistisch halte, also richtig irrsinnig. Den Hörern werden am Telefon Musikstücke vorgespielt, also zum Beispiel ein deutschsprachiges, ein internationales und ein Oldie. Dann soll der Hörer entscheiden, was er gerne für ein Musikprogramm haben möchte. Bei den deutschsprachigen ist es fast immer ein Schlager oder ein Volksmusikstück. Bei den Oldies ist es irgendetwas, das wirklich jeder kennt, und bei irgendetwas Neuem etwas amerikanisches oder ähnliches. Die dritte Variante unterscheidet sich also von den anderen Musikstücken. Natürlich werden sich sehr wenige Leute, die sich jetzt nicht explizit für Volksmusik oder Schlager interessieren, dann für einen deutschsprachigen Titel entscheiden. Die Hörer sind ganz normale Menschen. Der Mensch mag ja das gerne, was er sowieso schon kennt und entscheidet sich dann für das, was er schon kennt, also das, was er schon einmal gehört hat. Ich halte es trotzdem für extrem unrealistisch, auf diesen Umfragen ein Musikprogramm aufzubauen, aber das ist in den letzten Jahren Gang und Gebe. Interessant ist in dem Zusammenhang auch, dass ich zum Beispiel einmal die Gelegenheit hatte, dem RTL-Chef dieses Phänomen darzulegen, der in dieser Situation zu mir sagte, das wüsste er, dass diese Umfragen nicht so gut seien, aber für bessere Umfragen stünde kein Geld zur Verfügung. Da fasse ich mich an den Kopf bei so viel Verrücktheit und bei einer so unrealistischen Basis für eine so genannte Meinung des Hörers, bei der man schon weiß, dass sie unrealistisch ist. Ich finde, das ist ein Irrsinn, den ich unglaublich bedenklich finde. Herr Kratz hat hier eine Liste ausgelegt, in der praktisch von A bis Z eigentlich alles vorkommt, was jemals deutschsprachig veröffentlicht wurde, und behauptet, das würde bei den privaten Sendern gespielt, aber es steht noch nicht einmal dabei wie oft so etwas gespielt wird. Das kann einfach nicht sein. Das empfinde ich regelrecht als Spiel mit Unwahrheiten, und darüber bin ich sehr böse.

Jim Rakete (Produzent): Ich möchte mich sehr herzlich bedanken, dass wir hier unsere Situation darstellen können. Ich finde, wir sollten zunächst einmal klären, ob wir die Quote wollen. Nicht, ob wir es können, nicht, ob sie juristisch machbar ist, ob sie sinnvoll ist. Meine Vorredner haben die jeweilige Not ihrer Position beschrieben. Diese Kommission steht aber für Kultur und Medien, und ich muss diesen Zusammenhang nicht erst herstellen, er ist da. Deshalb werden wir einen Moment bei dem verweilen, was wir brauchen und auf den Sendeflächen - schönes Wort übrigens, recht zutreffend - nicht finden können. Da wäre zunächst einmal der Begriff der Vielfalt, den die Privaten bei ihrem Auftritt gern verwenden. Der selbe Sende-Chef, der mit Stolz den Begriff „Gefühlte Temperatur“ als Hit eingeführt hat, der das Wort „Abschaltfestigkeit“ erfunden haben soll, berichtet mit eben diesem Stolz, von den 1,5 Millionen Musiktiteln, die er noch beim SWF gebraucht hat, auf 500 Titel herunter gekommen zu sein. Die letzte Zahl scheint mir recht hoch gegriffen. In der von Prof. Nida-Rümelin in Auftrag gegebenen Studie für die letzten zwei Jahre lesen wir, dass die Neuvorstellungen deutschsprachiger Titel in der ARD bei 1,2 Prozent und bei den Privaten unterhalb der 1-Prozent-Marke lie-

gen. Der Gesamtanteil liegt nur deshalb höher, weil größtenteils Oldies, Schlager und so genannte Volksmusik die Statistik schönen. Im Fernsehen gibt es ein wirklich anderes Bild: Da triumphieren die Volksmusiksendungen, die zum Mitsingen schlagergewordene Volksmusikelemente persiflieren. Wenn ein deutscher Musiker überhaupt in eine deutsche Fernsehsendung kommen möchte, dann muss er kochen, ein Buch schreiben, sehr berühmt sein oder tot oder am besten beides. Musiksendungen, die sich mit der lebendigen Musikszene hierzulande auseinandersetzen, gibt es praktisch nicht mehr. Das scheint mir der Kern einer Diskussion zu sein, die fälschlich auf dem Kopf steht. Es gibt längst eine Quote, die die junge deutsche Musik von der Medienwahrnehmung ausschließt. Nur das, was bereits bewiesen hat, dass es erfolgreich ist, findet in unseren Sendungen statt. Natürlich gibt es Ausnahmen, die diese Regel bestätigen. Hier in Berlin haben wir gleich drei lohnende Sender, die es wirklich wagen, Programm zu machen und augenscheinlich auch noch gut damit fahren. Die letzten Erfolge junger Künstler wie „Wir sind Helden“ sind auf die Aufmerksamkeit zurückzuführen, die ihnen von den Sendern Radio Eins, Radio Fritz und Eins Live geschenkt wurde. In dieser Woche haben deutsche Musiker 80 Prozent der Verkaufs-Charts-Positionen erobert. Ein einziges Mal lade ich Sie zu einer Spekulation ein. Wie viele Platten hätten sie wohl verkauft, wenn sie in den Sendern adäquat zu ihren angloamerikanischen Kollegen wahrgenommen würden, wenn sie wie ihre angloamerikanischen Kollegen ganz selbstverständlich eine A-Rotation anstelle der für deutsche Acts üblichen C-Rotation erhalten hätten. Die letzten Beispiele für ein solches Phänomen liegen nun schon Jahre zurück. Die Zahlen eines Grönemeyer-Albums waren so überwältigend, dass man sagen darf, auch Musik aus diesem Land kann sich an den Kassen lohnen. Das aber ist nur eine Seitenlinie. Die Frage bleibt, wollen wir eine Quote? Bedenken Sie bitte, wir könnten etwas über unsere Jugendkultur erfahren. Sie könnte sich weiterentwickeln, international werden, weil sich auch andere für uns interessieren. Copyright schaffen, wie die Forschung Patente schafft. Anknüpfen an die Momente, als die Musik aus Deutschland stilprägend wurde, wie im Techno, in der New Age. Leider ist das mühsam. Die Vielfalt, der Kulturauftrag, der Bildungsauftrag, die Informationspflicht - alle sind höhere Rechtsgüter als die Ausgestaltung eines Programms. Aber schwierig wäre es mit 16 Ländern, den Verbänden, den Juristen, dem GATS-Abkommen und dazu noch der bösen Plattenindustrie, die angeblich alles verschlafen hat. Wissen Sie, ich glaube, dass die hier anwesenden Musiker vor 40 Jahren an gleicher Stelle von Ihnen verlangt hätten, mehr englische Musik im Radio zu hören. Da hatte sich die Musik ohne Quote gerade ganz in ein Schlagergesumms einbetoniert und die einzigen Ausnahmen waren AFN und der BBC. Diese Musik konnten wir damals nur imitieren, nicht erfinden. Es dauerte noch eineinhalb Jahrzehnte bis das, was man Deutsch-Rock nannte, entstand. Dieses Erfolgsmodell funktionierte dann, auch international, bis hin zur Neuen Deutschen Welle. Es endete dann mit dem Ausverkauf der Neuen Deutschen Welle. Das Deutschsprachige war danach plötzlich wieder ein Malus. Wie groß aber das Potential immer noch war, bewiesen die Protagonisten, die im Sattel geblieben waren: Maffay, Lindenberg, Grönemeyer, Westernhagen konnten ihre Erfolge in den 90er Jahren sogar noch ausbauen. Für die nicht etablierten Künstler wurden die Zeiten schwer, denn mit den Privaten war das Formatradio gekommen, mit dem Formatradio geriet die ARD unter Druck. Die Neugier war der „Bescheidwisserei“ gewichen. Was alles hören wir nicht, wenn uns weisgemacht wird, alles Neue komme aus den USA. Welche Autoaggression reitet uns, auch noch in den Programmen das immer gleiche Bild des ewig konservativen, marschmusikorientierten Deutschen zuzulassen? In den

Gutachten und Bewertungen, die dieser Enquete vorliegen, verweisen zwei renommierte Juristen auf die realistischen Chancen einer Quote. Sie ist machbar, wenn man sie machen will, und sie schreitet voran. Acht europäische Länder haben sie bereits und Großbritannien erwägt sie. Wir stehen hier und lassen uns zeitgleich als „Deutschtümpler“ bezeichnen. Hunderte Muskschaffende aus diesem Land aber sehen in einem festgeschriebenen Anteil hiesiger Musik die einzig mögliche Sicherung ihrer kulturellen Identität und die einzige Möglichkeit, die Chancengleichheit in den Medien für die nächste Generation Musiker zu bestimmen. Vielen Dank, meine Damen und Herren.

Dr. Jörg Gundel (Privatdozent): Ich bedanke mich auch sehr herzlich für die Einladung und werde jetzt versuchen, zu den rechtlichen Rahmendaten - verfassungs- und europarechtlich - noch etwas zu ergänzen und hier auch das aufzunehmen, was bisher schon erwähnt worden ist. Was man vorweg sagen kann ist, dass die jetzt erwogenen oder vorgeschlagenen Quotenmodelle ein sehr intensiver Eingriff in die Rundfunkfreiheit wären. Das nur vorab. Das heißt nicht, dass sie deswegen unzulässig wären, aber man müsste es erst einmal schon als sehr intensiven Eingriff bewerten, der in Deutschland bisher beispiellos ist. Solche Zahlenvorgaben gibt es für die Programmgestaltung bisher nicht. Auch das, was es als Vorbild im Ansatz gibt, die europäische Fernsehquote für europäische Werke, ist eine weiche Quote, die also keine Zahlenvorgabe macht, sondern nur eine Bemühensvorgabe, das zu erreichen. Trotzdem, wie gesagt, bedeutet es nicht, dass es per se unzulässig wäre. Dies muss sich aber dann auch intensiv an den gegenläufigen Positionen der anderen Beteiligten messen lassen. Diese anderen Beteiligten sind die Rundfunkveranstalter, national wie international durch die Rundfunkfreiheit geschützt. Außerdem gibt es, das ist bisher hier noch gar nicht vorgekommen, die Interessen der Künstler und der Werke, die durch diese Quote sozusagen zurückgedrängt werden sollen, deren Präsenz sich also abschwächen soll. Diese Position ist dann vor allen Dingen europarechtlich geschützt. Zu beiden Punkten möchte ich nur ganz knapp Eckpunkte anschneiden. Für die Rundfunkveranstalter wären Eckpunkte für die Beurteilung eines konkreten Vorschlages, wenn er auf dem Tisch liegt, relevant. Ebenso wäre aus der Sicht der Rundfunkveranstalter mit Blick auf die Rundfunkfreiheit erst einmal relevant, wie hoch man eine solche Quote ansetzen wollte. Für die Frage, wie eng dieses Korsett dann wäre, ist das eine durchaus maßgebliche Frage. Hier scheint mir das, was vorgeschlagen wird, was an Ideen auf dem Tisch liegt, relativ hoch zu sein. Es scheint mir, dass es über das französische Beispiel, das vielleicht so ein bisschen als Folie dient, hinausgeht. Der zweite Punkt ist, wie flexibel eine solche Quote wäre. Das hat Herr Toubon ganz aktuell berichtet. Auch das französische Modell ist inzwischen flexibilisiert worden. Das heißt, nicht mehr eine starre einheitliche Quote für alles und für jedes Programm, sondern eine Quote, die sich auch am Format ausrichtet und die der Sender wählen kann. Wenn man eine starre und gleichzeitig hohe Quote wählt, bedeutet das, dass bestimmte Formate dann gar nicht mehr möglich sind. Man wird ein Oldie-Format nicht mit einer Neuheiten-Quote betreiben können. Darauf muss Rücksicht genommen werden, wenn man so etwas realistisch machen will. Auch die Differenzierungen müssten berücksichtigt werden. Der dritte Punkt, aus der Sicht der Rundfunkveranstalter, wäre ja die Frage, wer eigentlich Adressat der Quote ist. Sollen das nur die öffentlich-rechtlichen Veranstalter sein, wie es zum Teil vorgeschlagen wird, sollen es auch die Privaten sein? Dazu ist zu sagen, wenn man das nur auf die Öffentlich-Rechtlichen konzentrieren würde, wäre das auch ein Novum, weil bisher die Inhaltsvorgaben, zum Beispiel auch die euro-

päische Fernsehquote, an beide Gruppen des dualen Rundfunksystems gerichtet sind. Dadurch, dass man es nur auf eine Gruppe bezieht, ob die jetzt gebührenfinanziert ist oder nicht, verschärft sich natürlich der Eingriff. Also auch ein Punkt, der zu berücksichtigen wäre. Zwischenfazit: Aus der Sicht der Rundfunkveranstalter müsste eine solche Quote jedenfalls deutlich differenzierter ausfallen; sie könnte nicht so generell starr und einheitlich verlaufen. Die Folgefrage zur Implementierung wäre: Wer bestimmt dann über die Differenzierungen, wer würde das nach dem Vorbild des französischen CSA dann eigentlich genehmigen? Es geht jedenfalls nicht, dass man einfach nur diese Quote hinsetzt. Das ist die Position der Rundfunkveranstalter, an die sich diese Pflicht unmittelbar adressieren würde. Der zweite Punkt, den ich angesprochen hatte, betrifft die Interessen oder die rechtlich geschützte Position derjenigen Werke, die durch die Quote zurückgesetzt werden, die also zurückgedrängt werden sollen; das ist das Thema für das Gemeinschaftsrecht, für den EG-Vertrag, also für die Grundfreiheiten - freier Warenverkehr, Dienstleistungsfreiheit. Soweit es sich um Musik aus anderen Mitgliedstaaten handelt, ist sie durch diese Grundfreiheiten gegen Quoten, jedenfalls im Ansatz, geschützt. Aus diesem Blickwinkel ist dann aber auch entscheidend, wie die Quote ausgestaltet ist, wen sie einbezieht und wen sie ausschließt. Da kann man auch zwei Eckpunkte bilden. Wenn wir uns jetzt eine Quote vorstellen, wie sie auch im Fragenkatalog angesprochen ist "Eine Quote für Musik aus Deutschland? Medienanteil deutschsprachiger Musik/Medienanteil von in Deutschland produzierter Musik" würde ich ziemlich sicher wetten, dass das europarechtlich keinen Bestand hätte, weil es tatsächlich dann nur auf die Herkunft abzielt. Solche Herkunftsförderungen sind europarechtlich schon seit langem tabu, so wie man auch keine Quoten mehr für Waren aus Deutschland zulasten anderer europäischer Produktionen vorschreiben kann. Allein auf die Herkunft bezogen, hätte dies mit Sicherheit keinen Bestand. Das ist jetzt ganz ohne Bewertung, das ist einfach nur Darstellung dessen, was ich europarechtlich für den gesicherten Stand halte. Der zweite Punkt ist das französische Vorbild, die Sprachenpflege. Das ist ein anderer Gesichtspunkt. Da kann man eine kulturelle Erwägung im Sinne des Europäischen Gerichtshofs einbauen, dass hier der Sprachenschutz gewährleistet wird, der nicht unmittelbar an die Herkunft des Werkes anknüpft, der also auch österreichische oder Schweizer Künstler einbezieht, die in ihrer jeweiligen Landessprache singen und deren deutsche Produktionen, die in englisch stattfinden, nicht in die Quote einbeziehen würde. Das ist ein wesentlicher Unterschied. Hier gibt es Möglichkeiten, dies europarechtlich tatsächlich abzusichern. Das französische Beispiel, das jedenfalls vor den französischen Gerichten auch unter europarechtlichem Aspekt Bestand gehalten hat, kann da auch als Vorbild dienen. Aber man muss sich dann tatsächlich auf dieses Sprachenargument beschränken oder sich wirklich auf dieses Kriterium beziehen. Das ist europarechtlich möglich. Rundfunkverfassungsrechtlich ist die Frage, wie schwer man diesen Eingriff dann noch bewertet und wie hoch die Quote ist. Abschließend vielleicht noch ein Hinweis, der auch bei Herrn Toubon schon angeklungen ist. Das französische Beispiel steht in einem etwas anderen Kontext als das, was wir in Deutschland haben. Frankreich kann hier sehr glaubwürdig geltend machen, dass die Musikquote insgesamt ein Teilaspekt der Sprachenpflege, der Sprachenförderung, der Verteidigung der französischen Sprache ist. Bei uns stünde das, wenn man diese Musikquote implementieren würde, relativ isoliert. Wir haben keine Fernsehquote, wir haben generell keinen Schutz der deutschen Sprache im öffentlichen Gebrauch; das kann Frankreich also geltend machen, dass das nur ein Teilaspekt

wäre und insofern konsequent auch Teil der französischen Sprachenpflege ist. Bei uns wäre eine solche Regelung sozusagen isoliert zu bewerten.

Vorsitzende Monika Griefahn: Wir haben die erste Runde der Statements mit allen Positionen, die wohl denkbar sind, hinter uns; insofern ist es ganz gut, da alles abdeckt ist. Wir werden jetzt in die erste Fragerunde übergehen. Frau Connemann übernimmt jetzt die ersten 40 Minuten; 15 Minuten für die SPD, 15 Minuten für die CDU und jeweils 5 für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP.

Vorsitzende Gitta Connemann: Vielen Dank, Frau Griefahn. Ich bitte jetzt zunächst um die Fragen seitens der Mitglieder der SPD-Fraktion. Ich weise noch einmal darauf hin, dass Ihnen 15 Minuten zur Verfügung stehen und Sie beachten sollten, dass in dieser Zeit auch die Antworten erfolgen müssen.

Abg. Eckhardt Barthel (SPD): Ich möchte eine Frage an Herrn Toubon stellen. Ich bin sehr dankbar, dass gerade Sie gesagt haben, dass es in diesem Zusammenhang, über den wir reden - wie immer man zur Quote steht -, nicht um „Deutschtümelei“ geht, sondern dass es um die Frage der kulturellen Vielfalt oder um Vielfalt statt Einfalt geht. Einige springen ja auch auf diesen Dampfer, die wir nicht gern so auf diesem Dampfer hätten. Die erste Frage ist: Sie haben die quantitative Entwicklung in Frankreich geschildert und in einigen Sätzen auch über Spitzenleistungen gesprochen. Hat, was viele einer möglichen Quote vorwerfen, dies zu einer Qualitätsminderung in der nationalen Musikszene geführt? Das ist ein Vorwurf, der von mehreren erhoben wurde. Ist so etwas in Frankreich eingetreten? Die zweite Frage möchte ich gerne an Herrn Romann von der ARD stellen. Sie haben zwei Aussagen gemacht. In Ihrer schriftlichen Stellungnahme haben Sie zu dem, was wir jetzt hier besprechen, geschrieben: „Aus unserer Sicht ist der Anteil nicht zu gering“. Vorhin haben Sie gerade gesagt, dass Sie sich bemühen, neue Modelle zu entwickeln. Diese beiden Dinge zusammenzubekommen, das müssten Sie mir einmal erklären. Entweder ist die Sache in Ordnung und es besteht kein Handlungsbedarf, wie das aus Ihrer Unterlage hervorgeht, oder Sie sehen doch einen Handlungsbedarf und suchen neue Modelle. An diesem neuen Modell wäre ich sehr interessiert, weil Sie zwar sagten, dass Sie schon festgelegt sind, aber es doch nicht so ist, dass alle schon festgelegt sind, obwohl Ihr Beitrag und der von Herrn Kratz zur Festlegung schon beigetragen haben. Die letzte Frage möchte ich an Herrn Prof. Dahmen stellen. Sie plädieren für eine Selbstverpflichtung. Nun gibt es viele Fragezeichen, ob dies auch umgesetzt werden kann. Könnten Sie sich, obwohl es ja viele Beispiele dafür gibt, dass es klappt, wie zum Beispiel beim Jugendmedienschutz, vorstellen, dass man dies verbindet - diese Selbstverpflichtung, aber, wenn Sie so wollen, mit einem Quotendruck im Hintergrund. Eine Selbstverpflichtung mit Quotendruck, damit es auch möglich ist, dass diese Selbstverpflichtung umgesetzt wird.

Jacques Toubon (ehemaliger französischer Kulturminister): Man kann sagen, dass die Qualität der französischen Musik in Frankreich sehr hoch ist. Ein Beispiel dafür: Französische oder französischsprachige Sänger gehören zu den rentabelsten für die großen Multis im Musikgeschäft wie Universal, Warner Music, BMG oder Sony. Häufig haben sie französische Künstler unter Vertrag genommen, und sie machen mit ihnen ein sehr gutes Geschäft. Ich sage also ganz deutlich: Nein, ganz im

Gegenteil. Diese Quote hat jungen Talenten die Möglichkeit gegeben, sich wirklich zu entwickeln, explosiv zu entwickeln. In unserem Land ging es außerdem darum, dass wir hier auch Live-Auftritte ermöglichen. Es geht ja immer um beides, sowohl um Live-Auftritte als auch um Platten. Die Live-Auftritte von großen amerikanischen oder englischsprachigen Stars sind natürlich ein wichtiger Aspekt für die großen Veranstaltungsorte, aber die französischen Künstler haben häufig sehr viel Erfolg und füllen den Saal noch sehr viel besser als Künstler und Stars von der anderen Seite des Atlantiks. Die Antwort zum Begriff Qualität ist also positiv. Ich bin davon überzeugt, dass junge deutsche Musiker genauso talentiert sind wie die Franzosen. Das ist alles, was ich dazu sagen kann.

Gernot Romann (Vorsitzender der ARD-Hörfunkkommission und NDR-Hörfunkdirektor): Ich glaube, dass das, was Sie zitiert haben, nur scheinbar ein Widerspruch ist. Ich glaube, dass Sie mich vorhin nicht ganz so zitiert haben, wie ich es gemeint habe. Ich habe vorhin gesagt, dass wir - die Öffentlich-Rechtlichen, die ARD in dem Fall - zwar in der Sache festgelegt sind, in Sachen Quote und in Sachen freiwillige Selbstverpflichtung. Was ich gemeint habe, war die Suche nach einem Modell, das in der täglichen Praxis, im Dialog zwischen Künstlern und Redaktionen Wege findet, dass man Künstler, die das Publikum hören möchte oder die Förderung verdienen, in das Programm hineinbringt. Ich glaube, dass das ein Weg ist und dass wir von diesen Forderungen nach 50 Prozent herunter müssen, aus den Gründen, die wir vorhin genannt haben. Die rechtlichen Positionen sind ja eben deutlich dargestellt worden, wobei mir nicht ganz klar geworden ist, warum man, wenn es verfassungswidrig wäre, es dann gleichwohl unternehmen könnte. Ich bemühe mich um eine praktische Lösung im täglichen Zusammenstellen von Programmen. Einen Weg zu finden, dass man dort zusammenkommen kann. Da helfen natürlich überzogene Forderungen relativ wenig. Es hat ja in der Vergangenheit auch funktioniert, als der Kontakt zwischen Musikredaktionen und Künstlern noch enger war. Das hatte nicht nur Vorteile, das will ich auch dazu sagen. Weil natürlich gelegentlich Musikredakteure für die Tatsache, dass sie den Künstler A oder B gespielt haben, in einer Weise honoriert wurden, die nicht ganz lupenrein war. Aber ich verkenne nicht, dass das Gespräch zwischen einem Musikredakteur, einer Musikredaktion und einem Künstler sehr vorteilhaft ist. Das ist etwas in den Hintergrund getreten. Ich möchte die Künstler gerne einmal kennen lernen, von denen mein Nachbar sagt, die müssten unbedingt gespielt werden, weil sie so großartig seien. Ich möchte nicht einfach sagen, ich glaube nicht, dass es die gibt. Ich möchte dort einen Dialog haben und in der Praxis einen Weg finden, dass man sagt, man trifft sich, man hört sich das an. Es muss auch möglich sein, dass man in einem Radioprogramm testet, wie ein Titel wirkt. Es kann dann am Ende nicht sein - übrigens sind die Studien nicht ganz so banal, wie das vorhin dargestellt wurde -, dass man sagt: Man spielt natürlich immer nur aus derselben Richtung und nicht das eine oder das andere. Ob das Ergebnis hundert Prozent verlässlich ist, das ist vielleicht eine andere Frage. Ich glaube schon, dass man die wissenschaftliche Qualifikation der Menschen, die solche Untersuchungen gegen Geld machen, unterschätzen würde, wenn man ihnen unterstellte, die Studien seien einfach nur dahin gehudelt. Die Ergebnisse sind schon relativ verlässlich. Um auf Ihre Frage zurückzukommen, das ist meine Meinung: In der täglichen Praxis, im Gespräch zwischen Redaktion und Künstler kann man dort etwas machen.

Prof. Udo Dahmen (Künstlerischer Direktor und Geschäftsführer der Popakademie Baden-Württemberg): Ich sehe in der freiwilligen Selbstverpflichtung durchaus den Hintergrund, dass dieser Zusammenhang überprüfbar gemacht werden muss. Eine 40-prozentige Quote würde ich immer für die deutschsprachige und für die deutsche Produktion befürworten. Davon müssten ungefähr die Hälfte Newcomer sein, die in den letzten drei Monaten produziert worden sind, damit wir wirklich sicherstellen, dass immer wieder neue Dinge in die Rundfunkprogramme kommen. Darüber hinaus sollte man durchaus darüber nachdenken, ob man nicht doch wieder zu einem Modell von moderatoren-gesteuerten Programmfenstern kommt, die den Moderatoren überlassen, was gespielt wird. Die Formate sind extrem eng. Natürlich gibt es - das werden Sie mir jetzt mit Recht entgegenhalten - um 11.00 Uhr nachts eine Sendung, die interessant ist. Ich kann Ihnen aber auch sagen, HR 1 hat „schwarz-weiß“ um 20.00 Uhr gesendet. Diese Sendung ist vor wenigen Monaten ganz stark formatiert worden. Das war eine der wenigen Sendungen in dem Sendegebiet, die auch ständig neue Dinge gebracht hat oder auch Dinge, die grenzwertig für Popmusik sind, die irgendwo in einem Cross-over-Bereich zu sehen sind. Davon hören wir mittlerweile zu wenig.

Vorsitzende Monika Griefahn: Ich habe zwei ganz einfache Fragen, und zwar erstens an Herrn Gebhardt. Wenn man sich anschaut, dass die Majors ihre deutschen Sparten alle zurückfahren, wie kommt man als junger Künstler denn heutzutage an einen Plattenvertrag? Was muss man dafür geleistet haben? Die Frage an Herrn Kratz und an Herrn Romann: Wie kann ich als junger Künstler heute in die Sendungen kommen, ohne dass ich schon einen TOP 1 Hit gelandet habe?

Gerd Gebhardt (Vorstandsvorsitzender des Bundesverbandes der Phonographischen Wirtschaft e.V.): Der Mär, dass die Majors alles zurückgefahren haben, möchte ich hier erst einmal widersprechen. Natürlich haben dort Korrekturen stattgefunden, die auch darauf beruhen, dass die wirtschaftliche Situation im Moment sehr angespannt ist. Der Verband, den ich hier repräsentiere, hat ja nicht nur die Majors. Wir haben ca. tausend Mitglieder. Da sind mittlerweile nur noch vier Majors dabei, der Rest sind kleine und mittlere Unternehmen, die alle auch überleben müssen und die natürlich in vielfältigster Form in Deutschland produzieren. Plattenverträge gibt es heute noch genauso wie früher. Sie werden vielleicht nicht mehr in Gänze so ausgestaltet wie sie früher waren. Ich muss dazu auch sagen, dass in den neunziger Jahren, in denen es allen sehr gut ging, teilweise vielleicht auch der eine oder andere Künstler unter Vertrag genommen wurde, der zu dem Zeitpunkt vielleicht nicht unter Vertrag hätte genommen werden sollen. Wir konnten uns das aber leisten. Wir konnten hier wirklich auch Hobbys reiten. Wir haben der Kultur in Deutschland eine Plattform gegeben, indem wir gesagt haben: Das hat vielleicht nicht den großen Chart-Erfolg, aber wir finden es toll und wir wollen das jetzt machen. Das alles geht natürlich nicht mehr, wenn man wirtschaftliche Probleme hat, die wir ganz deutlich haben. Wir haben in den letzten sechs Jahren fast 50 Prozent unseres Marktes verloren und dadurch sind wir nicht mehr so frei in unseren Entscheidungen. Andererseits, wenn man das Beispiel Universal nimmt, ist eine ganze Seite, ein ganzer Arm mit 70 Leuten damit beschäftigt, deutsche Musik in Deutschland zu finden, aufzubauen und zu vermarkten. Da kann man nicht davon ausgehen, dass die Majors sich zurückgezogen haben. Sie haben auf Druck von außen natürlich reagiert. Sie haben sich, wie jedes andere Unternehmen, von Dingen, die vielleicht falsch waren, getrennt. Aber es

geht jetzt wieder nach vorne, man hat einen Schnitt gemacht und jetzt geht man wieder nach vorne. Dies sieht man auch an all den Aktivitäten, die sich jetzt in den Charts darstellen. Das hat in den letzten zwei, drei Jahren stattgefunden, die sind ja nicht über Nacht gefunden worden oder vom Baum gefallen, sondern es wurde ja trotz aller Probleme, die wir haben, weiter daran gearbeitet.

Hans-Jürgen Kratz (Vizepräsident und Vorsitzender des Fachbereichs Hörfunk im Verband Privater Rundfunk und Telekommunikation): Bevor ich auf die Frage antworte, möchte ich nur eine Bemerkung zur Äußerung von Frau Humpe machen. Es gibt in Deutschland etwa 260 private Radioveranstalter und 63 öffentlich-rechtliche. Da kommt man auf 320, nicht dass da diese Zahl von 600 im Raum stehen bleibt. Die Zahl ist faktisch falsch und die Liste, die Sie erwähnt haben, Frau Humpe, ist eine Liste, auf der Künstler stehen, die sowohl gespielt werden als auch im zweiten Teil Künstler, die Off-Air unterstützt und deren Konzerte von den Radioveranstaltern präsentiert worden sind. Das ist keine Liste, auf der nur Künstler stehen, die alle gespielt wurden. Die Frage, wie komme ich ins Radio, auch ohne eine Nummer eins zu haben, ist ganz einfach zu beantworten: nach dem Modell, das eben ein bisschen angegriffen worden ist. Genauso wie vorhin gesagt worden ist, dass die Künstler das Recht hätten, gehört zu werden - ich unterstütze das auch -, haben aber auch die Radiosender, die Privaten zumindest, ein Recht, gehört zu werden. Dazu gehört eben auch, dass wir neue Titel, die uns angeboten werden, auf Harmonie, auf Liedführung, auf all diese Dinge anhören. Wenn wir dann der Meinung sind, das passt in das bestimmte Radioformat, dann werden diese Titel eingesetzt. Sie werden am Anfang nicht in der Hot-Rotation eingesetzt, sondern sie werden mehr oder weniger per Hand eingesetzt. Das heißt, drei, vier, fünf, zehnmal pro Woche. Wenn sie dann, wie wir sagen, warm gespielt sind, gehen sie in den Test. Erst dann kommen sie in den Call-out hinein. Dort werden dann in der Tat nach entsprechenden Clusterungen Hörer befragt: Möchtest Du diesen Titel hören, ja oder nein? Das sind dann keine Schlagertitel oder der „Holzmichl“, sondern das sind eben Titel, bei denen wir eine Zustimmung feststellen. Dann spielen wir diese Titel auch. Aktuell ist es so, dass die meist gespielten Interpreten Grönemeyer und Söhne Mannheims sind. Natürlich wird das in einem halben Jahr anders aussehen, weil dann vielleicht andere kommen. Aber auch eine Band wie „Wir sind Helden“, die ja keinen Plattenvertrag bekommen hat, musste ihre erste eigene CD selbst finanzieren. Dazu hat ein cleverer Musikredakteur, ich glaube bei Radio Eins war das, gesagt, ich glaube an die Band. Er hat den Titel eingesetzt, der Titel ist bekannt geworden und die Privaten haben nachgezogen. Ich möchte damit das Vorurteil beiseite wischen, dass wir Privaten etwas gegen deutsche Musik hätten. Das ist nicht so. Wir haben ein Geschäftsmodell, das anders funktioniert. Wir brauchen auch das Recht, gehört zu werden, weil wir uns dadurch finanzieren und sonst durch gar nichts.

Gernot Romann (Vorsitzender der ARD-Hörfunkkommission und NDR-Hörfunkdirektor): Ja, ich kann es kurz machen. Ich kann das am Beispiel des Jugendradians N-JOY festmachen. Dort kommt alles in die Redaktion. Dort ist das Modell noch ein wenig so, wie es eben als wünschenswert beschrieben wurde. Da kommt alles Neue auf den Tisch, der Anteil der Newcomer beträgt 90 Prozent. In dieser Redaktion, die natürlich jung ist, wird diskutiert und gestritten und diese Titel kommen auch ins Programm. Deshalb empfinde ich auch die etwas pauschale Kritik, dass wir überhaupt nichts täten,

als ungerecht. Es gibt regelmäßig junge Musiker, die durch die Tatsache, dass sie im Programm von N-JOY aufgetaucht sind, Erfolg hatten.

Abg. Günter Nooke (CDU/CSU): Herzlichen Dank. Wir sind auch daran interessiert, dass wir hier zu Ergebnissen kommen. Ich mache keinen Hehl daraus, dass ich das Problem habe, dass ich nicht genau weiß, wie eine gesetzliche Quote umgesetzt werden soll. Das ist dann auch meine Frage an Jim Rakete und Herrn Dr. Gundel. Bitte sagen Sie einmal, wie eine gesetzliche Quote in Deutschland umgesetzt werden könnte. Wenn man so will, ist das ja ein vollstreckungsfähiger Verwaltungsakt. Wie sollen wir das machen und an welcher Stelle soll man ansetzen? Herr Gundel hat ja schon einige Probleme aufgezählt. Jetzt würde mich interessieren, wenn wir es trotz Ihrer Skepsis machen wollten, wo sollten wir ansetzen, damit wir Erfolg haben und nicht vor dem Verfassungsgericht scheitern? Das ist die erste Frage an die beiden. Wenn es gesetzlich aber nicht geht, wo könnte man am meisten Druck erzeugen, damit eine Selbstverpflichtung funktionieren und den notwendigen Druck ausüben könnte. Eine zweite Frage würde ich gerne an Herrn Dahmen und Herrn Romann stellen. Was ist eigentlich an Veränderungen in diesem Land passiert? Vor Jahren, als Heinz-Rudolf Kunze das ganze vorgeschlagen hat, hat man von Revanchismus, ja fast von Faschismusverdacht gesprochen und heute klingt ja schon „Deutschtümelei“ schlimm. Warum können wir heute eine andere Debatte darüber führen, obwohl sich die rechtlichen Bedingungen nicht geändert haben? Mich interessiert einfach das allgemeine Klima, in dem wir diskutieren, um zu einer Versachlichung beizutragen, weil mich das schon gewundert hat, dass die, die zur falschen Zeit kommen, geprügelt werden und dass dann plötzlich - auch von manchen hier in unseren Reihen - die Unterstützung ganz enorm ist, obwohl sich die gesetzlichen Rahmenbedingungen an keiner Stelle geändert haben.

Jim Rakete (Produzent): Die Sanktionsproblematik ist natürlich die der Früherkennung. Da haben wir ganz einfache Instrumente der Media-Control. Sie haben Auswertungen in einer Geschwindigkeit wie nie zuvor auf dem Tisch. Das ist überhaupt kein Problem, das kommt quasi direkt aus der Telefonleitung. Die Frage ist, wie man es sanktioniert. Da sehe ich natürlich eine große Problematik. Sei müssten ja zum Beispiel die Quote, da wird Herr Gundel viel besser Bescheid wissen als ich, für die Privaten auf die Geschäftsgrundlage der Abmachung mit den Landesmedienanstalten stellen. Mit anderen Worten, es müsste im Grunde genommen in dem Fall eine Konventionalstrafe dafür geben, die man festlegen müsste. Über eine Höhe haben wir selbstverständlich nicht nachgedacht. Das ginge nun wirklich viel zu weit. Aber die Grundlage, auf der man da streitet, wäre, dass man noch einmal in die Konzepte schaut, dass man noch einmal sagt, die Landesmedienanstalt hat diese Frequenz nur unter der und der Bedingung vergeben und das damalige Nutzungskonzept hat das und das über die Unterstützung ansässiger Kultur aussagt.

Privatdozent Dr. Jörg Gundel: Rechtlich fällt das dann sofort wieder auseinander zwischen öffentlich-rechtlichen und privaten Rundfunkveranstaltern. Bei den Öffentlich-Rechtlichen, das liegt auch diesem Vorschlag zugrunde, könnte man relativ einfach die Ressourcen nutzen, die jetzt schon vorhanden sind, die interne Selbstkontrolle der Rundfunkanstalten. Das wäre das einfachste Modell. Bei den privaten Veranstaltern, aber auch, wenn man bei den öffentlich-rechtlichen Rundfunkveranstaltern

zu einer externen Kontrolle kommen wollte, müsste man tatsächlich den Landesmedienanstalten entsprechende Sanktionsmöglichkeiten zur Verfügung stellen, wie sie in anderen Fällen mit Bezug auf die Privaten, zum Beispiel bei den Werbegrenzen, schon bestehen. Das hieße dann wahrscheinlich nicht Konventionalstrafe, sondern Ordnungswidrigkeitentatbestand oder Ähnliches. Das kann man mit sehr hohem Verwaltungsaufwand machen, weil das dann tatsächlich gerichtsfest und wasserdicht nachgewiesen werden müsste. In Frankreich funktioniert das, aber eben mit sehr hohem Verwaltungsaufwand. Dass dann ein Sender, der unter Verdacht gerät, erst einmal vom CSA unter Beobachtung gestellt wird und dann eben geprüft wird, ob er auf Dauer die Quote einhält. Da muss man dann aber noch ein bisschen mehr tun. Da muss man bestimmen, zu welchen Sendezeiten die Quote eingehalten werden muss, weil es die Umgehungsproblematik gibt und die Titel dann vielleicht nur in der Nachzeit gespielt werden. Also, man hat da einen ganz erheblichen Verwaltungsaufwand, den man sich vorstellen muss, wenn man das tatsächlich extern verbindlich machen will, so dass es gerichtsfest sanktionierbar wäre. Ich nehme an, dass die Vorschläge, die jetzt auf dem Tisch liegen, durchaus bewusst noch auf diese Konsequenz verzichten. Weil eine externe Kontrolle - insbesondere der privaten Veranstalter - dann wirklich im Detail wesentlich mehr an Aufwand bedeuten würde, als wenn man zum Beispiel nur auf die öffentlich-rechtlichen Veranstalter geht, die ihre Selbstkontrollmechanismen schon haben. Das wäre das, was ich dazu sagen kann.

Prof. Udo Dahmen (Künstlerischer Direktor und Geschäftsführer der Popakademie Baden-Württemberg): Das, was vor einigen Jahren, jedenfalls im Argument gegen die deutsche Quote, noch ganz stark mit nationalistischen, fast faschistoiden Zusammenhängen besetzt war, hat sich verändert. Und zwar vor dem Hintergrund, dass Popmusik sich verändert. Wir haben heute einen ganz breiten Konsens, dass deutsche Sprache „hip“ ist. Das hat mit Hip-Hop zu tun, das hat mit vielen neuen Bands zu tun. Sie sehen das auch hier auf der Tribüne bei den Kollegen, die Musik machen. Hier sind etablierte Künstler genauso wie sehr junge Künstler dabei. Das hat sicher auch mit Künstlern wie Xavier Naidoo usw. zu tun. Wir stellen bei uns in der Popakademie fest, dass mehr als 60 Prozent derjenigen, die bei uns studieren, ganz bewusst mit deutscher Sprache umgehen. Darunter sind Migrantenkinder usw. Es gibt dazu in der jungen Szene einen ganz großen Konsens, da hat sich sehr viel verändert. Ich denke, dass darauf auch reagiert werden muss. Ich bin bei der freiwilligen Selbstverpflichtung auch der Überzeugung, dass diese kontrollierbar gemacht werden muss. Media-Control hat heute die Instrumente. Es ist sehr, sehr einfach und es wäre auch sehr einfach, zu einer monatlichen Veröffentlichung in den entsprechenden Fachmagazinen zu kommen und zu sagen: Hier sind die Quoten für alle Sendeanstalten zu sehen. Ich glaube, dass das einiges bewirken könnte.

Gernot Romann (Vorsitzender der ARD-Hörfunkkommission und NDR-Hörfunkdirektor): Ich glaube, dass wir jetzt Gefahr laufen, dass hier ein Ausmaß an Harmonie festgestellt wird, das es in Wahrheit nicht gibt. Ich hätte mich völlig falsch ausgedrückt, aber das passiert manchmal auch Leuten vom Fach, wenn Sie den Eindruck gewonnen hätten, ich säße hier und sei für die Quote. Wogegen ich bin, ist, dass man sich hier in einer militanten Weise auseinandersetzt. Dass wir uns unterhalten haben, das habe ich vorhin schon gesagt, mit der Phonoindustrie, auch mit den kommerziellen Kollegen, mit den privaten Anstalten. Das ist ja keine Feindschaft. Wie ja auch mein Kollege zur Rechten

weiß, dass das Formatradio, das vorhin ja hier so pauschal getadelt wurde, keine Erfindung der Privaten ist, sondern eine der Öffentlich-Rechtlichen. Die ersten Formatradios waren Europawelle Saar und SWF 3. In der anderen Sache hätten Sie mich falsch verstanden und ich hätte meinen Auftrag schlecht ausgeführt, wenn ich signalisiert hätte, wir seien bereit, die Quote zu akzeptieren. Nur um vorzubeugen. Ich kann also nur raten, als Rechtsbeistand, wenn man prüfen lässt, ob das möglich ist oder nicht, den Kollegen zu wählen, der den Ausgang so optimistisch bewertet.

Heinz-Rudolf Kunze (Sachverständiger in der Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“):

Ich habe eine Frage an Jim Rakete. Dieser Vorwurf - auch an das anknüpfend, was Udo gesagt hat - „Nationaler Chauvinismus“, der wird natürlich hauptsächlich von bestimmten interessierten Seiten, gerade in den Printmedien erhoben. Das ist böswillig, aber das muss man einfach hinnehmen, das kann man auch nicht aus der Welt schaffen. Was mir doch noch mehr Sorgen macht, Jim, ist, dass es doch noch einige und gar nicht so wenige unter uns Musikern gibt, die auch dieses Argument ins Feld führen, die sich dieser Sache nicht anschließen. In einem hast Du sicherlich Recht, dieser Zusammenschluss ist bisher wirklich imponierend breit und wohl das Größte, was seit „Band für Afrika“ vor 20 Jahren an Einhelligkeit hergestellt wurde. Dafür auch vielen Dank an Euch und Eure Vorarbeit. Aber es gibt noch eine ganze Reihe deutscher Künstler, die sich auch deutsch ausdrücken, die aber dann, wenn es um einen solchen Zusammenschluss geht und darum, sich politisch zu engagieren, Vorbehalte und Ängste haben und sagen: Nein, sich für die eigene Kultur, gar für die eigene Sprache einzusetzen - das ist nationaler Chauvinismus. Mir kommt das zwar etwas hysterisch vor, so als ob man einem Ertrinkenden, der verzweifelt mit den Armen wedelt, unterstellen würde, er wolle uns seine schönen Hände zeigen. Was kann man tun, was können wir alle tun, um diese Kollegen auch noch auf unsere Seite zu ziehen, um unsere Reihen möglichst geschlossen zu machen? Das ist die eine Frage, die andere stelle ich an Herrn Kratz. Man hört und liest gerade in den letzten Wochen, in denen sich die Privaten gerade besonders angegriffen fühlen, immer wieder Äußerungen von Redakteuren und Programmgestaltern der privaten Radios. Sie könnten, ob sie wollten oder nicht, keine deutsche Musik einsetzen, denn das störe die Werbung. Die Leute würden irritiert, wenn sie Werbung auf Deutsch und Musik auf Deutsch hörten. Ich habe das mehrfach gelesen und gehört. Wenn man dieser Logik folgt, müsste ja in der englischsprachigen Welt isländisch gesungen werden, damit die englische Werbung verstanden wird. Können Sie mir diese Äußerung erklären? Ich habe sie wirklich nicht erfunden.

Jim Rakete (Produzent): Zunächst einmal muss ich sagen, dass die Bereitschaft der deutschen Musiker, die wir auf das Thema angesprochen haben, außerordentlich groß war. Die ganze Idee kam aus Musikerkreisen. Insofern muss ich sagen, dass diese Berührungsängste sich eigentlich an ganz anderen Ecken und Enden abspielen als ich erwartet hätte. Es gab namentlich ein paar Kollegen, die große Schwierigkeiten damit hatten, ihre Außenseiterrolle zu verlassen und sich in eine Reihe mit den anderen zu stellen. Das ist wirklich der einzige Malus, den die ganze Sache hatte, dass es ein paar Leute gibt, die eine sehr schroffe Außenseiterposition in der deutschen Kulturlandschaft bezogen haben und sich ein Image aufgebaut haben, das zum Fürchten ist. Dass die dann große Probleme damit hatten, sich mit den anderen irgendwie zu dieser Forderung zusammenzufinden, das heißt nicht, dass

sie die Forderung im Herzen ablehnen oder dass sie die falsch finden, sondern das heißt lediglich, dass sie sich auf dem Gruppenbild mit den anderen nicht gefallen würden.

Hans-Jürgen Kratz (Vizepräsident und Vorsitzender des Fachbereichs Hörfunk im Verband Privater Rundfunk und Telekommunikation): Zunächst bin ich etwas erstaunt, dass hier in diesem Rahmen jetzt plötzlich Koordinierungsfragen innerhalb der Aktion eine Rolle spielen. Ich habe das so verstanden, dass das eine öffentliche Anhörung sein soll, in der wir gemeinsam darum ringen, welche Möglichkeiten wir finden. Dass das jetzt genutzt wird, um interne Dinge der Aktion zu besprechen, verwundert mich etwas. Zu dem, was Herr Kunze gesagt hat. Wenn Sie von irgendjemand gehört haben, der gesagt haben soll, deutsche Songs würden die Werbung stören, dann würde ich diesem Menschen empfehlen, er möge in eine geschlossene Anstalt gehen. Ich vermute einmal, dass jemand gefragt worden ist, warum man möglicherweise nicht so viele deutsche Songs spielt, wie das die Künstler selbst erwarten, und dass dann, vermute ich einmal, die Antwort gekommen ist: Uns ist es letztlich egal, ob wir deutsche, isländische oder rumänische Titel oder irgendetwas anderes spielen. Es geht darum, dass Titel, die von den Hörern nicht akzeptiert werden, dann auch nicht gespielt werden. Wenn wir sie nämlich spielen würden - das ist das, was ich vorhin zu erläutern versucht habe - würde das Auswirkungen auf die Reichweiten haben und dadurch auf die Werbepreise und die Umsätze. Diesen kausalen Zusammenhang hat möglicherweise einmal irgendein Kollege unzutreffend etwas verkürzt dargestellt, aber ich vermute, dass das gemeint war. Deutsche Songs stören natürlich genauso wenig wie englische. Wenn es gute isländische gäbe, würden wir die auch spielen.

Abg. Christian Freiherr von Stetten (CDU/CSU): Frau Griefahn hat die heutige Anhörung mit einem Zitat von Herbert Grönemeyer eröffnet, der meinte, dass er heute als Newcomer keine Chance mehr hätte. Jetzt ist Herbert Grönemeyer heute nicht da, aber ich habe Udo Lindenberg gesehen oder Reinhard Mey oder auch Hartmut Engler aus meiner baden-württembergischen Heimat. Als Expertin haben wir heute Frau Humpe hier vorne sitzen. Deshalb möchte ich Frau Humpe fragen: Wenn Sie heute noch einmal am Anfang Ihrer Karriere stehen würden, wie würden Sie sich entscheiden, in welcher Sprache würden Sie singen? In deutsch, englisch oder noch einer ganz anderen Sprache? Dann würde ich die zweite Frage gerne an Herrn Prof. Dahmen von der Popakademie richten: Wie sieht es mit unseren jungen Komponisten und Songwritern aus? In welcher Sprache, wenn sie beide Sprachen beherrschen - deutsch oder englisch - arbeiten sie heute hauptsächlich und wie würde eine Quote das eventuell verändern?

Inga Humpe (Sängerin): Ich würde auf jeden Fall in Deutsch singen. Ich finde auch, dass in der deutschsprachigen Popmusik in den letzten Jahren eine große Veränderung stattgefunden hat. Die Texte sind viel vielfältiger geworden, die Texte sind kritischer geworden, die Texte haben sich weit vom Schlager entfernt, der vielleicht eine Weile in den 70er oder Anfang der 80er Jahre die Künstler, bis auf wenige Ausnahmen, noch daran gehindert hat, auf Deutsch zu singen. Ich halte das sogar für etwas, wo ich mich selber als Vorbild für jüngere Künstler sehe, die ich nachgewiesenermaßen ange-regt habe, auch auf Deutsch zu singen. Sich in der eigenen Sprache auszudrücken, seine Gefühle auszudrücken, halte ich auch kulturell gesehen für etwas sehr heilsames und sehr wichtiges.

Prof. Udo Dahmen (Künstlerischer Direktor und Geschäftsführer der Popakademie Baden-Württemberg): Vielleicht kann ich für das Protokoll noch etwas nachschieben. Ich spreche nicht nur für die Popakademie, sondern auch für den deutschen Musikrat, dessen Vizepräsident ich bin. Alles, was ich sage, gilt eben auch in diesem Zusammenhang. Ich habe es eben schon einmal gesagt: Was unsere Studiengänge betrifft, kann ich Ihnen versichern, dass wir mehr als 60 Prozent Komponisten und Texter haben, die sich in deutscher Sprache ausdrücken. Bei Kompositionen kann man das natürlich nicht hören, aber die Texte sind danach. Es geht quer über alle Genres von Hip-Hopp, die wir bei uns ausbilden, bis zu Songwritern. Wir legen es ihnen auch zum Teil nahe, mit der deutschen Sprache umzugehen, weil wir glauben, dass die deutsche Sprache eben auch gefühlsmäßig am nächsten an den Menschen dran ist, die hier leben. Das ist ein ganz einfacher Zusammenhang. Wir würden natürlich andersherum niemanden verbieten, in englischer Sprache zu texten oder in französischer oder irgendeiner anderen. Ich behaupte einfach, dass wir auch in einer Zeit leben, in der es sehr „hip“ ist, sich in Deutsch auszudrücken. Auch bei den jungen Konsumenten stellen wir fest, dass es heute eher um die Authentizität, um die Glaubwürdigkeit geht, mit der Texte vorgetragen werden und darum, aus welchem Reservoir Texte im Erfahrungszusammenhang geschöpft werden. Das hat sich in den letzten Jahren eher verstärkt, was ich sehr gut finde. Ich behaupte einfach, dass wir das in der Zukunft noch mehr verstärken können, denn nach meiner Meinung setzt ein nächster Schritt, nämlich internationale Erfolge mit deutschsprachigen Produktionen zu generieren, voraus, dass wir im nationalen Zusammenhang erst einmal diese Erfolge haben. Vielleicht noch etwas: Ich bin in diesem Ausbildungszusammenhang seit mehr als 20 Jahren tätig. Bevor ich begonnen habe die Popakademie zu leiten, habe ich in Hamburg den Kontaktstudiengang Populärmusik über 20 Jahre lang begleitet. Auch in dieser Zeit sind viele, viele Bands entstanden. „Wir sind Helden“ ist zum Beispiel eine Band, die aus diesem Zusammenhang kommt. Aber auch eine Band wie „Selig“ oder „Jazz-Kantine“ und viele andere, die deutsch texten, kamen daher. Lange bevor dieser große Trend „deutsch“ da war, gab es auch schon etliche Erfolge in diesem Zusammenhang. Ich glaube, dass wir als Ausbilder eine große Verantwortung haben, uns auch mit unserer eigenen Sprache, einer sehr schönen Sprache, inhaltlich auseinanderzusetzen und dies zu befördern.

Dr. Antje Vollmer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Gebhardt, Sie wissen ja, dass die Musikindustrie auch ziemlich stark unter Druck ist. Wenn es zu dieser Quote käme, wäre dann auch mit so etwas wie einem Wiedereinstieg in den deutschen Markt zu rechnen? Könnte es eine Art Selbstverpflichtung der Majors geben zu sagen: Wir machen wieder etwas, wir bauen in dem Bereich wieder Stars auf? Wie sehr können wir darauf vertrauen? Zweite Frage an Monsieur Toubon. Es ist schon gesagt worden, dass die Quotenregelung in Frankreich europarechtlich gesichert ist. Sind Sie sicher, dass Sie sie bei den GATS-Verhandlungen, die ja faktisch die Globalisierungsbedingungen regeln, verteidigen können und was würden Sie den Deutschen raten, bis zu welchem Zeitpunkt sie noch eine Quotenregelung einführen können? Denn nach den GATS-Verhandlungen wäre das ja offensichtlich nicht mehr möglich. Noch eine zweite Frage an Sie: Hatten Sie auch diese großen Schwierigkeiten mit der Ruppigkeit Ihrer Sender oder waren die Sender eher geneigt, das zu tun, und haben Sie je eine Sendelizenz entziehen müssen? Meine dritte Frage geht an Inga Humpe. Ich weiß, dass Sie auch sehr viel

von der bildenden Kunst und von der jungen Szene in Berlin verstehen. Weltweit gibt es diesen Berlin-Mythos, weil alle sagen: Im Moment ist das hier der aufregendste Kulturstandort für bildende Künste und für Theater. Wie kommt man sich als Sängerin vor, wenn das Bild nach außen - jetzt gehe ich einmal nicht nur auf das Radio, sondern auch auf das Fernsehen ein - bei den Privaten mit „Deutschland sucht den Superstar“, also mit Casting-Leuten, die überhaupt nicht singen können, und im Öffentlich-Rechtlichen mit dieser unendlichen Fülle von falscher Volksmusik, die im Ausland „Drinking-Music“ heißt, dargeboten wird?

Gerd Gebhardt (Vorstandsvorsitzender des Bundesverbandes der Phonographischen Wirtschaft e.V.): Wir werden auch weiterhin in das nationale Produkt investieren. Warum auch nicht. Das ist ganz wichtig, das ist sogar für viele Leute eine Herzensangelegenheit. Das passiert ja zurzeit auch. Wir müssen nicht jetzt erst damit anfangen, denn wir haben das die letzten 40 Jahre auch gemacht. Da gab es keine Quote. Ich habe ganz früher als junger Mensch den Sendern Musik aus Deutschland angeboten. Ich kann Ihnen nur sagen, auch damals gab es schon Leute, die das abgelehnt haben, weil es deutsch war. Aber es gab eben auch viele Redakteure und Diskjockeys, die direkt am Pult saßen und auflegen konnten. Damit wurde dieses negative Verhalten einiger Redakteure, das es damals auch gab, übertüncht bzw. ausgeglichen. Also, das ist keine Sache der heutigen Zeit. Für mich ist es ganz wichtig, dass wir in Deutschland die Chance haben, das gespielt zu bekommen, was produziert wird und zwar in einer Form, auf die man sich verlassen kann. Am Ende entscheidet dann immer noch das Publikum, ob es das mag oder nicht mag. Daraus werden auch Investitionsentscheidungen resultieren, weil es in einem Wirtschaftsbereich gar nicht anders geht. Ich habe eben das Beispiel Universal genannt. Universal hat allein 70 Leute, die nur für das nationale Produkt zuständig sind. Das macht Universal nicht, weil man dort so masochistisch ist, sondern weil man denkt, dass hier ein Markt dafür vorhanden ist. Das wird Universal sicher auch in der Zukunft machen. Wenn wir allerdings weiterhin eine Blockadesituation haben, in der nationale Künstler und auch Neuheiten - generell Neuheiten - aufgrund von Systemen geblockt werden, dann muss man sich gut überlegen, wo man investiert und was man investiert. Dass das weitergeht, ist klar. Auch die Musik wird weiterleben, das ist keine Frage der Quote.

Jacques Toubon (Ehemaliger französischer Kulturminister): Frau Vollmer, ich denke, diese Fragen sind sehr wichtig, denn das entspricht der Anmerkung, die ich vorhin schon gemacht habe. Eine solche Maßnahme ist immer in einem politischen Rahmen und in einem bestimmten nationalen und internationalen rechtlichen Umfeld zu sehen. Einer der Experten hat vorhin gesagt, dass es sich dabei um keine isolierte Maßnahme handeln darf. Das muss im Zusammenhang mit einer Politik der kulturellen Vielfalt stehen. Zunächst einmal möchte ich Ihnen Folgendes antworten: Ich mache mir eigentlich keine Sorgen darüber, was die internationalen Verhandlungen in dieser neuen GATS-Runde ergeben. Ich denke, dieses Prinzip der „exception culturelle“ ist heute etwas, das auf der einen Seite von der Europäischen Union, die es vertritt, und auf der anderen Seite von den anderen Ländern, insbesondere von den Vereinigten Staaten, akzeptiert wird. Ich glaube nicht, dass dies bei der jetzigen Verhandlungsrunde das wesentliche Thema sein wird. Sie wissen, die beiden Hauptthemen sind Landwirtschaftssubventionen und die Öffnung der Märkte des Nordens für den Süden. Zum Europa-

recht: Ich denke, das europäische Recht ist durchaus mit solchen Maßnahmen in Einklang zu bringen und es wird auch weiterhin im Einklang bleiben. Zu Beginn dieses Jahres hat die Kommission entschieden, dass besondere Maßnahmen, die von den Nationalstaaten im Bereich der Kulturpolitik ergriffen werden, trotz der allgemeinen Regeln des Binnenmarktes weiterhin bis 2007 gültig bleiben werden. Das wird auch so bleiben. Ich kann mir nicht vorstellen, dass die 25 Mitgliedsstaaten irgendwann entscheiden werden, dass es keine Maßnahmen zu Gunsten der nationalen Kulturpolitik mehr geben kann. Ich denke, das wäre völlig abwegig, wenn wir uns überlegen, welches europäische Modell von Kultur- und Sozialpolitik wir eigentlich haben wollen. Ich denke, der Vortrag von Herrn Dr. Gundel war sicherlich zutreffend. Es gibt in Deutschland, aber natürlich möchte ich mich da nicht einmischen, vielleicht mehr Schwierigkeiten mit den verfassungsrechtlichen Prinzipien als mit dem Europarecht. Aber ich bin sicher, die Juristen finden Lösungen - ich selbst bin ja auch Jurist -, wenn man denn eine solche Lösung finden will. Wie sieht es bei den Sendern aus? 1994 war es schon so, dass ein gewisser Widerstand festzustellen war. Die Radiosender haben damals gesagt, es würde nicht funktionieren. Aber das Gesetz wurde beschlossen und es wurde festgelegt, dass das Gesetz erst zwei Jahre später zur Anwendung kommen soll, d. h., es waren zwei Übergangsjahre vorgesehen. Als es dann zur Anwendung kam, gab es eigentlich keine Probleme mehr. 2000 haben wir ausgerechnet, dass diese Quote von 40 Prozent fast überall umgesetzt wurde, es gab also eigentlich keine größeren Probleme. Sie haben mich dann noch gefragt, welche Sanktionen es gibt. Ich kann Ihnen dazu sagen, dass es bei uns niemals Sanktionen gab. Denn es war immer so, dass der Rat für audiovisuelle Medien eine Mahnung ausgesprochen hat, wenn ein Radiosender nicht sehr nahe an die Quote herankam - das hat dann eigentlich immer ausgereicht. Herr Gundel hat das ja vorhin angesprochen. Die eigentliche Frage ist aber folgende: Wenn ein Radiosender in unserem oder Ihrem System eine entsprechende Lizenz hat, die von öffentlichen Stellen erteilt wird, dann muss doch auch ein System gefunden werden, dass man eine solche Lizenz auch wieder entziehen kann, wenn bestimmte Regeln, wie z. B. die Quote, oder auch andere Regeln zum Thema Moral, Pornographie usw., nicht eingehalten werden. Ich denke, das ist der Mechanismus. Dafür ist natürlich ein bestimmter administrativer Aufwand erforderlich, aber ich denke, dass das in sich schlüssig ist. Jemand hat vorhin sehr zu Recht von diesem Aspekt gesprochen. Es ist natürlich klar, dass eine solche Maßnahme niemals eine Maßnahme sein darf, die von der Mehrheit gegen die Minderheit ergriffen wird. Man braucht auf jeden Fall eine Art Konsens. Aus diesem Grunde ist es auch klar, weshalb das, was Sie hier machen, z. B. im Ausschuss für Kultur und Medien und in der Enquete-Kommission, so wichtig ist. Denn so etwas kann man nicht aufzwingen, so etwas muss allgemein akzeptiert werden. Dafür ist eine öffentliche Diskussion erforderlich. Es gibt keinen anderen Weg.

Inga Humpe (Sängerin): Frau Vollmer, es ist so, dass wir ein eigenes kleines Netzwerk entwickelt haben. Wir arbeiten in Tokio, wir treten dort auf, und auch in St. Petersburg, in Moskau, in Istanbul, in Barcelona. Es existieren also kulturelle Netzwerke, in denen die Künstler sich gegenseitig austauschen. Es gibt z. B. hier in Berlin eben auch so eine Gruppe wie Seeed, die vor 17.000 Leuten in der Wuhlheide auftritt. Das sind auch wieder Bands und Musikrichtungen, die nicht adäquat zu dem Interesse, das sie bei den Leuten wecken und zur Zahl der verkauften CD's, wie hier z.B. 300.000 CD's, repräsentiert sind. Das kann doch eigentlich nicht sein. Um noch einmal auf die Sender und Sender-

zahlen zu kommen: Selbst wenn es 350 Sender sind, sind sechs Sender, in denen wir und andere Künstler vorkommen, zu wenig. Ich vermisse auch generell ein kulturelles Interesse an dieser Art von Musik, an Musik, die ein bisschen kritischer ist, die ein bisschen wagemutiger ist, die eigentlich kulturell besonders interessant ist. Da vermisse ich doch eben auch sehr bei den Radio- und Fernsehstationen ein Format für Menschen wie z.B. mich - ich bin ja nicht mehr 20, sondern weit über 40. Ich möchte mein Leben auch nicht mehr in Jugendsendungen verbringen, die sich dann unter neuer Musik uns vorstellen. Ich glaube, man sieht auch an unseren Konzerten, dass es auch von erwachsenen Menschen ein Interesse gibt, diese Art von Musik zu hören. Dieses Interesse wird auf keinen Fall repräsentiert, weder in öffentlich-rechtlichen noch in privaten Sendern.

Abg. Hans-Joachim Otto (FDP): Ich habe zunächst eine Frage an Herrn Romann. Der deutsche Phonoverband legt hier Zahlen vor, denen zufolge der Anteil deutschsprachiger Titel im Programm beispielsweise von NDR 2 nur ein Prozent und von SWR 3 1,7 Prozent beträgt. Ich weiß, dass SWR 3 diese Zahlen für falsch hält und einen vielfach höheren Anteil deutschsprachiger Titel angibt. Frage: Gibt es denn gesicherte Zahlen über das, was wir hier diskutieren? Können Sie uns gesicherte Zahlen von Ihrer Seite oder Gegenzahlen nennen? Bitte teilen Sie uns auch mit, wie hoch der Anteil von Nachwuchskünstlern an diesen Quoten ist. In dem Zusammenhang auch die Frage an Sie, Herr Romann: Die Ministerpräsidenten der Länder haben Sie im Juni 2003 aufgefordert, den Anteil deutschsprachiger Titel in den Hörfunkprogrammen zu steigern. Können Sie uns sagen, ob die Zahlen seit dem Juni 2003 angestiegen sind? Die zweite Frage richtet sich an Herrn Gebhardt. Dabei geht es um den - wie ich finde - äußerst spannenden Zusammenhang zwischen Quote und kommerziellem Erfolg am Ladentisch. Herr Prof. Dahmen hat gesagt, dass nur das, was zu Gehör gebracht wird, auch gekauft werden kann. Dann kann ich mir nicht so recht erklären, was ich in den Longplay-Charts dieser Woche sehe: Max Herre, jemand, der von den Radiosendern nicht dauernd herauf und herunter gespielt wird, ist Nummer eins der dieswöchigen Charts. Wir können mit Freude feststellen, dass deutsche Titel, jedenfalls die Singles, mit inzwischen mehr als 50 Prozent ein großer kommerzieller Erfolg sind, in einer Zeit, in der beklagt wird, dass die Quote zurückgeht. Wie können Sie sich erklären, dass die Verkaufszahlen hochgehen, aber die Quoten offensichtlich unten bleiben?

Gernot Romann (Vorsitzender der ARD-Hörfunkkommission und NDR Hörfunkdirektor): Zur ersten Frage. Das waren die Zahlen, die der Phonoverband veröffentlicht hat und die beispielsweise in der Bild-Zeitung nachgedruckt wurden. Das war eine Statistik, die schon deshalb nicht korrekt war, weil dort Programme, die jetzt schon überwiegend oder fast ausschließlich deutsche Schlager und deutsche Popmusik senden - wie ein bayerisches Musikprogramm - mit NDR 2 verglichen wurden. Das ist eine völlig andere Ausrichtung von Programmen. Das ist schon einmal vom Ansatz her nicht korrekt. Die Zahl ein Prozent ist nicht korrekt, genauso wenig wie die Zahl 1,7 Prozent bei SWF 3. Je nach der Anzahl der Neuerscheinungen schwankt die Zahl der dort gespielten Titel zwischen fünf und zehn Prozent. Das ist also das Zehnfache von dem, was der Phonoverband angibt. Ihrer Bitte, das nachzuweisen, kann ich gerne nachkommen, weil ich aufgrund der Senderstatistiken nachweisen kann, dass das eben im Schnitt fünf bis zehn Prozent sind und nicht ein Prozent. Das ist schon ein gewaltiger Unterschied. Wenn man so etwas behauptet und noch dazu in die Medien gibt, dann ist

das keine vertrauensbildende Maßnahme. Wir haben uns natürlich im öffentlich-rechtlichen Rundfunk sehr gefreut, dass die Ministerpräsidenten sich auch noch als Radioexperten betätigt haben und uns dort einvernommen haben. Die Forderung, dass man sich dort etwas mehr betätigen möchte, war nicht nur an uns gerichtet. Die Ministerpräsidenten haben sich damals explizit gegen eine Quote ausgesprochen. Sie haben ihren Gesprächspartnern, nämlich den Verbänden und uns, aufgegeben, dass wir miteinander einen Weg, eine Lösung finden, wie man zu mehr deutschen Titeln im Programm kommen kann. Das war keine Forderung, sondern eine Empfehlung. Ich stelle noch einmal ausdrücklich fest, dass der Eindruck, der hier entsteht, es würde in den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten überhaupt nichts geschehen und nichts getan, einfach nicht zutreffend ist. Wir haben gerade vor wenigen Tagen je eine goldene CD von Seeed bekommen, einmal für Fritz, das ist das Jugendprogramm des RBB, und einmal für N-JOY. Kein anderes Programm hat das bekommen, das ist das Ergebnis davon, dass wir diese Gruppe eben auch sehr häufig gespielt haben. Also, die Darstellung unserer Rolle empfinde ich nicht durchgängig als fair.

Gerd Gebhardt (Vorstandsvorsitzender des Bundesverbandes der Phonographischen Wirtschaft e.V.): Das ist ja etwas, das wir immer wieder sagen. Es ist ja nicht so, dass man von unserer Seite aus den kostenlosen Marketingdruck braucht, um endlich Platten zu verkaufen. Es gibt eben mündige Bürger, die sich Dinge kaufen, die sie woanders gehört haben. Die über MTV, Viva oder Ähnliches in den Genuss gekommen sind, neue Musik zu hören. Oder, die eben durch Mund-zu-Mund-Propaganda vernommen haben: Das ist toll, dass musst du kaufen oder Ähnliches. Wenn man z. B. Max Herre von Freundeskreis, einer Hip-Hop-Formation, die schon seit längerer Zeit besteht, sieht: Der ist der auch Produzent von Joy Denalane. Die haben sich über die letzten Jahre ihre Fangemeinde aufgebaut und das führt dann natürlich irgendwann dazu, ob man jetzt gespielt wird oder nicht, dass man gekauft wird. Aber das ist ja gerade das Interessante, das wir zurzeit haben, dass in den Charts acht Produktionen in den Top-Ten sind, die nicht adäquat gespielt werden und trotzdem extrem erfolgreich sind. D.h. also, die Unterstellung, wir würden auf Kosten anderer versuchen, unsere Geschäfte zu retten, ist damit widerlegt. Qualität setzt sich letztendlich durch. Aber in der Masse dessen, was insgesamt produziert wird, ist das natürlich auch nur ein Teil dessen, was gespielt werden könnte. Es gibt noch viel mehr, aber wir haben über die letzten 20 Jahre gesehen, dass das nicht gespielt wurde. Ich kann Ihnen einmal ganz kurz sagen, was wir im Jahre 2002 - Pop national - veröffentlicht haben. Das sind 3870 CD's - das ist ein extremer Aufwand. Da kann man sich vielleicht vorstellen, was an künstlerischer Energie dahinter steckt, auch teilweise an Ernüchterung, aber eben auch an Freude, wenn man das machen kann und machen darf. Von diesen 3870 CD's -Pop national - sind sehr wahrscheinlich 30 Prozent in irgendeiner Form im Rundfunk aufgetaucht, wenn es hoch kommt, und ich denke, das ist einfach zu wenig.

Vorsitzende Gitta Connemann: Ich übergebe jetzt für die zweite Fragerunde an Frau Griefahn.

Vorsitzende Monika Griefahn: In der zweiten Runde beginnen wir mit der CDU/CSU und Frau Connemann stellt die erste Frage.

Vorsitzende Gitta Connemann: Meine Frage geht zunächst an Herrn Dr. Gundel. Sie hatten in Ihrer schriftlichen Stellungnahme am Ende Ihrer Überlegungen darüber geschrieben, eine Quote nur den öffentlich-rechtlichen Veranstaltern aufzuerlegen. Sie haben das als eine ungleichgewichtige Pflichtenverteilung bewertet, da der private Rundfunk nach dieser Lösung aus der Verantwortung entlassen wäre. Könnten Sie diese Bewertung noch einmal juristisch näher begründen? Eine zweite Frage richtet sich an Frau Humpe: Stellen Sie sich vor, es hätte vor 25 Jahren, als sie anfangen, bereits eine Quote gegeben. Glauben Sie, dass Ihre Karriere anders verlaufen wäre?

Dr. Jörg Gundel (Privatdozent): Die bisherigen Überlegungen richten sich offensichtlich vor allem auf den öffentlich-rechtlichen Rundfunk, das ist hier mehrfach vorgetragen worden. Eben auch in Bezug auf die Gebührenfinanzierung, die den öffentlich-rechtlichen Rundfunk besonders verpflichten würde, Vielfalt abzubilden. Ich hatte in der mündlichen Stellungnahme dazu ausgeführt, dass das ein Gesichtspunkt ist und wäre, über den man diskutieren kann. Aber der Eingriff, der in dieser Quotenvorgabe liegt, würde sich natürlich, wenn er nur auf eine Veranstaltergruppe geht, intensivieren, weil das Publikum Ausweichreaktionen vornehmen kann. Wenn die Hörerwünsche tatsächlich anders sein sollten als die Quotenvorgabe, dann heißt das, dass man zu den Privaten, die in ihrer Gestaltung dann noch frei sind, abwandern kann. D.h., dass hier tatsächlich schon eine Verschiebung möglich wäre. Das war eigentlich alles, was ich dazu als Bewertung abgeben wollte. Es wäre tatsächlich dadurch, dass es sich selektiv auf einzelne Veranstalter richtet, eine Verschärfung des Eingriffs. Man kann darüber streiten, ob es durch die besondere Gebührenfinanzierung gerechtfertigt ist. Aber es wäre jedenfalls ein Abweichen vom bisherigen Bild im dualen Rundfunksystem, nach dem die inhaltlichen Verpflichtungen, die zum Teil existieren - siehe europäische Fernsehquote und Ähnliches - tatsächlich im Ausgangspunkt gleichmäßig auf alle Veranstalter verteilt werden und dann teils Modifikationen im Bezug auf die Kontrolle bestehen, aber die Pflichtenlage im Grundsatz erst einmal gleich ist.

Inga Humpe (Sängerin): Zu Ihrer Frage. Vor 25 Jahren, das war 1979, fing gerade diese Neue Deutsche Welle an. In der Zeit musste man sich überhaupt nicht um eine Quote bemühen, weil die Sachen sehr erfolgreich waren und natürlich überall gespielt wurden. Ich habe mir damals die Freiheit genommen, in allen möglichen Sprachen zu singen, also in englisch, deutsch, italienisch - je nach dem welchen, Experimentierspaß wir gerade hatten. Man kann sagen, dass es natürlich schade ist, dass wir heute diese Quote fordern müssen, weil sich kulturell das, was damals im Ansatz vielleicht da war, nicht gehalten hat. Damals gab es auf jeden Fall ein großes Interesse an den Künstlern. Die Vielfalt ist allerdings mittlerweile auch viel größer geworden. Dass diese Vielfalt dargestellt wird, ist ja auch genau das, was wir in den Sendern vermissen. Also da ist eigentlich eine Verbesserung, eine große Veränderung bei den Künstlern passiert - nur wird diese Veränderung innerhalb der Sender nicht deutlich.

Dr. Nike Wagner (Sachverständige in der Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“): Ich habe eine Frage an Herrn Romann. Sie haben vorhin gesagt, die ARD richte sich nach dem Hörer. Diese Äußerung ist in großer Übereinstimmung auch ähnlich von Herrn Kratz wiederholt worden. Sie haben gesagt, der Geschmack der Hörer wäre für sie ausschlaggebend. Bei den Privaten, die im Wettbewerb stehen, kann ich das noch einigermaßen nachvollziehen. Ich habe Probleme mit diesem Hörer. Frau Humpe hat dann in einer ähnlichen Richtung argumentiert. Wie wird denn dieser Hörer ermittelt? Sie hat uns sehr anschaulich erzählt, wie das vor sich geht, das ist ja wohl eher eine Farce. Wenn man nun bedenkt, dass die Öffentlich-Rechtlichen doch eine Art Mission haben - ich will nicht gleich das Wort Bildungsmission in diesem Kontext bemühen, aber es geht schon in diese Richtung - dann ist meine Frage: Gibt es eine Möglichkeit, diesen ominösen Hörer durch eine wesentlich verbesserte Hörerumfrage besser festzustellen? Ich zweifle ein bisschen daran, denn der Hörer hat immer die Tendenz, konservativ zu sein und am Althergebrachten zu kleben. Auf das Gebiet der Klassik übertragen - ich weiß natürlich nicht genau, ob in der Klassik so verfahren wird -, da hätten wir immer wieder nur Beethovens Fünfte, wenn es nach dem so genannten Hörer ginge. Also, wäre die Quote nicht sogar für die Öffentlich-Rechtlichen ein guter Einstieg, um sich von diesem Wettbewerbsgebiet ein bisschen zu entfernen und eher mehr Autonomie zu gewinnen und auch einmal die Idee ernst zu nehmen, dass man geschmacksbildend wirken könnte? Wäre nicht die Quote ein guter Einstieg, um sie als eine Art Hilfstrittbrett zu benutzen?

Gernot Romann (Vorsitzender der ARD-Hörfunkkommission und NDR Hörfunkdirektor): Ich habe vorhin gesagt, ein Kriterium seien die Hörer. Der öffentlich-rechtliche Auftrag ist relativ klar und präzise formuliert. Mir ist der Begriff noch nicht begegnet, dort geschmacksbildend zu wirken, aber ich weiß, was Sie meinen. Sie hätten dann Recht, wenn wir in unserem Mehrheitenprogramm ausschließlich das tun würden, was wir beispielsweise im Frühprogramm spielen, wenn es abends nicht Sonderkonzerte gäbe, spezielle Angebote etc. in einem Mehrheitenprogramm - dann hätten Sie Recht. Aber Sie dürfen nicht vergessen, dass der Auftrag des öffentlich-rechtlichen Rundfunks mit der Summe der Angebote erfüllt wird. D.h., wir haben nicht nur Mehrheitenprogramme, wir haben Kulturprogramme, wir haben Informationsprogramme, wir haben Jugendprogramme. Dort wird natürlich ein Großteil dessen, was Sie an Bildung fordern, vom öffentlich-rechtlichen Rundfunk in hervorragender Weise erledigt. Ich kenne niemanden außer den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten, der Hörspiele anfertigt, Features anfertigt, Reportagen in diesem Umfang hat, Übertragungen klassischer Konzerte in dem Umfang anbietet, das ist schon außergewöhnlich. Ein Großteil des Etats und ein Großteil der Gebühren werden eben in diese Programme gesteckt, in die Versorgung mit Bildung von Minderheiten. Aber wir haben die Bestands- und Entwicklungsgarantie des Bundesverfassungsgerichts auch so verstanden, dass wir unsere Mehrheitenprogramme so gestalten müssen, dass sie im Wettbewerb mit der privaten Konkurrenz bestehen.

Heinz Rudolf Kunze (Sachverständiger in der Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“): Drei Fragen habe ich. Zunächst an Gerd Gebhardt, in Anknüpfung an einen Gedanken von Dieter Gorny von Viva, der mir gestern sagte, er könnte sich vorstellen, dass diese Quote gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten auch ein nicht zu unterschätzender Stimulus für die gesamte Musikwirt-

schaft sein könnte, für Studios, Produzenten, Musiker, Verleger und Plattenfirmen. Siehst Du das auch so oder findest Du das zu optimistisch gedacht? Die zweite Frage geht an Herrn Romann, anknüpfend an das, was Sie gerade Frau Dr. Wagner geantwortet haben. Kulturelle Identität zu pflegen und zu stärken, das ist selbstverständlich auch Ihr Selbstverständnis als Radioverantwortlicher. Also können wir nicht doch irgendetwas von Frankreich und von diesem offenbar doch sehr erfolgreichen Modell lernen, ob nun mit oder ohne Quote? Meine dritte Frage geht an Herrn Minister Toubon. Herr Minister, ich würde es durchaus nicht als Einmischung in deutsche Angelegenheiten empfinden, wenn Sie so freundlich wären, mir zu sagen, wie Sie eine solche Debatte empfinden? Empfinden Sie diese Debatte nicht fast schon als grotesk?

Gerd Gebhardt (Vorstandsvorsitzender des Bundesverbandes der Phonographischen Wirtschaft e.V.): Lieber Heinz Rudolf, Du kennst ja auch meine Situation besser als viele andere hier im Raum. Natürlich wäre es auch ein Stimulus. Aber ich muss noch einmal sagen, wir haben in den letzten 30 Jahren - über 30 Jahre bin ich dabei - das getan, was man als Recordcompany machen muss und machen sollte. Dass es keine Quote gab, hat uns nicht daran gehindert, aber es hat mich immer geärgert, dass deutsche Musik und deutsche Musiker negativ dargestellt und negiert wurden. Letztendlich ist das eine Sache, die sich durch alle Medien hindurch zieht. Wenn wir eine Quote hätten, würde das natürlich eine andere Basis geben. Es würde vielleicht auch den einen oder anderen Stimulanzschub geben. In den letzten zwei, drei Jahren haben wir gesehen, dass gerade bei deutschen Produktionen sehr viele Studios zugemacht haben, sehr viele Videofilmer keine Arbeit mehr haben, sehr viele Fotografen keinen Auftrag mehr haben usw. Das hat natürlich damit zu tun, dass man, wenn man generell in einer wirtschaftlichen Depression ist, dann dort, wo man gar keine Chance hat, weil die Chance von vorneherein negiert wird, natürlich auch ganz zuerst spart. Aber auf der anderen Seite - und die Zahlen belegen das - haben wir auch trotz aller Probleme, die wir haben, weitergemacht. Wir sind ja weiter dabei. Wir haben auch unsere Fehler gemacht. Es soll keiner sagen, dass keine Fehler gemacht wurden, aber die haben mit dem heutigen Thema nichts zu tun. Ich bin dankbar für Deine dritte Frage an den früheren Kulturminister aus Frankreich. Das ist eigentlich das Thema. Ist es nicht absurd, dass wir überhaupt über so etwas reden? Die Frage finde ich wunderbar und auf die Antwort bin ich sehr gespannt.

Gernot Romann (Vorsitzender der ARD-Hörfunkkommission und NDR Hörfunkdirektor): Herr Kunze, von Frankreich lernen - mit Vergnügen. Das ist ein Land, das mir überhaupt nicht fremd ist, weil ich in der Nähe aufgewachsen bin. Ich möchte von dort vieles lernen. Ich glaube aber auch, dass die beiden Länder nur bedingt vergleichbar sind. Kultur ist in Frankreich keine Sache von Eliten - das ist breiter als bei uns. Da liegt vielleicht auch der Grund für das, was wir heute diskutiert haben. Wir kennen in Deutschland ein Phänomen wie das Chanson nicht. Das ist bei uns nicht so bekannt. Ich glaube, dass ich durch Ihr Anliegen Ihren Beitrag, aber auch durch andere Beiträge, noch besser verstehe. Dass man überlegen muss, wie man zu besseren Ergebnissen oder zu einer Optimierung kommen kann oder zu dem, was sie früher wahrgenommen haben, wobei ich nicht weiß, ob das so positiv war, wie Sie es jetzt bewerten. Aber ich glaube, dass es nicht gut ist und dass kein Segen darauf ruht, wenn man kulturelle Identität durch staatliche Vorschriften lenken will, das halte ich nicht für

positiv. Es gibt Leute, ich gehöre nicht dazu, die so etwas schlicht als Kulturimperialismus beschreiben - das muss man zitieren dürfen. Wenn Sie sagen, die Gebührenregelung sei das auch - das ist eine rechtlich verankerte Form. Wenn das Stichwort Gebühr schon fällt, bin ich gerne bereit, das zu sagen: Die Art und Weise, wie die Gebührenregelung im Augenblick betrieben werden, hat durchaus etwas, was mit der Verfassung nicht unbedingt konform ist. Die Unbefangenheit, mit der manche Politiker über Verfassung und Gesetze reden, ist manchmal schon erstaunlich.

Jacques Toubon (Ehemaliger französischer Kulturminister): Herr Gebhardt und Herr Kunze haben mich aufgefordert, meine Meinung zu sagen. Das werde ich sehr vorsichtig tun, auch wenn das Kulturleben natürlich vom Austausch lebt. Ich kann Ihnen frei von jeglicher politischer Position meine persönliche Einschätzung zur Situation hier in Deutschland geben. Die Schlussfolgerung muss natürlich dann von denjenigen gezogen werden, die die Macht haben, Gesetze zu beschließen, sowohl auf Bundesebene als auch auf der Ebene der einzelnen Länder. Diese Diskussion ist überhaupt nicht absurd. Das ist eine Diskussion, die heute auch im Zentrum der Anliegen der Gesellschaften in Europa liegt. Auch in den alten Mitgliedstaaten der Europäischen Union - Deutschland, Frankreich, Italien, Spanien, Großbritannien - stellt sich die Frage der Sprache. Die Briten fragen sich, ob man das Englische nicht vor dem Amerikanischen, das natürlich nicht das Englisch von Shakespeare ist, schützen muss. D. h., das ist in der Tat ein Thema, das unsere Gesellschaften sehr beschäftigt, das Sorgen hervorruft, aber auch Hoffnungen. Aber auch in den zehn neuen Mitgliedstaaten, von denen sieben bis 1989 unter sowjetischer Herrschaft gestanden haben, stellt man sich die Frage nach der eigenen Identität. Diese neuen Mitgliedstaaten fragen sich also auch, ob es notwendig ist, Gesetze zu haben, die ihre eigene Sprache schützen. Damit will ich sagen, selbst wenn man jetzt über Musikquoten das Ganze etwas reduziert sieht, ist es trotzdem eine ganz grundlegende Diskussion. Grundlegend, weil sie wirklich die Essenz unserer Gesellschaften, unserer Staaten und auch unserer Werte, der Werte der Europäischen Union, betrifft. Ich möchte ganz einfach sagen, dass die Erfahrung Frankreichs für uns überzeugend ist. Ich glaube nicht, dass es, wenn wir jetzt von jungen Talenten, von Neuschöpfungen sprechen, da wirklich so große Unterschiede zwischen Deutschland und Frankreich gibt. Ich möchte Ihnen zweitens auch auf eine Frage antworten, die hier gestellt worden ist. Ich glaube, man sollte nicht zwischen öffentlichem und privatem Rundfunk unterscheiden. Damit das System auch wirklich funktioniert, muss man eine allgemeine globale Regel haben. Drittens möchte ich Ihnen sagen, wenn Sie Rundfunksendern in Deutschland Musikquoten auferlegen, dann ist das keine so revolutionäre Maßnahme, selbst wenn das jetzt ein Bruch mit ihrer bisherigen Tradition ist. Vor einigen Jahren haben Sie doch auch eine Buchpreisbindung eingeführt, damit das Buch nicht einer konzentrierten Industrie unterliegt, sondern damit auch weiterhin unabhängige Buchhandlungen existieren können, damit das geschriebene Wort auch weiterhin pluralistisch herausgegeben werden kann. Das ist doch auch gar nicht so weit davon entfernt. Das Problem ist ja, dass in der Musikwelt und gerade bei der populären Musik, von der wir hier sprechen, das, was nicht gehört wird, was nicht gesendet wird, letztendlich nicht mehr existiert. Deswegen stellt sich eben die Frage, was die Jugendlichen im Radio und in ihrem Walkman hören. Was hören die denn nun wirklich? Wenn man da etwas hört, dann kann man auch eine Wahl treffen und sagen: Das möchte ich hören oder das möchte ich nicht hören. Das ist im Grunde doch mit den Büchern vergleichbar. Wenn alle Bücher, die Sie morgen in

den Buchhandlungen finden, nur von einem Verlag herausgegeben werden, dann ist auch klar, dass Sie die anderen Bücher überhaupt nicht mehr lesen können. Genauso ist es bei der Musik, wenn die Musik, die Sie hören, nur eine einzige Musik ist, dann wissen Sie gar nicht, dass es noch eine andere Musik gibt. Zum Schluss noch soviel: Ich möchte mich noch auf etwas anderes beziehen, was die großartige deutsche Tradition angeht - die klassische Musik und die Oper. Vergessen Sie doch nicht, dass Sie in diesem Land - auf Länderebene, auf kommunaler Ebene und seit einigen Jahren auch auf Bundesebene - schon seit Jahrzehnten, seit Jahrhunderten wirklich ganz große Anstrengungen unternehmen, um Ihren Opernhäusern beim Überleben zu helfen, Ihren Philharmonischen Orchestern und Ihren unterschiedlichen Konzertsälen. Also, ich liebe nun wirklich klassische Musik und Opern. Sie sind wirklich ein Vorbild für Europa und gerade für uns Franzosen, die wir in diesem Bereich sehr viel weniger zu bieten haben als Sie. Sie investieren Milliarden von DM und jetzt von Euro in diesen Bereich und finden das ganz normal. Sie zögern auch nicht, es als eine Aufgabe für die öffentliche Hand anzusehen, dass das weiter gefördert wird, dass weiterhin die große Musik gespielt wird und dass sie auch in den Opernhäusern aufgeführt wird. Das ist eine grundlegende Aufgabe, eine Grundversorgung für die deutsche Zivilisation, für die deutsche Bevölkerung. Ich glaube, dass die Popmusik nicht schlechter behandelt werden sollte als die „große Musik“. Ich glaube, im Gegenteil, dass man es dem Volk und vor allem auch den Jugendlichen schuldig ist, dass sie in den Genuss der gleichen Hörmöglichkeiten kommen wie jemand, der in Berlin oder in Düsseldorf in die Oper geht, um dort Wagner oder Verdi zu hören. Das ist es, was ich glaube.

Abg. Hans-Joachim Otto (FDP): Ich möchte meine Frage aus der ersten Runde an Gerd Gebhardt präzisieren, der gesagt hat, Qualität setzt sich durch. Ich füge hinzu: Auch ohne Quote. Im Spiegel fand ich folgendes Zitat, das ich Ihnen vorlesen möchte: „Viele Stücke werden im Radio totgedudelt. Eine Single, die man täglich zehnmal hört, kauft man doch nicht mehr.“ Präzise Frage: Könnte möglicherweise der Schuss nach hinten losgehen? Könnte es nicht so sein, dass man Hartmut Engler bzw. Pur vielleicht deswegen sogar eher kauft, weil man das woanders nicht hört? Könnte es sein, dass einige Kids am Ladentisch mancher Stücke überdrüssig sind? Könnte es sein, dass man Quotenmusik gar nicht kaufen will, dass es nicht cool ist, Quotenmusik zu kaufen? Sind Sie sicher, dass der kommerzielle Erfolg mit der Quote wirklich ausgebaut werden kann?

Gerd Gebhardt (Vorstandsvorsitzender des Bundesverbandes der Phonographischen Wirtschaft e.V.): Herr Otto, ich muss noch einmal wiederholen, was ich vorhin schon gesagt habe. Für mich besteht da nicht unbedingt ein direkter Zusammenhang. Vielleicht darf ich kurz anmerken: Das, was sie zitiert haben, habe ich schon vor 15 Jahren gesagt, als man noch gar nicht wusste, was das überhaupt ist, außer der Frauenquote. Das habe nicht nur ich gesagt, das haben auch viele meiner Kollegen gesagt, das haben auch viele Künstler gesagt und der letzte, der mir das gerade noch einmal gesagt hat, war der Geschäftsführer von „For Music“, der FANTA 4 betreut und auch veröffentlicht. Die haben eine Single draußen, die Troy heißt und pro Woche ca. tausendmal gespielt wird. Er sagt mir, es wäre mir viel lieber, die würden nur dreihundertmal gespielt und dafür würden alle meine anderen Künstler gespielt, die nämlich nicht gespielt werden. D. h., die Massierung auf einzelne Titel, auch auf deutsche Titel, wenn sie denn erfolgreich sind, ist so hoch, dass sie wirklich den Effekt ha-

ben kann, dass man abschaltet bzw. sich aus einem Kaufimpuls oder was auch immer ausklingt. Das berühmteste Beispiel ist, glaube ich, Phil Collins, der vom deutschen Radio so niedergespielt wurde, dass die Leute mittlerweile Pickel kriegen, wenn sie den Namen hören. Aber da tut man einem Künstler extrem Unrecht, denn er konnte nichts dafür, dass er so oft gespielt wurde. Dass das dann hinterher Auswirkungen auf die kommerzielle Auswertung hat, ist wahr. Das muss ich auch unterstreichen. Letztendlich ist es aber so: Ich weiß noch, wie es war, als ich angefangen habe. Damals gab es nur den öffentlich-rechtlichen Rundfunk und wir haben uns alle so erhofft, dass man, wenn der private Rundfunk kommt, dann noch mehr Möglichkeiten hat. Aber die Möglichkeiten sind - im Gegenteil - nicht erweitert worden, sie sind immer weiter zusammengestrichen worden. Der frühere französische Kulturminister hat es gesagt - die Diskussion ist nicht absurd, das stimmt. Sie ist aber trotzdem absurd, wenn wir uns zu unserer eigenen Sprache nicht bekennen, zu unserer eigenen Situation per Sprache und auch per Musik nicht bekennen, dann haben wir alle ein Problem. Hier zu sitzen und etwas zu fordern, das ich eigentlich als ganz natürlich empfinde, nämlich Musik zu spielen, wenn sie da ist, das muss doch eigentlich eine natürliche Situation sein. Da muss man doch nicht betteln gehen. Ich glaube, wir sind in einer Situation, in der die Industrie, ob große oder kleine Firmen, auf anderen Levels weiter existieren kann. Künstler können sehr wohl mit Konzerten das ausgleichen, was sie an finanziellen Verlusten über die Tonträger haben, aber sie verarmen dabei. Es kann doch nicht sein, dass Themen, die erfolgreich sind, wie auch aus dem Hip-Hop-Bereich, einfach negiert werden. Sammy de Luxe, noch vor vier Wochen auf Platz zwei in den Charts, wird nicht gespielt. Meines Erachtens gibt es dafür keinen Grund, es sei denn, man will deutschen Künstlern das nicht geben, was sie brauchen, nämlich ein bisschen Airplay.

Dr. Susanne Binas (Sachverständige in der Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“):
Meine erste Frage geht an den Vertreter der Phonoindustrie, Gerd Gebhardt. Sie sind im Laufe der Diskussion bezüglich ihrer Zahlen immer konkreter geworden. Mich interessiert noch einmal das Verhältnis von Tonträgerwirtschaft und Rundfunkanstalten. Um das Jahr 2000 lagen etwa die Anteile von Domestic oder National Repertoire in Deutschland bei fast 40 Prozent, also quasi eine in der Tonträgerwirtschaft selbst erwirtschaftete und erarbeitete Quote. Wie sieht das heutzutage aus? Wo liegt diese Zahl? Sie haben meines Wissens sogar ihre neueste Publikation dabei. Die Gesellschaft für Kommunikationsforschung erstellt ihnen jedes Jahr diese Daten. Diese 40 Prozent um die Jahrtausendwende resultierten sicherlich auch daraus, dass es damals ein anders aufgestelltes Viva gab, in dem sehr viel lokales Repertoire mitgespielt wurde, und dass die Marketingbudgets für die Labels noch nicht so hoch sein mussten. Ich hätte diese Frage auch sehr gerne an einen Vertreter des Verbandes Unabhängiger Tonträgerunternehmen gestellt, weil man weiß, dass deren Anteil an Domestic Repertoire weitaus höher ist als der, den Sie insbesondere vertreten. Meine zweite Frage geht an den Vertreter der ARD-Anstalten. Im Raum Berlin-Brandenburg erfüllen die öffentlich-rechtlichen Anstalten die Quote ohne Quote - dazu liegen auch Zahlen vor -, insbesondere in den Jugendprogrammen, in Fritz, Radio Eins, aber auch Antenne. Dabei geht es aber nicht nur um eine Quote deutschsprachiger Musik, es werden eben auch Künstler aus Deutschland gespielt oder z. B. elektronische Musik ohne Sprache. Wie erklären Sie sich als Vertreter der Gesamt-ARD die erheblichen Differenzen, die es zwischen einzelnen Regionen in Deutschland in Bezug auf die Sendekraft, gibt sowohl des deutsch-

sprachigen Repertoires als auch des Repertoires von Künstlern und Labels, die in Deutschland produzieren? Meine letzte Frage geht an Prof. Udo Dahmen und zugleich auch an Jacques Toubon. Herr Dahmen hat in seinem Statement erwähnt, dass es offensichtlich nicht die Quote allein sein kann, die den Nachwuchs im Bereich populäre Musik in Deutschland nach vorne bringt. Sie sprechen von der Veranstaltungswirtschaft, Sie sprechen von Band-Wettbewerben, Sie sprechen von einer spezifischen Ausbildungssituation und Sie sprechen von Plattformen. Können Sie diese Idee ein bisschen vertiefen, weil ich vermute, dass nämlich unser eigentlicher Knackpunkt in diesem Paket liegt. Diese Frage würde ich gerne auch an unseren französischen Gast stellen, weil ich weiß, dass die französische Quote nicht allein nur eine Radioquote darstellt bzw. dass die Erfolge der französischen Musik und der Produzenten nicht nur allein auf der Radioquote basieren, sondern auf einem Paket von Fördermaßnahmen. Könnten Sie bitte über dieses Paket sprechen? Vielen Dank.

Gerd Gebhardt (Vorstandsvorsitzender des Bundesverbandes der Phonographischen Wirtschaft e.V.): Wenn ich einmal den Gesamtmarkt 2002 nehme, weil das die letzten Zahlen sind, die ich in dieser Form habe, und die Klassik mit einbeziehe, die natürlich auch ein großer Teil des Repertoires ist, das veröffentlicht wird, dann liegen wir exakt bei diesen 40 Prozent. Wenn ich die Klassik herausnehme, liegen wir im Verhältnis zum internationalen Repertoire ungefähr bei 80 Prozent. D.h., wir haben überproportional veröffentlicht, überproportional produziert und auch überproportional finanziert. Aber es gibt eine alte Regel - leider, muss ich sagen, und auch schon so lange, wie ich dabei bin -, dass von zehn Veröffentlichungen neun Flops sind. Das hat vielleicht auch damit zu tun, dass man natürlich das eine oder andere nicht hören kann.

Gernot Romann (Vorsitzender der ARD-Hörfunkkommission und NDR Hörfunkdirektor): Ich glaube, dass die Struktur der Programme beim RBB, beim NDR, auch beim Bayerischen Rundfunk oder bei Eins Live in Teilen sehr unterschiedlich ist und dass man deshalb sicher beim RBB der Quote etwas näher kommt. Nicht in dem Umfang, von dem Herr Gebhardt träumt, aber dass man dort mehr deutsche Künstler spielt als anderswo, weil die Programme etwas anders strukturiert sind, das halte ich für möglich. Insgesamt sind die Unterschiede nicht so groß. Das Jugendprogramm des NDR, N-JOY, ist nun einmal mal im Altersdurchschnitt das jüngste Programm und dort wird auch der größte Teil dessen erledigt. Es mag auch daran liegen, dass die Zielgruppen bei den Programmen des RBB oder des BR breiter sind. Es liegt vielleicht auch ein bisschen an der Mentalität, weil man in Hamburg und in der norddeutschen Tiefebene England noch ein bisschen näher ist als in Potsdam.

Prof. Dr. Udo Dahmen (Künstlerischer Direktor und Geschäftsführer der Popakademie Baden-Württemberg): Ja, in der Tat ist es so, dass auf der einen Seite die Fördermaßnahmen im gesamten Ausbildungs- und Weiterbildungsbereich in den letzten Jahren zugenommen haben, also für den gesamten populären Bereich. Auf der anderen Seite sehen wir vor diesem Hintergrund seit 20 Jahren einen relativ unsystematischen Bereich. Bis auf die Einrichtung der Popakademie, die ein sehr positives Signal gesetzt hat, sowohl für die Politik als auch für die Öffentlich-Rechtlichen. Sie wissen vielleicht, dass der SWR-Geschäftsführer in der Popakademie ist. Das ist ein positives Beispiel für die Spitzenförderung. Was uns für den gesamten Bereich Musik fehlt - ich spreche jetzt nicht nur für die

populäre Musik, sondern für Musik insgesamt - ist, dass wir viel zu wenig musikalische Ausbildung haben, beginnend in der Vorschule, in der Grundschule, in den Hauptschulen und in den Gymnasien. Das wissen wir alle, das ist evident. Wir brauchen da sehr viel mehr. Wir haben bis auf die Einzelmaßnahmen im Bandwettbewerbsbereich, im Coachingbereich - da ist die Popakademie wieder ganz weit vorne dabei - viel zu wenig systematische Förderung. Förderung, die nicht nur für einzelne Bands greifen kann, sondern die eben auch in der Fläche wirkt. Ein Beispiel: New Sensation, ein großer Wettbewerb, der in Niedersachsen in Zusammenarbeit des Landesmusikrats mit örtlichen Rundfunkanstalten stattgefunden hat, kann im nächsten Jahr nicht mehr stattfinden, weil die Gelder einfach nicht mehr da sind, um so etwas zu tun. Wenn Sie wissen, dass die Guano Apes, die große internationale Erfolge gezeigt haben, eine der Bands waren, die dort als Sieger hervorgegangen sind, dann sieht man, dass in den Zusammenhängen auch wirklich etwas herauskommt. Wir brauchen viel mehr solcher Dinge. Es ist sicher schwierig, aus dem föderalen Zusammenhang solche Dinge systematisch zu fördern. Der deutsche Musikrat ist da auch an vorderster Front gefordert. Wir werden im nächsten Jahr etwas veranstalten, das Pop-Camp heißt. Dort werden wir verschiedene Wettbewerbe zusammenbringen und daraus wieder eine Spitzenförderung machen. Aber wir brauchen noch viel mehr, nämlich - ich möchte es noch einmal betonen - die musikalische Förderung in der Grundlage, also in Schulen, Vorschulen, Hauptschulen usw. Der letzte Punkt in diesem Zusammenhang ist, dass die Ausbildung der Lehrer für alle diese Bereiche, eben auch was die populäre Musik betrifft, im Argen liegt. Bis dato sind die Ausbildungsgänge ganz stark auf unsere traditionelle Musik fokussiert. Dagegen ist auch nichts einzuwenden. Aber wir brauchen im gleichen Maß eine Ausbildung im populären Bereich, um die Wertigkeit dieser Musik, die Qualifizierung in diesem Bereich zu unterstreichen und um zu zeigen, dass es eben nicht nur populäre Musik gibt, die immer Massenware sein soll, sondern dass es dort sehr viele unterschiedliche Qualitäten gibt und dass Jugendliche lernen, auch diese Qualitäten zu erkennen und diese auch an den entsprechenden Stellen einzufordern. Davon haben wir viel zu wenig oder so gut wie gar nichts. Bis auf wenige Beispiele. Ein Beispiel ist auch da wieder die Musikhochschule in Hannover, die im letzten Jahr begonnen hat, Popmusik affine Instrumente als Hauptfächer einzuführen, E-Gitarre, E-Bass usw. - nach meiner Meinung aber mit einem delay von ungefähr 20 Jahren. Das hätte man vor 20 Jahren einführen müssen. Der Plattenspieler, der heute ein Instrument ist, gehört immer noch nicht dazu. DJ's werden dort also immer noch nicht ausgebildet. D.h., man blendet einen ganz großen Bereich der Tradition der populären Musik der letzten 20 Jahre aus, und das ist der Hip-Hop.

Jacques Toubon (Ehemaliger französischer Kulturminister): In der Tat ist diese Musikquote im Rundfunk eine Maßnahme, die zu einem Gesamtpaket gehört. Wir haben das in Frankreich schon vor sehr langer Zeit eingeführt. Das Ziel dieses Gesamtpakets besteht darin, die kulturelle und die sprachliche Vielfalt in unserem Land zu fördern und natürlich auch französischen Produktionen Gehör zu verschaffen. Herr Gundel hat es vorhin schon gesagt: Das, was wir für die Musik machen, machen wir auch im Bereich des Fernsehens. Denn in Frankreich - wie Sie sicherlich wissen - werden die Quoten für audiovisuelle Produktionen und Ausstrahlung bei den öffentlich-rechtlichen und privaten Sendeanstalten sehr streng eingehalten. Dies hängt mit der Richtlinie „Fernsehen ohne Grenzen“ von 1999 zusammen. Sie wissen sicherlich, dass wir auch im Bereich des Kinos und des Films eine sehr geziel-

te Politik verfolgen. Gerade dort geht es darum, dass die Mehrheit der Sendestunden im Fernsehen dem europäischen, dem französischen, aber auch dem deutschen Kino und natürlich dem der anderen europäischen Länder vorbehalten ist. 1994 war der Moment, in dem wir ein neues Gesetz eingeführt haben, das sich auf die französische Sprache bezog. Wir hatten dazu schon ein Gesetz aus dem Jahr 1977, aber 1994 haben wir diese Bestimmungen noch verschärft. Dabei ging es eigentlich im Wesentlichen darum, das wir gesagt haben, wir wollen den Verbraucher und die Arbeitnehmer schützen. Deswegen haben wir gesagt, dass die französische Sprache - entweder direkt oder als Übersetzung - vorhanden sein muss, und zwar in all den Bereichen, die Auswirkungen auf den Verbraucher oder den Arbeitnehmer haben. Beispiel: Gebrauchsanweisungen für die unterschiedlichen Gerätschaften, Verpackungen von Produkten oder Arbeitsverträge. Das sind also diese Bestimmungen, die wir damals verabschiedet haben. Ich möchte gerne noch Folgendes hinzufügen: Unsere Maßnahmen, die wir in Frankreich eingeführt haben, gehen häufig auf eine sehr weit entfernte Vergangenheit zurück. Die französische Kinopolitik z. B. existierte schon direkt nach dem Zweiten Weltkrieg, es gibt sie also schon seit 50 Jahren. Vielleicht ist es jetzt an der Zeit, dass Deutschland sich im Bereich der Musikquote das französische Beispiel ansieht, dass es aber - wenn das denn die Entscheidung sein sollte - nicht einfach das wiederholt, was wir schon getan haben. Vielleicht könnte Deutschland jetzt versuchen, uns vorzugreifen. Was meine ich damit? Heute ist es so, dass die Quoten, wie z. B. im Bereich Fernsehen, Kino und Musik, europäische Quoten sein sollten. D. h. also, dass man keine Quote für nationale Musik festlegt, sondern eine Quote für Musik, die von verschiedenen europäischen Künstlern stammt. Das ist ein Gedanke, dem man sich doch einmal widmen sollte, denn ich glaube man spürt es: Der nationale Rahmen löst sich immer stärker auf. Vielleicht könnte Deutschland einmal darüber nachdenken und ein Beispiel geben, indem zum ersten Mal eine Quote für europäische Künstler im Rundfunk eingeführt wird.

Abg. Horst Kubatschka (SPD): Erst einmal, Herr Romann, waren Ihre Ausführungen für mich teilweise starker Tobak. Eine Frage an Sie: Wäre es möglich, sich mit den anderen Mitbewerbern, mit den privaten Radios und mit der Phonoindustrie, auf eine gemeinsame Forschung zu einigen, bei der die Quoten von dem, was gesendet wird, erfasst werden, weil die Zahlen so abweichend sind. Noch eine Frage an Herrn Toubon: Bestimmen seit der gesetzlichen Regelung in Frankreich die Parteien die Musikprogramme?

Gernot Romann (Vorsitzender der ARD-Hörfunkkommission und NDR Hörfunkdirektor): Ich habe nicht ganz verstanden, worin der starke Tobak bestanden hat. Was die Frage der Abstimmung angeht: Diese Möglichkeit besteht natürlich. Wir haben beispielsweise mit den privaten Rundfunkstationen die gemeinsame Ermittlung der Reichweiten, also die MA, die berühmte Media Analyse, gemacht. Die wird von privaten und öffentlich-rechtlichen Stationen gemeinsam gemacht. Es gibt also solche Möglichkeiten, dort zu verlässlichen Zahlen zu kommen. Das ist die gängige Methode, die eigentlich auch auf dem Felde möglich sein müsste, das sie eben beschrieben haben.

Jacques Toubon (Ehemaliger französischer Kulturminister): Die politischen Parteien haben damit natürlich überhaupt nichts zu tun. Die Musikszene ist selbstverständlich völlig frei und unabhängig. Wir haben auf der einen Seite einen Markt, der sich trotz des Problems der Raubkopien und der allgemei-

nen wirtschaftlichen Probleme eher gut entwickelt. Wir haben eine Reihe von Privatsendern, die sich bei uns sehr stark entwickelt haben. Wir haben ein großes Netz namens Energie, das man in ganz Europa empfangen kann. Dann haben wir auf der anderen Seite eine Szene von Künstlern, die sehr leistungsfähig und sehr dynamisch ist. Einen Punkt hatte ich vorhin noch vergessen; Inga Humpe hat es bereits gesagt und sie hat völlig Recht: Man kann sagen, dass seit zehn Jahren mit der Quote bei unseren Chansons der Text immer wichtiger geworden ist. Es gibt heute große Stars in Frankreich, die mehr als eine Million Platten verkaufen und die diese Platten fast mehr aufgrund des Textes als aufgrund der Melodie, der Musik verkaufen. Ich glaube, das ist sehr wichtig in einer Zeit, in der wir doch alle die Tendenz haben, die Computersprache zu verwenden.

Abg. Claudia Roth (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Romann, ich würde gerne Sie und Inga Humpe fragen. Wie versuchen Sie, Ihren kulturellen Auftrag im Bereich der Musik umzusetzen? Sie haben von Hörspielen geredet. Aber was bedeutet es für Sie, kulturelle Vielfalt, kulturelle Identität umzusetzen? Was bedeutet für Sie Diversität? Wie würden Sie diese im Bereich der Musik definieren? Wie würden Sie Nachwuchsförderung garantieren können, die offensichtlich in Frankreich ein erfolgreiches Modell ist? Wie definieren Sie Qualität? Sie haben von Qualität gesprochen. Und wenn Sie sagen, Quote sei etwas, was den Probenraum ins Radio holen will, dann würde ich gerne wissen, wie Sie Qualität definieren. Zweite Frage: Sie haben von Imperialismus geredet, Herr Romann, von Quotenimperialismus in anderen Ländern. Ist das auch Ihre Meinung? Und was ist dann in diesen acht europäischen Ländern los, in denen es die Quote gibt? Wie rechtfertigen Sie die Privilegien durch Rundfunkgebühren, die Sie haben und die die Privaten mit Sendelizenzen haben in einer Debatte, in der es den Künstlern doch darum geht, mit einer Quote auf ihre Existenzsituation hinzuweisen und auf ihrem Zugangsrecht, überhaupt vorzukommen, zu bestehen.

Vorsitzende Gitta Connemann: Sie haben Verständnis bei der SPD-Fraktion gefunden, als dass die Ihnen etwas Zeit abgeben wird. Wir hatten das vorher nämlich festgelegt: Frage und Antwort in dieser Zeit. Aber die SPD-Fraktion ist ja sehr großzügig.

Gernot Romann (Vorsitzender der ARD-Hörfunkkommission und NDR Hörfunkdirektor): Der Auftrag ist sehr allgemein gefasst, also Unterhaltung, Bildung etc. Ich würde ihn so verstehen, dass wir sagen, öffentlich-rechtlicher Rundfunk bedeutet, dass wir kulturelle Angebote machen - ebenso musikalisch wie im Wort, für Mehrheiten und für Minderheiten. Ich darf auch bei der Gelegenheit einmal an das erinnern, was die Gleichstellung der Angebote angeht. Es gibt in der Tat im öffentlich-rechtlichen Rundfunk, gerade im kulturellen Bereich und in den Kulturprogrammen, Angebote, wie sie nirgendwo sonst stattfinden. Herr Toubon hat vorhin darauf hingewiesen, dass in Deutschland beispielsweise Orchester in einem hohen Maße gefördert werden. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk unterhält auch Orchester. Im Augenblick wird gerade aus dem politischen Raum die Forderung erhoben, sie abzuschaffen, zusammenzulegen etc. In Frankreich beispielsweise - wenn wir schon von Frankreich lernen - steigt der Kulturetät, bei uns wird der Kulturetät zusammengestrichen. Auch da gibt es Unterschiede. Hinweisen möchte ich auch noch einmal auf den Punkt der Kontrolle der Auftrags Erfüllung. Im öffentlich-rechtlichen Rundfunk gibt es Kontrollorgane, Rundfunkräte, Programm-

ausschüsse, in denen alle gesellschaftlich relevanten Gruppen vertreten sind, die uns beraten und kontrollieren und die auch beispielsweise zur Quote eine Meinung haben. Insofern sind wir dort durchaus dran. Qualität zu beurteilen, halte ich für sehr schwer. Da sollte sich jemand, der mit der Zusammenstellung von journalistischen Produkten, auch von Musik, beschäftigt ist, nicht als Monopolist verstehen und sagen: Nur ich allein kann entscheiden, was Qualität ist und was nicht. Ich bin auch der Meinung, dass man sich über die Leute, die die Volksmusikkonzerte, wie sie in der ARD und im ZDF stattfinden, gerne sehen möchten, letztlich nicht mokieren kann, obwohl die Musik, die dort angeboten wird, nicht mein Geschmack ist und - da bin ich wieder bei der Qualität - keine Qualität hat. Die empfinden es aber so. Ich glaube, dass es für eine öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalt legitim ist - das darf ich für die Fernsehkollegen sagen -, so etwas anzubieten. Was Qualität ist, kann man nicht so einfach sagen. Das würde in Rechthaberei enden. Es gibt Dinge, die manche Leute für qualitativ hoch stehend halten und andere nicht. Das ist, glaube ich, auch wieder eine Frage des Geschmacks oder des Blickwinkels.

Inga Humpe (Sängerin): Ich kann mir vorstellen, dass es doch so etwas wie Qualität gibt und dass sie auch im Ersten Programm oder in den Sendeanstalten erkennbar ist. Ich kann da wirklich nur wieder auf das Beispiel Frankreich hinweisen. Dort gibt es Künstler wie Benjamin Biolet oder Carla Bruni, die dort auch ein Format im Fernsehen und im Radio haben, die dort vorkommen, die dort präsent sind. Hier fehlt uns Künstlern dieses Format. Es gibt jedenfalls nichts vergleichbares, keine vergleichbaren Stellen oder Sendeplätze, wo Künstler wie wir oder eben vergleichbare französische Künstler überhaupt die Gelegenheit haben, ihre Musik vorzustellen. Es gibt nicht eine einzige solche Sendung in der ARD. Ich spreche auch vom Fernsehen und ich würde mir wirklich wünschen, dass es auch ein kulturelles Interesse gibt, ein Interesse an Texten, auch an deutschen Texten, ein inhaltliches Interesse. Was ich wirklich vermisse, ist eine Verantwortung für die Kultur auf Ihrer Ebene und dass Sie diese Verantwortung auch an Ihre Redakteure weitergeben, damit die Diskrepanz nicht so groß ist, wie jetzt gerade zwischen Programm und dem, was sich vielleicht auch Redakteure wünschen.

Abg. Hans Joachim Otto (FDP): Der Kollege Koppelin, der, bevor er in den Bundestag kam, Musikredakteur beim NDR war, hat mich gebeten, sowohl an Herrn Romann als auch an Kratz eine Frage zu stellen. Ich möchte Sie fragen: Wie hat sich denn die Zahl der Musikredakteure bei Ihnen, also der ARD bzw. den privaten Sendern, in den letzten Jahren entwickelt? Wie viele Programme werden überhaupt noch von Musikredakteuren ausgewählt und in wie vielen herrscht die Software vor, die Musiktitel auswählt? Möglicherweise ist da ja auch ein Teil des Problems beheimatet, über das wir heute reden.

Gernot Romann (Vorsitzender der ARD-Hörfunkkommission und NDR Hörfunkdirektor): Ich glaube, dass man, was die Musikredakteure angeht, unterscheiden muss. Sie arbeiten unterschiedlich, je nach dem, ob sie im Kultur- und Klassikprogramm oder in einem Programm für Mehrheiten sind. Dort werden sie ein Musikrepertoire und eine Art und Weise der Musikauswahl haben. Nur, was Sie als Software bezeichnen, ist nicht das Ergebnis eines Einkaufs in irgendeinem Geschäft oder in einem Verlag. Dieses Musikrepertoire wird auch bei NDR 2 und bei N-JOY von Musikredakteuren

zusammengestellt. Die Zahl der Musikredakteure hat nicht abgenommen - schon gar nicht in den Kulturprogrammen. Das ist nach wie vor sehr intensiv und das ist, finde ich, auch in Ordnung so, denn das sind wichtige Programme. Traditionell gibt es in so genannten anspruchsvollen Programmen mehr Redakteure als in Programmen wie NDR 2 oder N-JOY. Die Zahl der insgesamt in der ARD tätigen Redakteure ist in den Kultur- und Klassikbereichen ungefähr ähnlich. Ihr Kollege war damals im Landesprogramm tätig und hat sich dort, wenn ich das noch richtig weiß, um deutsche Musik verdient gemacht.

Hans-Jürgen Kratz (Vizepräsident und Vorsitzender des Fachbereichs Hörfunk im Verband Privater Rundfunk und Telekommunikation e.V. (VPRT): Ich kann Ihnen leider keine konkrete Zahl sagen, aber rein gefühlsmäßig und aus meiner Erfahrung - ich bin seit fast 20 Jahren im Rundfunk tätig - lag die Zahl der Musikredakteure in den privaten Stationen je nach Größenordnung immer zwischen zwei und vier. Daran hat sich auch nichts geändert. Zur Frage nach der Software: Diese Software ist wie jede andere Software in anderen Bereichen schlicht und ergreifend ein Knecht. Der Knecht, der für diejenigen arbeiten muss, die ihn füttern und bedienen. D.h., nicht die Software entscheidet oder ist schuld an dem Programm, sondern immer der Musikredakteur, nie die Software, nie das Handwerkszeug, immer der Mensch, der entscheidet.

Abg. Hans Joachim Otto (FDP): Ist der Verdacht wirklich abwegig, dass die Software schon ein gutes Stück zum Mainstream beiträgt?

Hans-Jürgen Kratz (Vizepräsident und Vorsitzender des Fachbereichs Hörfunk im Verband Privater Rundfunk und Telekommunikation e.V. (VPRT): Ich glaube, der Verdacht ist abwegig. Es liegt einfach in der Struktur des dualen Systems begründet. Die privaten Veranstalter haben nun einmal nur die Möglichkeit der Werbefinanzierung. Wir alle wissen, dass die werbetreibende Industrie -, leider, muss man sagen -, immer noch nach Menschen von 14 bis 49 Jahren schreit. Also richten sich die Privaten danach, damit sie nur ja die Reichweiten bekommen. Die Bandbreite in diesem Alterscluster ist, was die musikalischen Ausprägungen anbelangt, nicht so groß. Deshalb treffen sich alle, auch gerade die Privaten, in diesem Mainstream-Bereich. Dass die Kollegen des öffentlich-rechtlichen Rundfunks dies mitmachen und auch auf Reichweite gehen, ist nicht unser Problem. Wir müssen es tun, weil wir uns dadurch finanzieren müssen.

Abg. Eckhardt Barthel (SPD): Ich muss auf der Suche nach möglichen Alternativen zur Quote auch noch einmal Herrn Romann ansprechen. Ein Kollege aus dem Bundestag, aus den Reihen der CDU/CSU, Steffen Kampeter, hat die Quote abgelehnt und als Alternative vorgeschlagen, dass das Sendeprivileg der öffentlich-rechtlichen Anstalten abgeschafft wird. Ich teile diese Ansicht in keiner Weise, aber ich würde doch gerne einmal hören, wie Sie zu dieser Alternative stehen und ob Sie darin irgendeine Wirkung im Sinne dessen, was wir vorhaben sehen.

Gernot Romann (NDR-Hörfunkdirektor, Vorsitzender der ARD-Hörfunkkommission): Die Begeisterung für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk von Teilen der CDU/CSU ist mir seit langem bekannt.

Was Sie hier genannt haben, ist nicht erstaunlich. Ich fürchte nur für die Kritiker, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk nicht so leicht abzuschaffen sein wird, wie es in diesem Vorschlag zum Ausdruck kommt. Ich kann nur noch einmal sagen: Wenn man über den öffentlich-rechtlichen Rundfunk redet und wenn man gewisse Entwicklungen im kommerziellen Bereich beobachtet - ich nenne einmal das Stichwort Saban und andere -, dann redet man nicht nur über einen wichtigen Punkt wie die deutsche Musik, sondern auch über einen Punkt wie Information. Dann muss man sich dieses Land einmal ohne öffentlich-rechtliche Angebote im Radio und im Fernsehen vorstellen, was die Information angeht. Ich würde ungern - aber das ist mein persönliches Gefühl - in einem Land leben, in dem ich auf eine Art und Weise informiert werde, wie das beispielsweise in Italien geschieht. Das wäre aber die Gefahr, wenn der öffentlich-rechtliche Rundfunk abgebaut würde, wie das bei dem Vorschlag beinhaltet war.

Abg. Siegmund Ehrmann (SPD): Da dies eine Befragung der Sachverständigen ist und nicht der Ort zur Kommentierung, gebe ich meine Wortmeldung zurück, weil unterschiedliche Aspekte, insbesondere auf die Frage von Frau Dr. Wagner, bereits beantwortet sind. Ich trete die Wortmeldung an die Kollegin Roth ab.

Abg. Claudia Roth (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe zwei Fragen. Mein erste geht an Jim Rakete. Herr Kratz hat am Anfang gesagt: Ich habe das Gefühl, es geht ja hier eigentlich gar nicht wirklich um kulturelle Aspekte, sondern es geht nur um das Geschäft und um die Existenz von Künstlern. Da sage ich: So what? Ich bitte Jim Rakete, etwas über die Existenzsituation von jungen Künstlern in Deutschland sagen und dazu, was sich durch eine Quote ändern könnte. Zweitens haben Sie gesagt: International werben, wenn man etwas Eigenes macht. Die Bundesrepublik Deutschland ist ja eigentlich ein Exportweltmeister, aber gerade in dem Bereich nicht. Das ist erstaunlich und auch in unterschiedlicher Hinsicht wirklich schlecht. Was könnte sich durch eine Quote auch in dieser Exportperspektive ändern? Die zweite Frage geht an Herrn Romann. Ich muss noch einmal nach dem Hörer und der Hörerin fragen. Sie haben gesagt, das sei Ihr Kriterium, die Akzeptanz der Hörer und Hörerinnen. Jetzt frage ich aber Sie als Experten. Wie entstehen Hörgewohnheiten? Wie entsteht Akzeptanz? Sie wollen den Geschmack nicht beeinflussen, aber wie garantieren Sie die Freiheit für Hörerinnen und Hörer, sich überhaupt eine Meinung zu bilden? Wie garantieren Sie eine freie Entscheidung „Was kann ich hören? Was gefällt mir, wenn ich es höre?“. Da finde ich, ist es zu einfach, wie Sie zu sagen, die Hörer sind das einzige Kriterium. Wenn ich etwas nicht hören kann, wie soll ich dann wissen, dass es das überhaupt gibt? Den Widerspruch müssten Sie für mich auflösen, denn ich habe wirklich nicht verstanden, dass Pur auf Platz eins in den Charts ist, dass sie aber nicht gespielt werden. Gibt es da zwei Welten von Hörern und Hörerinnen? Fällt das auseinander? Ich habe dieses Argument nicht verstanden.

Jim Rakete (Produzent): Was sich tatsächlich im Land und an den Künstlerverträgen verändert hat, ist, dass die Künstler in stärkerem Maße erfolgsbeteiligt und im geringeren Maße abgesichert sind. Das ist das offensichtlichste, was den Profit betrifft, wenn ich mir die Vertragssituation ansehe. Das heißt, wir reden jetzt im Grunde genommen beim deutschen Künstler von einer Ich-AG im wahrsten Sinne des Wortes. Insofern ist nicht zu erwarten, dass sich irgendjemand auf die faule Haut legt. Es ist

überhaupt nicht zu erwarten, dass sich irgendjemand auf irgendjemanden verlässt. Der Künstler hierzulande verlässt sich auf gar nichts. Zweitens, die angebliche Profitgier der Plattenfirmen. Im großen und globalen Bild mögen solche Sätze ja erlaubt sein, aber ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen: Hier sind wir in einem schrumpfenden Plattenmarkt, dem es wirklich gerade gar nicht so wahnsinnig gut geht. Wenn man es schaffen will, irgendjemanden überhaupt an den Start zu bringen und kostendeckend zu arbeiten, dann muss man, um das Marketing-Startbudget irgendwie wieder einzuspielen, schon 30.000 bis 40.000 CD's verkaufen. Damit will ich sagen, dass das unternehmerisch für jede Plattenfirma schon solche Sprünge sind. Dazu kommt auch noch das ganze Marketing-Budget, das man für die Verpackung, das Poster und die Ausstattung braucht. Ich will damit sagen: Das ist eine große Entscheidung, das ist eine ziemlich große Nummer und das Risiko der Plattenfirmen ist viel größer als immer angenommen wird. Ich muss sie wirklich in Schutz nehmen gegen den Vorwurf, dass sie hier in Deutschland irgendwelche Milliarden „verballern“, die sie in Amerika verdienen. Das geht überhaupt nicht. Das zweite ist: Wie sieht in diesem Zusammenhang das Selbstbild des Künstlers aus? Wie würde sich das jetzt in der Quotenlandschaft verändern? Die Quotenlandschaft wäre dem Künstler natürlich insofern zuträglich, als dass er etwas hätte, wonach im Augenblick alle lechzen. Wir haben, das muss man ganz klar sehen, ein verlorenes Privileg in der Veröffentlichung. Das ist unser eigentliches Problem. Die Veröffentlichung gibt es nicht mehr. Wir haben für Ballett, Oper, Film, für alle möglichen Kunstformen die Veröffentlichung. D.h., eine Sache wird in ihrer Überhöhung einem Premierenpublikum dargestellt. Sie wird beurteilt, sie wird kritisiert, die Leute können das gut oder schlecht finden, das kann sich evtl. verkaufsfördernd auswirken oder auch nicht. Aber auf jeden Fall gibt es diese Grenzen, wo man eine Sache über die Startlinie schiebt und sagt: „Das ist sie“. Wir haben dieses Privileg verloren. Ich weiß gar nicht, warum es nicht einfach in der Form gesendet wird, wie z.B. in der Theaterlandschaft veröffentlicht wird. Für den ganzen Kulturbetrieb ist es von immensen Nachteil, weil wir unser Überprüfungskriterium verloren haben. Stellen Sie sich einmal vor, alle Theaterkritiker könnten ständig von einander abschreiben und wüssten immer schon, was der andere geschrieben hat. Wir haben diese wunderbare Situation gehabt und wir verspielen sie gerade. Das finde ich ganz bizarr.

Gernot Romann (NDR-Hörfunkdirektor, Vorsitzender der ARD-Hörfunkkommission): Adressat unserer programmlichen Angebote ist die Bevölkerung. Deren Versorgung ist uns aufgegeben und natürlich findet, wenn wir über Musik reden, aber auch über Wort, eine Vorauswahl statt. Da gibt es Leute, Redakteure etc., die Programm machen, die überlegen, was bieten wir an etc. - und dann entscheiden sich die Hörer. Wenn man das duale System gewollt hat - und ich bestreite gar nicht, dass das duale System auch Vorteile gebracht hat, in gewissem Sinne auch für die Öffentlich-Rechtlichen - dann muss man, das hat das Verfassungsgericht in Karlsruhe auch getan, dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk eine Bestandsgarantie, eine Vermittlungsgarantie geben. Die kann aber nur funktionieren, wenn der öffentlich-rechtliche Rundfunk mit seinem Programmangebot auch Mehrheiten erreicht. Eine Aufteilung des Auditoriums nach dem Motto: „Die Mehrheit haben die Privaten, die Minderheiten haben wir“, kann deshalb nicht funktionieren, weil man sehen würde, dass, wenn eine nennenswerte Zahl von Menschen in diesem Land - anders als in der Realität - keine öffentlich-rechtlichen Programme mehr sieht oder hört, das System dann kaputt ist. Das ist ganz klar und deshalb müssen wir

uns dort auch an Mehrheiten wenden und nach Mehrheiten richten. Das war gemeint, als ich sagte, Kriterium ist der Hörer. Natürlich ist es auch der Auftrag, das Qualitätsbewusstsein und die Fürsorgepflicht von Redakteuren, die Hörspiele produzieren, die Musikprogramme zusammenstellen. Was das Schicksal der von Ihnen vorhin genannten Gruppe angeht, so befürchte ich, dass - was ich gar nicht leugnen will - auch bei uns im Mehrheitenprogramm Titel, die eine zeitlang gespielt werden, durch Tests laufen und die, wenn sie dann getestet sind, von der Musikredaktion schlicht heraus genommen werden.

Vorsitzende Monika Griefahn: Eine Nachfrage an Herrn Romann. Wenn Sie sagen, Sie müssen Mehrheiten erreichen, wie gelingt das denn, wenn wir jetzt auf der einen Seite Jugendsender haben und auf der anderen Seite eine demographische Entwicklung mit zunehmend älteren Menschen. Inga Humpe hat das vorhin sehr schön ausgedrückt, sie ist schon etwas über vierzig, ich bin auch etwas über vierzig. Ich werde mit meinen Altersgenossen als Gruppe nicht mehr wahrgenommen, obwohl ich vielleicht auch noch etwas anderes höre als die 60, 70, 80-jährigen und vielleicht auch nicht nur N-JOY höre. Ich höre relativ viel N-JOY, aber nicht nur. Frage: Wie wollen sie denn diese Hörer noch erreichen?

Gernot Romann (NDR-Hörfunkdirektor, Vorsitzender der ARD-Hörfunkkommission): Es ist ja nicht so, dass wir diese Hörer nicht erreichten. NDR 2 ist ein Programm, das in Norddeutschland täglich immer noch zwei Millionen Hörer hat. Das ist ja nicht wenig. Das ist die von Ihnen beschriebene Gruppe. Ergebnis der demographischen Entwicklung sind ja die vorhin beklagten Volksmusikkonzerte. Das Fernsehen hat ein relativ altes Publikum, der Hörfunk dagegen hat - Gott sei Dank, würde ich sagen - auch in der Zielgruppe der 14- bis 20-jährigen oder 30- bis 50-jährigen noch Kundschaft. Aber in den zu Anfang erwähnten Landesprogrammen laufen wirklich zu 60, 70, 80 Prozent nur deutsche Titel, bei denen auf Deutsch gesungen wird. Das sind die reichweitenstärksten Programme, die es bei den öffentlich-rechtlichen Anstalten gibt, weil es in Deutschland schlicht mehr alte als junge Menschen gibt.

Abg. Günter Nooke (CDU/CSU): Vorhin haben wir uns missverstanden, aber sie machen es uns schon schwer, Herr Romann, hier noch ein bisschen die Ausgewogenheit zu halten. Vielleicht hätten die Herren auf der Tribüne - es sind ja auch noch ein paar vom RBB da - das besser vertreten als Sie, wenn Sie uns hier noch beschimpfen. Ich möchte Inga Humpe noch etwas fragen. Angesichts der allgemeinen Presselage haben wir hier eine relativ freundliche Anhörung, denn Sie haben ja wahrscheinlich auch in die Zeitung geschaut und festgestellt, dass sich alle über die Quote lustig gemacht haben. Insofern finde ich es sehr gut, dass wir relativ unabhängig von dieser Presselage hier sachlich diskutieren. Der Kollege Otto hat schon so ähnlich gefragt, aber ich will die Frage noch einmal formulieren: Können wir denn auf der sicheren Seite sein - wir kennen ja die Szene nicht ganz so gut wie Sie -, dass wir hier nicht ausgelacht werden? Die TAZ schreibt, ich lese einfach einmal nur den letzten Satz vor: „Pop-Deutschland wünscht sich die Quote, Pop-Deutschland ist so gähnend langweilig und selbstzufrieden geworden, es gehört mit der Quote bestraft“. Das ist die TAZ. Wir können aber heute in alle Zeitungen schauen, ob in die FAZ oder die Frankfurter Rundschau - es ist eindeutig. Nun haben

Sie ja eine große Gruppe zusammengebracht, Heinz Rudolf Kunze hat gesagt, seit „Band for Africa“ die größte Gemeinschaft für Künstler überhaupt in der Popmusik. Mich interessiert: Welche Gefahr gehen wir ein, dass die Szene durch eine Quote wirklich trocken gelegt wird, dass das einfach nicht mehr schick ist und dass das nicht funktioniert? Mich würde auch interessieren, wie sich eigentlich Ihr kommerzieller Erfolg und auch Ihre Einnahmen verteilen, bezogen auf das, was hier in der Zeitung steht - acht von zehn Titeln in den Chart-Musikwochen sind deutsche Titel -, auf das, was Sie wirklich verkaufen, was im Radio gespielt wird, was Sie bei Fans absetzen und auf das Internet, das Sie so wieso nicht richtig kontrollieren können. Also, wie verteilen sich eigentlich Ihre Einnahmen und Ihre Bekanntheit und Ihr Erfolg? Noch eine Frage an Herrn Prof. Dahmen und Herrn Rakete. Sagen Sie uns doch einmal: Was bewahrt uns davor, dass wir bei der deutschsprachigen Musik die Abgrenzung zwischen der Popmusik und dem Musikantenstadl, also dieser ganzen Volksmusik, nicht hinbekommen. Ich bin ja immer noch auf der Suche, das irgendwie umzusetzen, denn wir haben leider als Abgeordnete das Problem, dass wir ein Gesetz machen müssten. Um deutschsprachig zwischen Volkslied und Popmusik abzugrenzen, gibt es irgendwo dazwischen sicher eine Grenze, aber wo würden sie diese Grenze ziehen, damit wir Herrn Romann, der ja sowieso schon mit seinen Öffentlich-Rechtlichen zweimal am Samstagabend Volksmusik sendet, in ZDF und ARD, dann nicht auch noch im Hörfunk auf diese Sendetour bringen. Daran bin ich nicht interessiert.

Inga Humpe (Sängerin): Zuerst einmal zu der Angstfrage. Sie haben gesagt, dass Sie Angst haben, ob die Qualität und die Vielfalt in Deutschland wirklich da sind. Da kann ich sie beruhigen tagelang, um nicht zu sagen wochenlang. Allein das zu senden, was ich kenne und das, was qualitativ auch immer wieder aus der Subkultur entsteht, würde ein paar Jahre dauern. Es waren eben auch ca. 50 Künstler hier, die sich da alle nicht wiederfinden. Die Zeitungsredakteure sind zum Teil natürlich erst einmal veränderungsunwillig, um nicht zu sagen ängstlich. Die Quote wird auch misstrauisch beleuchtet. Man muss dazu sagen, dass auch eine linke Zeitung wie die TAZ manchmal durchaus konservativ ist, wenn es um Veränderungen geht. Aber ich glaube, die TAZ würden wir auch davon überzeugen können, dass es um Inhalt geht. Wenn es um Inhalt geht, besteht der Inhalt doch vor der Form. Eines möchte ich noch sagen: Die FAZ ist mit einem privaten Sender liiert. Da kann man nicht sagen, sie sei unabhängig.

Abg. Vera Lengsfeld (CDU/CSU): Eine Nachfrage direkt dazu, denn ich glaube, Günter Nooke hat etwas anderes gemeint. Er hat gemeint: Was sagen denn die Fans dazu, wenn es diese Quote gibt? Ich kann Ihnen sagen, dass mein Sohn absolut gegen die Quote ist, er findet das total bescheuert, obwohl er ein Fan ist.

Inga Humpe (Sängerin): Ich glaube, dass noch ein Misstrauen gegenüber dieser Quote herrscht. Aber wie man am Beispiel Frankreich sieht: In dem Moment, in dem die Sender sich auch wirklich inhaltlich öffnen, kann man einem Sender wieder vertrauen. Im Moment ist es ja so, dass Jugendliche sich überhaupt nicht mit einem öffentlich-rechtlichen Sender identifizieren und ich glaube auch nicht mit einem Privaten. Jedenfalls nachdenkende Jugendliche oder sagen wir einmal gute schwierige Jugendliche, die versuchen, etwas besser zu machen, identifizieren sich in diesem Moment nicht und

sind auch erst noch einmal misstrauisch. Aber dafür, das hat man auch in Frankreich gesehen, hat man diese zwei Jahre Übergangszeit. Cool und cool verändern sich schnell, das kann man wirklich nur an Inhalten messen. Also, ich habe da überhaupt keine Bedenken. Man vertraut da auch den Künstlern selbst.

Prof. Dr. Udo Dahmen (Künstlerischer Direktor und Geschäftsführer der Popakademie Baden-Württemberg): Da rühren wir an Grundfesten der populären Musik. Das ist manchmal mit einem Begriff wie Authentizität, also Glaubwürdigkeit oder Credibility, wie man das in dem Zusammenhang nennt, ganz gut zu beschreiben. Das Problem dabei ist, das selbst der Begriff der Glaubwürdigkeit sich in diesem Zusammenhang ständig verändert. In einem Jahr ist Tocotronic absolut glaubwürdig, weil sie in ihren Texten authentisch sind, dann kommt im nächsten Jahr jemand, der sagt, die können ihre Instrumente gar nicht richtig spielen, dann sind sie wieder unglaubwürdig. Das kann so nicht funktionieren. Das bedeutet aber auch, dass bei der TAZ oder Spex - das ist ein Branchenblatt - ganz klar der Geschmack des einzelnen Redakteurs im Vordergrund steht. In einem Jahr muss der Musiker unbedingt aus irgendeiner Subkultur kommen, im nächsten Jahr muss er hochkulturell sein. Ich glaube nicht, dass wir uns einen Gefallen damit täten, wenn wir dem nachgehen. Ich glaube, wir brauchen da etwas anderes. Der zweite Punkt: Eine Geschmacksquote. Ich hätte ein Problem damit, zu sagen, Musikantenstadl oder volkstümliche Musik grenzen wir aus. Wie grenzen wir die aus? Was ist, wenn der nächste Popmusiker kommt und Polka mit volkstümlicher Musik auf so originelle Weise verbindet, dass wir sagen: „Das ist etwas Neues, das wir auch verfolgen würden“? Für mich geht es in der Richtung vielmehr um den Newcomer-Zusammenhang und nicht so sehr darum, geschmacklich einzugreifen. Das wäre zu rigide. In jedem anderen Falle muss es diese freiwillige Selbstverpflichtung geben und damit werden wir auch klarkommen.

Jim Rakete (Produzent): Im Wesentlichen zielt die Frage auf das Gleiche ab wie die Frage, die Herr Otto vorhin gestellt hat, als es darum ging: „Ist die Quote effektiv? Wie arbeitet sie? Gibt es eine Möglichkeit, sie so zu fokussieren oder so einzustellen, dass sie wirklich das tut, was wir von ihr wollen, nämlich dass sie ein progressives Musikgut befördert und dass sie andere an den Rändern liegen lässt?“ Ich glaube, es ist wirklich in allererster Linie an dieser Stelle, dass ich mir vorstelle, dass der Gestaltungsauftrag der beteiligten Medienpartner funktionieren muss. Es ist wirklich so, dass gesetzlich nichts anderes geht, als zu sagen, wir machen eine Quote, deren Hälfte von Neuerscheinungen bestimmt sein muss. Wir müssen an der Stelle das Thema auch loslassen können, dem Hörer und vor allen Dingen auch den mündigen Musikredakteuren vertrauen können. Das muss es in Deutschland geben. Wir haben darüber so viele Diskussionen gehabt, es hat so viele runde Tische gegeben, alle haben sich die Münder fransig geredet. Ich sage Ihnen, dass die Ungeduld der Künstler darin begründet liegt, dass dieses Thema wirklich seit Jahren auf dem Tisch liegt. Auf die Frage von Herrn Otto nach der Effektivität der Quote muss ich noch einmal eingehen. Es hat früher unter der Prämisse tatsächlich auch funktioniert. Ich will diese Zeiten nicht schönreden. Ich bin überhaupt kein Nostalgiker - das an Ihre Adresse -, ich weiß ganz genau, dass das nicht immer die goldenen Zeiten waren. Ich glaube, wir müssen unser Angebot verbessern. Wir müssen es so verbessern, dass eine Identität sichtbar wird und dass die Haltung eines Senders sichtbar wird. Das brauchen wir.

Heinz Rudolf Kunze (Sachverständiger in der Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“):

Herr Romann, Sie haben vorhin auf meine Frage geantwortet: „Von Frankreich lernen, ja, aber mit anderen Mitteln“. Der Satz interessiert mich und da möchte ich gerne noch einmal nachhaken. Wie geht denn für Sie und für Ihren Kollegen Hans-Jürgen Kratz dieser Abend aus? Können Sie sich denn vorstellen, nach dieser Initiative in einem regelmäßigen Gespräch mit den Künstlern, mit der Musikwirtschaft und mit dem Musikrat zu bleiben und weiter über diese Fragen zu sprechen oder sagen Sie, wenn Sie heute gehen, doch knallhart: „Nein, wir reden aneinander vorbei. Wir machen im Grunde alles richtig und wir verstehen deren Problem nicht wirklich“? Wie sehen Sie das?

Gernot Romann (NDR-Hörfunkdirektor, Vorsitzender der ARD-Hörfunkkommission):

Herr Kunze, ich werde auf keinen Fall sagen, dass wir alles richtig machen. Auch die real existierenden Programme sind natürlich verbesserungsfähig. Das ist gar keine Frage. Den Dialog, das hatte ich heute eingangs gesagt, haben wir ja schon in der Vergangenheit geführt. Der ist dann zwischenzeitlich wieder etwas eingeschlafen. Das lag nicht nur an einem, das lag vielleicht auch manchmal an beiden. Aber ich kann mir die Fortsetzung des Dialogs vorstellen, das kann ich in der Tat, ich sage das nicht nur, damit ich hier heil herauskomme. Ich bin im Gespräch mit meinen Musikredakteuren. Ich bin sicher - wir haben uns vorhin gerade verabredet -, dass ich Herrn Gebhardt und seine Kollegen wieder einmal treffe. Das Problem ist manchmal auch, dass Herr Gebhardt Kollegen hat, die nicht in allen Punkten mit ihm übereinstimmen. Das ist eine weitere Gemeinsamkeit zwischen uns. Aber dass man darüber spricht, wie man Qualität verbessern kann, halte ich für eine gute Sache, wenn es nicht damit endet, dass Politiker Programme machen - ich spitze es bewusst zu -, denn das wäre ungefähr so, als würde das Bundeskabinett bestimmen, welche Themen in der Tagesschau laufen, das kann nicht sein. Dass die Möglichkeit besteht, das wir, die öffentlich-rechtlichen Programmleute, an der Stelle vielleicht auch etwas nicht so wahrgenommen haben oder vielleicht sogar übersehen haben, das schließe ich nicht aus. Deshalb beantworte ich Ihre Frage mit ja. Ich setze das Gespräch mit Herrn Gebhardt fort, mit den Redakteuren etc., vielleicht auch einmal mit den kommerziellen Kollegen.

Vorsitzende Monika Griefahn: Unser Ausgangspunkt war die Diskussion der Quote, die es schon seit Jahren gibt, Herr Kunze hat sie damals angestoßen. Vor zwei Jahren wurde das Thema noch einmal vom Kulturstaatsminister und dann später von der Kulturstaatsministerin aufgegriffen, ein runder Tisch hat sich konstituiert. Wir haben festgestellt, dass sich die Positionen nicht angenähert haben, aber wir haben auch festgestellt, dass sich seitdem etwas getan hat. Die Künstler selber haben eine Veränderung erlebt und gesagt, wir müssen etwas tun, wir müssen auf uns aufmerksam machen, denn sonst haben unsere jungen Künstler keine Perspektive. Was mir heute noch einmal deutlich geworden ist, auch bei den Worten von Herrn Dahmen über die musikalische Frühbildung und bei den Worten von Herrn Romann über die Quote, dass eigentlich das relevant ist, was gehört wird. Das ist eine andere Quote, aber es geht dabei auch um Quote, so dass mir eigentlich ein bisschen angst und bange wird. Wir verlieren nämlich die Kenntnisse der jungen Leute über Musik, weil sie keinen Musikunterricht mehr haben, weder im Kindergarten noch in der Schule. Zudem wird unsere Gesellschaft

immer älter, d.h., wenn wir dann nur noch auf das schauen, was am meisten gehört wird - sicherlich gibt es dann die Beatles auch noch, weil das auch die 60-jährigen hören -, dann macht mir das ein bisschen Angst. Ich wünsche mir sehr, dass wir hier in der Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ und im Ausschuss für Kultur und Medien gemeinsam noch einmal darüber nachdenken, was wir tun können, und zwar ausgehend von der Frage, wo eigentlich der Nachwuchs herkommt, wenn die Jugend überhaupt keine Beziehung mehr zu gelebter Musik hat und was wir eigentlich in Zukunft für ein öffentlich-rechtliches und privates Radio zu erwarten haben. Wenn wir uns vorwiegend daran ausrichten, wer überhaupt Radio hört, dann werden wir da sicherlich noch einige Empfehlungen machen müssen. Das geht nicht so weit, Herr Romann, wie Sie das formuliert haben, dass die Politik dann die Musiksender bestimmt. Das hat Herr Toubon ausdrücklich ausgeschlossen, das ist auch in Frankreich nicht passiert. Ich denke, auch in den anderen Ländern ist das nicht so gewesen. Aber ich sehe Handlungsbedarf in beiden Feldern, denn frühkindliche Musikerziehung und späterer Musikkonsum hängen auch ganz eng miteinander zusammen. Da müssen wir gemeinsam etwas tun, da muss man sich auch den eigenen Nachwuchs schaffen, da haben wir viel zu tun. Ich bedanke mich bei allen, die heute zur Erhellung beigetragen haben. Ich bedanke mich bei der Künstlerinitiative, die noch einmal auf das Problem aufmerksam gemacht hat, denn Politik kann immer nur das aufgreifen, was aus der Bevölkerung kommt. Insofern ist das eine wichtige Initiative gewesen, um das Gespräch wieder in Gang zu bringen, weil das seit zwei Jahren für uns wahrnehmbar nicht weiter gegangen ist, auch wenn Sie, Herr Romann, gesagt haben, wir sind im Gespräch. Aber wahrnehmbar ist es, glaube ich, nicht weitergegangen. Insofern müssen da noch Schularbeiten gemacht werden, wir werden dann sicherlich noch weiter diskutieren und hoffentlich weiter mit Ihnen im Gespräch bleiben. Herzlichen Dank fürs Kommen.

Vorsitzende Gitta Connemann: Ich darf mich dem Dank der Kollegin Griefahn auch im Namen der Mitglieder der Enquete-Kommission anschließen. Eine Anhörung sollte dazu dienen, sich ergebnisoffen von Experten informieren zu lassen. Herr Romann hat zu Beginn die Angst geäußert, das Ergebnis würde schon feststehen. Mir ist klar, dass im Vorfeld der Anhörung manchmal der Eindruck durch den einen oder die andere Protagonisten, Protagonistin entstehen konnte - sicherlich auch im Gerangel um mediale Aufmerksamkeit -, dass das Ergebnis dieser Anhörung schon öffentlichkeitswirksam vorweggenommen werden sollte. Ich darf Ihnen aber versichern, dass ergebnisoffen diskutiert wird. Ich glaube auch, dass man heute feststellen konnte, dass die Teilnehmer trotz gewisser Kabbeleien hier heute ein durchaus sehr offenes Ohr für den fachmännischen Sachverstand und auch die praktischen Erfahrungen gezeigt haben. Wie die Kollegin Griefahn bereits gesagt hat, ist es ja auch so, dass den vermeintlichen Beckmessern ins Stammbuch geschrieben sei, dass gerade die Politik gut beraten ist, besser zweimal zu fragen als einmal zu irren. Vor allem aber war es sicherlich für uns heute sehr hilfreich - ich sage das bewusst, weil wir in der Enquete-Kommission am Montag eine Anhörung mit vielen Künstlerinnen und Künstlern zum Instrument der Künstlerförderung durchgeführt haben -, denjenigen aufmerksam zuzuhören, die Kunst und die Kultur für alle schaffen, die unmittelbar betroffen sind, für die wir auch Lösungen zu finden versuchen, und dass in diesem Chor alle Vertreter zu Wort gekommen sind, so dass wir uns jetzt eine Meinung bilden können. Ich will hier in der Kürze der Zeit und auch im Vorgriff auf unsere Beratung kein Resümee der Anhörung ziehen. Das könnte

ich nicht, das dürfte ich nicht. Wir werden in der Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ die heutigen Argumente sehr sorgfältig prüfen und uns über mögliche Handlungsempfehlungen beraten, über das Pro und das Contra, wobei es heute auch wieder eine Menge Pro und Contra gegeben hat. Dabei bestand sicherlich Einigkeit auf allen Seiten, dass deutschsprachige Musik und besonders der künstlerische Nachwuchs sehr zu schützen sind. Ich denke, das ist Einigkeit. Im Streit ist der Weg, wie dieses Ziel erreicht werden kann. Bedarf es insoweit einer staatlichen Regelung? Wäre es ggf. effektiver, sich im Vorfeld auf eine freiwillige Selbstverpflichtung der öffentlich-rechtlichen und möglicherweise auch der privaten Fernseh- und Rundfunkanstalten zu verständigen? Das ist eine Frage, mit der wir uns beschäftigen werden. Was ist der richtige Weg? Würde es dem Freiheits- und Pluralismusgedanken besser anstehen, sich zu einer solchen Selbstverpflichtung durchringen zu können? Wir werden darüber reden. Im Übrigen würde ich mir wünschen, dass es, egal wie man das auch nennt, solche Bündnisse nicht nur für Musik, sondern auch für Kultur in Gänze geben würde. Nicht nur für die Musiksparte, sondern für alle Sparten, die heute nicht vertreten waren. Zum Stichwort Quote möchte ich sagen, dass ich mir wünsche, dass die heutige Anhörung und damit auch das Anliegen der Musik, Kunst und Kultur bei den Zuschauern eine hohe Einschaltquote erreicht hat. Damit ist der Sache sicherlich auch schon gedient. Ich denke, bei allem Engagement sollten wir jetzt auch keinen Streit zwischen unterschiedlichen Arten von deutschsprachiger Musik oder deutsch- und nichtdeutschsprachiger Musik, also keinen „Sängerkrieg“, entfachen. Denken Sie an den Aufruf aus Wagners Tannhäuser, der hat singen lassen: „Zurück das Schwert ihr Sängler, haltet Frieden!“ Ich denke, auch allen Musikfreunden wäre, wenn schon Streit, dann der um Noten statt um Quoten lieber. Aber dazu braucht man natürlich auch ein offenes Forum, in dem dieses faire Streiten um die Gunst des Zuhörers stattfinden kann. Hier würde ich mir wünschen, die Rundfunk- und Sendehäuser sähen es als eine ihrer vornehmsten Aufgaben an - und ich komme wieder zurück auf den Tannhäuser -, wie einst die Wartburg auch eine „edle Halle“ zu haben, „wo Kunst und Frieden“ verweilen dürfen. In diesem Sinne möchte ich mich bedanken, ganz herzlich insbesondere bei den Experten, die heute hier gewesen sind und zum Teil enorme Wege auf sich genommen haben. Ich möchte hier Herrn Minister Toubon nennen, der eine nicht nur sehr weite Anreise gemacht hat, sondern uns in einem sehr leidenschaftlichen Appell die Größe unserer eigenen Kultur, unserer eigenen Musik vor Augen geführt hat. Ich würde sagen, wenn wir einen Verfechter für unsere Kultur, für unsere Musik, für unsere kulturelle Vielfalt, aber auch für unsere Identität brauchen, dann werden wir immer wieder sehr gerne auf ihn zurückgreifen. Herr Minister Toubon, vielen herzlichen Dank. Ich möchte mich aber auch bei den anderen Experten, den Musikern für ihre Bereitschaft bedanken, uns heute für Rede und Antwort zur Verfügung zu stehen. Beginnen möchte ich bei Inga Humpe, vielen Dank auch für die ehrlichen Antworten aus Ihrer Sicht, bei Herrn Dr. Gundel, bei Jim Rakete, bei Prof. Dahmen, bei Herrn Kratz, Herrn Romann, Herrn Gebhardt. Vielen Dank, dass sie da gewesen sind. Ich danke der Vorsitzenden des Kulturausschusses, meiner Kollegin Monika Griefahn, und den Mitgliedern für das faire Miteinander. Es war ein Experiment. Ich finde, das Experiment ist sehr gut gelungen. Es kann durchaus Wirkung für die Zukunft entfalten. Ich danke meinen Kommissionsmitgliedern für die disziplinierte Mitarbeit und ich danke nicht zuletzt den vielen Gästen, insbesondere dafür, dass sie bis zuletzt ausgeharrt haben, denn das finde ich ganz außerordentlich. Vielen Dank für Ihr großes Interesse an diesem Thema, das sie wirklich

unter Beweis gestellt haben. Ich wünsche ihnen allen einen sicheren Nachhauseweg und einen schönen Abend, hoffentlich mit Musik. Vielen Dank.

Schluss der Sitzung: 18.40 Uhr

Monika Griefahn, MdB

**Vorsitzende des Ausschusses
für Kultur und Medien**

Gitta Connemann, MdB

**Vorsitzende der Enquete- Kommission
„Kultur in Deutschland“**